

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Monat 1,10 Mk., für den halbjährlichen 5,50 Mk., für den jährlichen 10,50 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements in die Post-Zeitungsstellen. Unter Preisnachlass für Deutschland und Ostpreußen 2,50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die Leihzeitung Kolonialzeitung oder deren Raum 30 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gebundene Wort 20 Pf. (täglich 2 festgebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einmalige und fortwährende Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Preis für die nächste Nummer um 10 Pf. bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 13. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Sozialhygienische Aufgaben der Gemeinden.

Bei der Propagierung ihrer Forderungen auf dem Gebiete der kommunalen Sozialpolitik begegnen unsere Genossen in den Gemeindevertretungen noch immer scharfen Widerständen, insbesondere aus den Reihen derer, denen Sparfameit als höchste Tugend gilt und die, wenn es darauf ankommt, diese Tugend praktisch zu betätigen, dort zu sparen anfangen, wo es am allerunangenehmsten ist. Scheut man sich doch nicht, selbst bei den Ausgaben für Zwecke der öffentlichen Gesundheitspflege zu knausern und so den Gemeinden den schwersten Schaden zuzufügen. Nicht allzu weit hinter uns liegt die Zeit, wo sogar in der Reichshauptstadt der kommunal-liberalismus nichts wissen wollte von städtischen Volksbadeanstalten, wo man einen sozialdemokratischen Antrag auf Errichtung eines Wöchnerinnenheims mit Uebergang zur Tagesordnung abtun zu können glaubte, wo die sozialdemokratische Fraktion bei allen ihren Anregungen auf Maßnahmen zur Milderung der Säuglingssterblichkeit und zur Bekämpfung der Lungentuberkulose auf heftigen Widerstand einer kurzfristigen Mehrheit stieß, einer Mehrheit, die nicht einmal der wichtigen Frage der Schulgesundheitspflege gegenüber Verständnis an den Tag legte.

Nur allzu leicht vergißt man, daß es sich bei allen diesen Maßnahmen, um mit Grotzahn zu reden, um weiter nichts als um die Uebertragung bewährter kultureller und hygienischer Maßnahmen, deren bisher sich ausschließlich die besser Situierten bedienen konnten, auch auf die ärmeren Bevölkerung handelt, die aus Mangel an Bildung, Verständnis und Mitteln vorher auf sie verzichten mußte, und denen nun die höhere soziale Einheit eine solche aus allgemeinen Mitteln zugänglich macht.

Diese beherzigenswerten Worte von Grotzahn macht sich der Charlottenburger Stadtrat Dr. Gottstein in einer Abhandlung (in dem Werke „Krankheit und Soziale Lage“) zu eigen, die wenn es auch nicht ihr Zweck ist, so doch tatsächlich auf eine Begründung der Berechtigung der Forderungen des sozialdemokratischen Kommunalprogramms hinausläuft und in der vom Standpunkte des politisch und vorerwähnten Wissenschaftlers aus der Nachweis dafür erbracht wird, wie dringend notwendig die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen ist. Wenn Gottstein hervorhebt, daß jene Maßnahmen nicht Maßnahmen ausschließlich zum Schutze der wirtschaftlich und darum auch körperlich Schwächsten sind, sondern daß sie, indem sie diesen zugute kommen, nicht zuletzt der Gesamtbevölkerung dienen, so ist das die beste Widerlegung des oft gehörten Vorwurfs, daß die Sozialdemokratie unbekümmert um die Interessen anderer Bevölkerungsschichten eine einseitige Klassenpolitik zugunsten der Besitzlosen treibt. Gewiß nehmen wir uns in erster Linie der jahrhundertlang vernachlässigten Interessen der Besitzlosen, der wirtschaftlich Schwachen an, aber je energischer wir diese vertreten, je mehr wir die Lage der Arbeiterbevölkerung zu heben uns bemühen, desto besser dienen wir dem Wohle der Gesamtheit, und so kann man mit Fug und Recht sagen, daß die Sozialdemokratie diejenige Partei ist, die, wie überall, so auch in den Gemeinden, die Fürsorge für das Gesamtwohl oben an stellt.

Welche Pflichten erwachsen nun den Gemeinden auf dem Gebiete der Bekämpfung der Krankheiten? „Um das zu verstehen, muß man sich klar machen — und davon geht auch Gottstein aus —, daß die soziale Therapie (deren Aufgabe es ist, Schäden zu bekämpfen, deren Ursache in der sozialen Lage eines Einzelwesens oder einer Gruppe gleichartiger Individuen begründet sind) sich auf Behandlungsmethoden stützt, welche nicht von naturwissenschaftlicher Forschung und nicht auf den aus ihnen gewonnenen Ergebnissen beruhen.“ Wenn wirtschaftliche oder gesellschaftliche Notstände oder Mißstände in letzter Linie den körperlichen Krankheitsvorgang hervorgerufen oder verschlimmern, so bedarf sowohl die symptomatische wie die kausale Therapie und Prophylaxe auch ihrerseits wirtschaftliche Maßnahmen, um sie zu beseitigen oder zu verhüten.“ Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Tätigkeit der Gemeinden auf sozialhygienischem Gebiete zu bewerten. Aber man darf hierbei nicht vergessen — auch darauf macht Gottstein aufmerksam —, daß die Bestrebungen der Gemeinden erschwert werden durch die durch gesetzliche Maßnahmen geforderte **Z u e r u n g** der wichtigsten Lebensmittel. „Wenn es wirtschaftliche Notstände sind, welche die Geburtenzahl vermindern, welche durch Unterernährung der Mütter die Fähigkeit zum Selbsthalten verringern, welche durch unzureichende Kost des Schulkindes, dessen Mütter mit auf den Erwerb gehen muß, die sittliche und wissenschaftliche Erziehung des Schulkindes hemmen, wenn eine gleiche Ursache es bewirkt, daß die Miltärtauglichkeit der Großstädte stetig abnimmt, weil im schlecht genährten Körper des Arbeiters der in der Jugend eingebundene Tuberkelbazillus die günstigste Gelegenheit zur Vermehrung findet, so muß jede erhebliche Verschlechterung der Nahrungsmittel zu einer Verschlechterung der Volksgeundheit führen, deren Abwendung gerade die Maßnahmen der sozialen Therapie dienen sollen. Es liegt ein gewisser Widerspruch darin, daß auf internationalen und einheimischen Kongressen die höchsten Vertreter der Regierungen

mit anerkennenden Worten die Einrichtungen der Städte zur Bekämpfung der Säuglings- und Tuberkulosesterblichkeit pfeifen, und daß dann dieselben Regierungen gesetzliche Maßnahmen ihre Zustimmung geben, in deren Folge eine Erschwerung des Gelingens dieser Aufgaben eintritt.“

In einzelnen beschäftigt sich Gottstein zunächst mit den Aufgaben der **A r m e n ä r z t e**, denen bei dem inneren ursächlichen Zusammenhang zwischen Krankheit und Armut und bei dem Charakter ihrer Tätigkeit eine ganze Reihe rein therapeutischer Aufgaben erwachsen. Der Armenarzt ist fast überall der Vertrauensmann seiner Armenkommissionen, er wird in vielen Städten gleichzeitig mit anderen Aufgaben rein sozialhygienischer Art betraut, er ist in den Städten, wo ein Wohnungsamt besteht, zugleich der Berater der Wohnungsämter. Auch die geschlossene Krankenfürsorge muß mehr und mehr mit sozialem Geiste erfüllt werden, die Krankenhäuser dürfen keine Armenanstalten sein, sondern es sind soziale Einrichtungen, und die Aufwendungen, die die Städte für sie machen, sind auch keineswegs gering. Waren doch von den Anleihen, die 22 deutsche Großstädte in den drei Jahren 1904—1906 in Höhe von insgesamt 682 Millionen Mark aufgenommen haben, 78 Millionen für den Bau von Heil- und Pflegeanstalten bestimmt!

Eine große Bedeutung kommt der Säuglingsfürsorge, der Bekämpfung der Tuberkulose und des Alkoholismus zu. In dieser Hinsicht decken sich die Anschauungen von Gottstein in den meisten Punkten mit den von uns vertretenen. Genau wie wir, so betrachtet auch er die Säuglingsfürsorge ohne Mutterfürsorge als Stillwerk und verlangt deshalb neben der kommunalen Säuglingsfürsorge die Schaffung von Mutterschaftsversicherungskassen, die Einrichtung besonderer geburtsärztlicher Anstalten zur Aufnahme ehelicher und unehelicher Mütter, in denen Mutter und Kind eine bessere Fürsorge zu teil werden kann, den Bau und Betrieb von Säuglingsheimen, von Krippen, Stillstuben u. a. m. Die Erfolge der Säuglingsfürsorge selbst stellt Gottstein nicht in Abrede, wenn sich auch ein zahlenmäßiger Nachweis bei der Kürze der Einrichtung noch nicht erbringen läßt. Dagegen zweifelt er, ob die unübertrefflichen Vorteile der Säuglingsfürsorge auf die Dauer Stand halten, da bei der sozialen Lage der in Frage kommenden Bevölkerungsschichten die Folgen schlechter Wohnungen und Ernährung sowie schlechter Pflege so einschneidend sind, daß sie die gewonnenen Vorteile mehr als ausgleichen. Aus diesem Grunde regt er in Uebereinstimmung mit anderen Fachleuten die Ausdehnung der Fürsorge auf das bisher niemals gesundheitlich überwachte Lebensalter vom zweiten bis sechsten Lebensjahre an, eine Anregung, die auch von sozialdemokratischer Seite schon längst geübt ist.

Die Einrichtung der **L u n g e n f ü r s o r g e** will Gottstein für größere Städte, namentlich für solche, die über größere Mittel selbständig verfügen, unter allen Umständen den Kommunen selbst überlassen, da er es für notwendig hält, daß die Lungenfürsorge Hand in Hand mit anderen städtischen Einrichtungen auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege arbeite. Wegen der Verluste des Wahlrechts, die mit einer Armenunterstützung verbunden sind, und wegen der Abneigung der Bevölkerung, mit der Armenverwaltung in Beziehungen zu treten, hält er es für ungewinnlich, die Lungenfürsorge der Armenverwaltung zu unterstellen; er will diese Aufgabe vielmehr den Gesundheitsdeputationen oder besonderen Wohlfahrtskommissionen unterstellt wissen.

Die Aufgaben der Gemeinden auf dem Gebiete der **S c h u l g e s u n d h e i t s p f l e g e** im einzelnen aufzuzählen, würde zu weit führen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß Gottstein als das wichtigste Gebiet, auf dem die Schule als solche eine soziale Aufgabe erfüllt, das der **S c h u l k i n d e r s p e i s u n g** betrachtet, und daß er als Ergänzung hierzu die Einrichtung von **S c h u l k i n d e r h o r t e n** empfiehlt. In der Verabreichung von warmem Frühstück an Schulkinder erblickt er nicht etwa eine aus blohem Mitleid berechnete, sondern eine Maßnahme im Interesse des erfolgreichen Unterrichts, und die Schulkinderhorten sollen der Beschäftigung der Kinder in der schulfreien Zeit und der Mitwirkung an ihrer sittlichen und kulturellen Erziehung im Dienste derjenigen Schichten dienen, in denen die Eltern durch ihre Berufslosigkeit und soziale Not imlande sind, die Kinder in der schulfreien Zeit bei der Arbeit und beim Spiel zu überwachen. Die Uebernahme der Behandlung durch die Schulärzte hält Gottstein im Interesse des Unterrichts vielfach für dringend erwünscht, doch weist er leider nicht energisch genug die dagegen angeführten Gründe zurück.

Welch hohe Bedeutung der kommunalen **W o h n u n g s f ü r s o r g e** zukommt, dafür bietet die Gottsteinsche Arbeit einen neuen Beweis. Wenn die durch die soziale Lage beeinflussten Krankheitszustände mittelbar und in letzter Linie immer wieder mit den Wohnungsverhältnissen in Zusammenhang zu bringen sind, so ist es eigentlich nur eine selbstverständliche logische Folge, zu fordern, daß die Gemeinden sich endlich zu durchgreifenden Maßnahmen zur Besserung der Wohnungsverhältnisse aufraffen. Daß sie die Macht dazu haben — wenn auch nur in einem beschränkten Umfange —, unterliegt keinem Zweifel, aber leider ist es in den meisten Fällen das Interesse der in den Gemeindevertretungen herrschenden Hausagrariar, das ein Eingreifen auf diesem Gebiete verhindert. An Beweisen dafür fehlt es nicht. Auch in bezug auf die kommunalen Maßnahmen

zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln vertragen die kommunalen Körperschaften fast ausnahmslos, man versteht sich hinter dem Vorwand, daß es nicht Aufgabe der Gemeinde sein könne, einzelnen Gewerbetreibenden Konkurrenz zu bereiten. Und dabei ist diese Konkurrenz bereits heute vorhanden, und sie wird mit der Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens einen immer höheren Grad annehmen. Das sieht auch Gottstein, und deshalb weist er den Gedanken nicht von der Hand, daß die Gemeinden einmal dahin kommen werden, die Nahrungsmittelversorgung nach wirtschaftlichen Grundsätzen in größerem Umfang in Betrieb zu nehmen. Durchaus zutreffend weist er darauf hin, daß die Gemeinden diese Entwicklung durch Errichtung von Markthallen und Schlachthöfen, durch eigene Milchämter u. a. m. vorbereitet haben, und er kommt zu dem Resultat, daß, wenn es auch wahrscheinlich noch einige Jahrzehnte währen wird, ehe die Anschauungen, die heute einer derartigen Entwicklung und einem Eingreifen in die private Erwerbstätigkeit überwiegend feindlich gegenüberstehen, sich angesichts der Notwendigkeit geändert haben werden, das Wachstum der Großstädte doch zu einem derartigen Vorgehen dränge. Erst wenn die Entwicklung diesen Punkt erreicht haben wird, werde die Stadt als solche in der Lage sein können, auch in den Fällen von Notstand wirksamer einzugreifen.

Was Gottstein auf den verschiedensten Gebieten vorschlägt und anregt, ist nicht etwa vom grünen Tisch diktiert, sondern all das ist — das eine hier, das andere dort — in mehr oder minder großem Umfange bereits in die Tat umgesetzt, ein Beweis dafür, daß das kommunalpolitische Programm der Sozialdemokratie nichts Utopisches fordert, sondern nur solche Forderungen enthält, die sich auch innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung durchsetzen lassen. Unsere programmatischen Forderungen werden durch die Gottsteinsche Arbeit vom Standpunkte der Wissenschaft aus unterstrichen, und das soll uns anspornen, sie um so energischer innerhalb und außerhalb der kommunalen Körperschaften zu vertreten. P. H.

Rußlands Anteil an der türkischen Beute.

Für den Geschichtsfreiber der Orientreise von 1912/13 wird wohl kaum ein Kapitel so viel Interessantes bieten wie der Anteil Rußlands an der Vorgeschichte, dem Verlauf und dem Abschluß der Balkankriege. Beginnend mit der Vorbereitung des Balkanbundes bis zu den Drohungen an die Adresse der einander bekämpfenden Balkanstaaten und den selbständigen Verhandlungen mit der Türkei, hat die russische Diplomatie in dem Völkervertrag auf der Balkanhalbinsel die erste Geige gespielt, und nicht so bald wird volle Klarheit darüber herrschen, wieviel enormen Anteil die Winkelzüge der russischen Diplomatie an den Balkankriegen genommen haben.

Die Erfolge, die die russische Diplomatie davongetragen hat, sind allerdings recht dürftig. Von einer Vorherrschaft des Pan-Slawismus oder richtiger des Panarismus am Balkan kann nach dem zweiten Balkankriege keine Rede mehr sein. Das territorial erstarke Serbien kann der russischen Diplomatie ihre Einmischung zugunsten Bulgariens nicht vergehen. Und in Bulgarien haßt man Rußland, dem man einen Teil der Schuld an dem Zusammenbruch zuschreibt. In der Kavallfrage trug die russische Diplomatie, infolge der Vordringlichkeit des sonst so willfährigen französischen Bundesgenossen, einen eklatanten Mißerfolg davon, und auch in der namentlich von Rußland vertretenen Forderung des Finanzkonkots der Türkei traten die verschiedenen Richtungen der Orientpolitik Rußlands und Frankreichs zutage. Auch die heißbegehrte armenische Beute, die eine Zeitlang im Bereich des Erreichbaren zu sein schien, mußte infolge der ablehnenden Haltung Deutschlands und Englands vorläufig preisgegeben werden. Kein Wunder deshalb, daß die russische Diplomatie noch so vielen Enttäuschungen von weitergehenden Plänen Abstand nimmt, und bei der Liquidation der Orientreise mit Forderungen hervortritt, die ihr in einem günstigeren Augenblick eine ausschlaggebende Position verschaffen können.

Die plötzliche Nachgiebigkeit, die die russische Diplomatie in der Adrianopelfrage jetzt zeigt, wird nicht ohne Unrecht auf die Konjessionen zurückgeführt, die Rußland bei den unmittelbaren Verhandlungen mit der Türkei herauszuschlagen sucht. Diese Konjessionen bewegen sich in zwei Richtungen hin. Einmal sucht Rußland sich bei der bevorstehenden Reform der Verwaltung in türkisch-Armenien einen starken Einfluß zu sichern, und andererseits sucht es seine von früher bestehende Vorgesetzstellung aus, um durch Bahnkonjessionen in Anatolien die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft im nördlichen Teile Kleinasiens an sich zu reißen. Was die erste Forderung betrifft, vermochte schon das türkische Wort „Idam“ im Juli mitzuteilen, Rußland habe die Forderung gestellt, daß russische Beamte in den von der russischen Regierung angebotenen Gebieten Kleinasiens zur „Reform“ der Verwaltung herangezogen werden sollten. Wüßte man, daß die russische Regierung, gegen die Anstellung europäischer Beamten in der Türkei Einspruch zu erheben, daß die türkische Regierung dieser Drohung Folge leisten wird und bestimmte Gebiete — offenbar wohl Armenien — den russischen „Reformatoren“ ausliefert, steht noch dahin. Jedenfalls berührt es recht eigentümlich, daß der über die türkische Politik am besten informierte Konstantinopeler „Sabah“ kürzlich mitteilen konnte, daß der Rahmen der türkisch-russischen Unterhandlungen weit über die Frage der anatolischen Eisenbahnen hinausreicht.

Was die letzte Frage betrifft, stützt sich die russische Regierung bei ihren Konjessionsforderungen auf eine Trade der Pforte vom

20. März 1900, worin die türkische Regierung verspricht, die russischen Konzeptionen zu bevorzugen, wenn sie selbst die Eisenbahnbauten zur russischen Grenze und zur Küste des Schwarzen Meeres nicht mit eigenem Kapital bauen und sie nicht selbst explozieren würde. Das hierdurch gesicherte Vorzugsrecht bezieht sich auf die türkischen Vilajets Van, Erzerum, Trapezunt, Sivas und Karaman, also auf einen Gebietsstreifen, der sich von der türkisch-perfischen Grenze an der türkisch-russischen Grenze und der Küste des Schwarzen Meeres hin, die Nordwestküste Kleinasien ausgenommen, erstreckt. Bisher gehörte es zu den Lieferungen der russischen Orientpolitik, das 1900 erworbene Vorzugsrecht im nördlichen Teile Kleinasien zur Fernhaltung jeder fremden Bahnkonzeption auszunutzen, die durch die wirtschaftliche Erschließung Anatoliens und eine festere Angliederung an die Türkei die russischen Ansichten auf die Erwerbung Armeniens schmälern konnte. Nun hat sich aber die Situation wesentlich verändert. Die Bagdadbahn schreitet ihrer Vollendung entgegen. Zwischen England und Deutschland hat bereits eine Einteilung der Interessensphären in Vorderasien stattgefunden. Eine ähnliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, bei der Frankreich Konzeptionen in Syrien und Armenien erhalten soll, scheint unmittelbar bevorzustehen. Russland selbst hat — gegen die Anerkennung seiner Vorherrschaft in Nordpersien durch Deutschland — die Interessen der Bagdadbahn anerkannt und sich verpflichtet, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Verbindungsbahn zwischen Teheran und Ahanein an der Bagdadbahn zu bauen. Das rasende Tempo, mit dem das internationale Kapital in die asiatische Türkei einströmt und sich durch die Anlage von Bahnen „Interessensphären“ schafft, veranlaßt nun auch Russland, an den Bau der anatolischen Bahnen zu schreiten. Zwar hat Russland auch jetzt keine verfügbaren Kapitalien für diese Bauten; aber nicht umsonst hat die russische Diplomatie einen großen Teil des in Frage kommenden Gebietes an Frankreich abgetreten; auch die Bahnen, die den russischen Einfluß in Kurdistan und Armenien hinübertragen werden, sollen mit französischem Gelde gebaut werden!

Um die politische und wirtschaftliche Bedeutung dieser Bahnen für Russland in ihrem vollen Umfange zu würdigen, muß kurz noch auf die persischen Bahnen und auf die unaufhaltsam fortschreitende Russifizierung der blühendsten Provinzen Persiens hingewiesen werden. Infolge der verästelten Politik Englands und zum Teil auch Deutschlands, ist Nordpersien bereits heute eine russische Provinz. Nach festigem Widerstreben der persischen Regierung, die jetzt mehr denn je zu einer Schmelzung verurteilt ist, hat Russland im Januar d. J. die Konzeption zum Bau der Eisenbahn Schusla—Täbris und Schusla—Urmia erhalten. Während die erste Bahn die persische Provinz Azerbeidschan militärisch und politisch an Russland festsetzt, bildet die zweite Bahn ein Einfallstor in die asiatische Türkei. Der Anschluß einer von Russland erbauten anatolischen Bahn an diese russisch-persische Linie würde ein unabweisbares Hindernis der militärischen und wirtschaftlichen Macht Russlands im nördlichen Teile Kleinasien ins Leben rufen.

So mobilisiert auch Russland seine Macht, um bei der bevorstehenden „Aufstellung“ der asiatischen Türkei von den westeuropäischen Staaten nicht an die Hand gedrückt zu werden. Heute schwören noch die europäischen Mächte auf die „Integrität“ der asiatischen Türkei, wie sie noch vor einem Jahre auf dem Statusquo am Balkan geschworen haben. Aber wenn sich Deutschland, Russland, England, Frankreich, an gewaltigen Kapitalanlagen interessiert, und durch auseinandergehende politische Absichten von einander getrennt, bis an die Zähne bewaffnet, in Vorderasien gegenüberstehen werden, wird die asiatische Türkei einen Herd internationaler Komplikationen und fortwährender Kriegsgefahren bilden, größer noch als sie vom Balkan her gedroht haben und drohen.

Politische Uebersicht.

Nationalliberale Erfolge.

Die „Nationalliberale Reichs-Korrespondenz“ des preussischen Landtagsabgeordneten Fuhrmann wirft die Frage auf, was durch die nationalliberale Bewegung erreicht worden sei. Viel kann die Korrespondenz allerdings nicht aufzählen, unter den wirklichen oder vermeintlichen Erfolgen ist aber einer, der ganz besondere Beachtung verdient und zwar der Schutz der Arbeitwichtigen. Die Erziehungsarbeit des Herrn Fuhrmann, die er im Interesse des industriellen Schorfmauertums vollzieht, scheint bei der nationalliberalen Reichstagsfraktion nicht ohne Erfolg geblieben zu sein. Zur Frage des Schutzes der Arbeitwichtigen führt Herr Fuhrmann nämlich aus:

Vom Regierungssitze wird, das darf man gewiß sein, nicht wieder eine solche Erklärung abgegeben werden, wie in der letzten Sitzung des Reichstags durch den Staatssekretär des Innern. Auch die nationalliberale Fraktion wird sich nicht mit der Ablehnung von Vorschlägen zur Verbesserung der Lage, die von anderen Parteien ausgehen, begnügen; sie wird es vermeiden, eine Stellung einzunehmen, die es den Gegnern erleichtert, ihr mangelndes Verständnis für die Gefahren einer Lage nachzusagen, die durch den Terrorismus sozialdemokratischer Organisationen und der dieser nahestehenden Gewerkschaften geschaffen ist. Also, wenn diese Dinge wieder im Reichstage erörtert werden, werden sie anders, mit größerem Ernst, mit eifrigeren Studien nach dem geeigneten Wege zur praktischen Abhilfe erörtert werden. Diese Hoffnung ist nicht dages, sondern gründet sich darauf, daß schon heute in der öffentlichen Erörterung ein Umschwung der Meinungen zu bemerken ist. Die oft getriebenen „Industrie-Kapitane“ haben die Genugtuung, daß man ihren Sorgen heute mehr Beachtung schenkt. Das ist es, was sie sich wünschen, nicht Hochpreierungen in Versammlungsreden; sie wollen, um an das Epigramm des Dichters anzuknüpfen, weniger erhoben und fleißiger beachtet werden, wenn sie Anliegen vorbringen, die mit der Aufrechterhaltung der industriellen Stellung Deutschlands zusammenhängen.

Wenn das richtig ist und wenn Herr Fuhrmann nicht nur aufgeschritten hat, dann ist anzunehmen, daß der Zuchthausgesetzentwurf der Konservativen, der beim Etat des Reichsamtes des Innern wieder eingebracht wird, diesmal auch die Unterstützung der großen Mehrzahl der Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion finden wird. Die Industrie-Kapitane könnten sonach mit ihrem Steuermann Fuhrmann vollauf zufrieden sein, denn es wäre ihm gelungen, die Fraktion an die Seite der Konservativen zu drängen. Im Frühjahr dieses Jahres sind es nur 10 Nationalliberale gewesen, denen der Gedanke eines neuen Zuchthausgesetzes so sympatisch war, daß sie ihm durch ihre Abstimmung ostentativ Ausdruck verliehen haben. Selbst wenn aber nun die ganze Fraktion für den konservativen Antrag stimmen sollte, dann würde er noch keine Mehrheit haben, weil das Zentrum aus sehr naheliegenden Gründen für einen solchen Antrag nicht eintreten kann.

Wieder ein Gewaltakt in einem Staatsbetriebe.

Die kaiserliche Werft in Wilhelmshaven hat wiederum die Sozialdemokratie vernichtet. Am Sonnabend wurde dem ersten Vorsitzenden des Arbeiterausschusses der kaiserlichen Werft, Mechaniker Poppen, im Namen des Oberwerksdirektors gekündigt auf Grund des Verstoßes § 1 Absatz 2 der Arbeitsordnung, nach dem jeder Sozialdemokrat auf die Strafe gesetzt werden kann. Der angezogene Passus der Arbeitsordnung lautet nämlich: „Die für den Dienst in der Marineverwaltung im Arbeitsverhältnis anzunehmenden Personen müssen folgenden Bedingungen entsprechen: a) Sie dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen sein, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder der Arbeiter untereinander stören wollen.“

Mit Hilfe dieser Bestimmung kann die Werftbehörde natürlich jeden ihr unbequemen Arbeiter davorjagen, der sich nicht gefügig genug zeigt. Und Mechaniker Poppen war ihr schon lange ein Dorn im Auge. Der intelligente Arbeiter wurde seines Gehalts und seines Rutes wegen von seinen Kollegen vor drei Jahren in den Arbeiterausschuß gewählt, und nach einem Jahre schon erlor ihn diese Korporation zu ihrem ersten Vorsitzenden. Er verstand immer so zu operieren, daß im Arbeiterausschuß auch stets die nicht freigezwecklichen Vertreter, Christlichen, Deutsche usw., für die Maßnahmen des Arbeiterausschusses eintreten und Eingaben und Begutachtungen daher mit Einstimmigkeit angenommen wurden. Die nichtfreigezwecklichen Ausschussmitglieder haben jedoch unumwunden Poppens Tätigkeit lobend anerkannt.

Doch der Werfleitung war er unangenehm, wie ihr alle Leute unangenehm sind, die Arbeiterinteressen vertreten. Nun hat sie den Ausnahmeparagraphen gegen Sozialdemokraten auch gegen ihn angewandt. Nach zwölfjähriger Tätigkeit wird ein tüchtiger Arbeiter seiner politischen Ueberzeugung halber auf das Pflaster gelegt.

Landtagswahlwahl in Lippe.

Im ersten städtischen Wahlkreise des Fürstentums Lippe-Deimold ist der Reichstagsabgeordnete Dr. Neumann-Hofer am Donnerstag bei einer Nachwahl in den lippeischen Landtag gewählt worden. Er erhielt 1108 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat 820, ein konservativer 60 Stimmen. Der Sieg des Fortschritts ist lediglich auf den Umstand zurückzuführen, daß die lippeischen Piegler gegenwärtig auf Wanderarbeit sind und deshalb an der Wahl nicht teilnehmen konnten.

Das Spottgedicht im Altarsedel.

Wegen Beleidigung eines Pfarrers in Tübingen hatte sich der Maurer Geisler in Tübingen vor dem Schöffengericht in Reichenau zu verantworten. Bei einer in Tübingen vorgenommenen Kirchenrenovation waren die Maurer wegen Tarifbruch des Unternehmers mit diesem in Differenzen geraten. Der Pfarrer wurde ersucht, zu vermitteln. Er lehnte das nicht nur ab, sondern versiegte sich auch noch zu der Drohung, wenn die Maurer nicht zur Arbeit gingen, würde er die „Gude“ schließen oder unorganisierte herbeiführen. Ein Spottvogel prägte nun den Vorgang in Knittelversen und die Leute mauerten das Gedicht, in einer Nische bewahrt, in den Altarsedel ein. Ein Anonymus machte jedoch dem Pfarrer von dem Geschehenen Mitteilung. Letzterer ließ nun den Altarsedel wieder aufreißen und fand das Spottgedicht. Er veranlaßte die Staatsanwaltschaft, Klage zu erheben. Der Pfarrer behauptete vor Gericht, daß er sich durch das Gedicht beleidigt fühle, obgleich dasselbe sehr harmlos und auch ulkig abgefaßt sei. Zugeden mußte er aber, daß er mit der Bezeichnung „Gude“ seine Kirche gemeint habe, was von dem Angeklagten in entsprechender Weise beleuchtet wurde. Auf die Frage, warum er den Streit zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern nicht zu schlichten versucht habe, meinte er, er habe die Forderung der Arbeiter für grundlos gehalten, sie hätten nur unter dem Druck der Organisation gehandelt. Dabei handelte es sich aber um einen Tarifbruch des Unternehmers, der einen Pfennig Stundenlohn weniger zahlen wollte.

Auf Forderungen des Gerichtsvorsitzenden ließ sich der Pfarrer schließlich zu einem Vergleich herbei. Der Angeklagte zahlte zwar die Kosten, dürfte aber die Lächer wohl auf seiner Seite haben.

Kein Proportionalwahlrecht für Straßburg.

Die Eingabe des Straßburger Gemeinderats zur Einführung des Proportionalwahlrechts für die nächsten Gemeinderatswahlen ist dem Ministerium abschlägig beschieden worden.

Keine Bekleidung, sondern nur Mißverständnisse.

Billige Gänge wollte der als Sozialistenführer bekannte Gendarm Schlosser aus Pellenberg O.-Schl. bei zwei Stellenbesitzern kaufen, bei denen er bei einer amtlichen Kontrolle Verstöße gegen die Unfall-Verhaltensvorschriften an Dreischleppmaschinen festgestellt hatte. Ein Stellenbesitzer verkaufte ihm auch tatsächlich eine schöne fette Gans für ganze 3,50 M., weil er der Meinung war, daß der Gendarm von der beabsichtigten Anzeige gegen ihn Abstand nehmen werde. Bei einem anderen Stellenbesitzer, bei dem auch Verstöße gegen die Unfall-Verhaltensvorschriften festgestellt wurden, wollte der Gendarm ebenfalls eine billige Gans kaufen. Hier soll er sogar gesagt haben: „Verkaufen Sie mir eine Gans billig, so will ich Ihnen die Strafe erlassen!“ worauf ihm beide Eheleute erwiderten, daß sie ihre Gans behalten und lieber die Strafe bezahlen würden. Diese Vorgänge wurden im Wirtshaus besprochen und führten zu einer Anzeige an den Landrat, der aber ein Einschreiten ablehnte. Daraus verklagte der Gendarm den Gastwirt, der die Anzeige an den Landrat gemacht hatte, wegen Beleidigung vor dem Schöffengericht. Der Gastwirt wurde freigesprochen.

Daraufhin hatte sich der Gendarm vor dem Kriegsgericht Reiche wegen Verletzung und Mißbrauch der Dienstgewalt zu verantworten. Das Urteil lautete auf 10 Tage Mittelarrest wegen Mißbrauch der Dienstgewalt. Bekleidung wurde nicht angenommen. Der Anklagevertreter hatte 15 Monate Gefängnis beantragt. Wegen dieses Urteil legten sowohl der Gerichtsherr als der Verurteilte beim Oberkriegsgericht Widerspruch ein. Ersterer wegen zu milder Bestrafung, letzterer weil er unschuldig verurteilt worden sei.

Vor dem Oberkriegsgericht sagte der als Neuge vernommene Distriktskommissar aus, daß sich Schlosser bei seinen Gänse-einkäufen tadellos benommen habe. Andere Vorgesehene schilderten ihn als einen eifrigen, tüchtigen, sehr gewissenhaften Beamten, der von recht guter, tadelloser Führung sei trotz einer Vorstrafe von 14 Tagen Arrest wegen vorchristlich-widriger Bekleidung Untergehener. Andere Zeugen behaupteten wieder, Schlosser sei kleinlich, hart, schroff und unfreundlich. Die Belastungszeugen schilderten die Vorgänge in der hier wiedergegebenen Weise.

Das Oberkriegsgericht hielt eine Bekleidung für ausgeschlossen, denn die Frage, ob die vernommenen Belastungszeugen — ein halbes Duzend — Glauben verdienen, müsse verneint werden, da Mißverständnisse vorliegen könnten. Es nahm deshalb nicht nur keine Bekleidung an, sondern hob auch das Urteil der ersten Instanz wegen Mißbrauch der Dienstgewalt auf und erkannte auf völlige Freisprechung.

Der Nachfolger Traubs nicht bestätigt.

Aus Dortmund wird gemeldet: Der Nachfolger Traubs an der hiesigen Reinoldi-Gemeinde, Pfarrer Dr. Fuhs aus Mülfeldheim, soll nicht bestätigt werden. Die „Christliche Freiheit“ teilt darüber mit: „Am 11. Juni ist Pfarrer Dr. Fuhs aus Mülfeldheim einstimmig zum Nachfolger Traubs gewählt worden. Am 4. September, also fast ein Vierteljahr später, ging ein Schreiben von Münster aus an den Gewählten. Nun wird Fuhs gefragt, ob er seinerzeit die Erklärung heiflicher Gemeinden gegen das Spruchkollegium und das Versagen im Falle Traub mit unterzeichnet habe, gegebenenfalls, ob er etwas getan habe, um diese Erklärung zu widerrufen. Von seiner Verantwortung soll es abhängig gemacht werden, ob ein Kolloquium über ihn stattfindet.“

Ein Opfer des militärischen Beschwerte, rechts!

Ein aufsehenerregendes Urteil, das einen bemerkenswerten Beitrag zu dem gefügig garantierten Beschwerte-

recht liefert, wurde vom Reichsmilitärgericht in letzter Instanz bestätigt. Am 8. Mai d. J. gegen Mittag hatte der Gefreite Ziegenbalg von der 1. Komp. des Schützen-Regiments Nr. 108 eine Abteilung Soldaten vom Schießstand nach der Kaserne zu bringen. Auf dem Schießstand erhielt beim Antraten der Schütze Angermann den Befehl, den Patronenkasten zu tragen, obgleich er schon Tornister mit Sandfack und Gewehr zu transportieren hatte. Da Angermann schon lange das Gefühl hatte, der Gefreite schikaniere ihn, hielt er auch diese Anordnung für eine Ungerechtigkeit und sagte: „Ich habe doch meine Schießübung erfüllt und ohnehin Tornister mit Sandfack zu tragen, kann denn den Kasten nicht ein anderer nehmen!“ Darauf ging der Gefreite nicht ein, wollte vielmehr seine Anordnung unbedingt befolgt wissen! Angermann nahm widerspruchslos den Patronenkasten. Als sich die Abteilung zum Bewegung gesetzt hatte, befahl der Gefreite Lauffschritt, der sich auf eine Strecke von 580 Metern ausdehnte! Schon dabei blieb Angermann infolge Ueberanstrengung und Erschöpfung zurück. Nach diesem Lauffschritt befahl der Gefreite dann noch, daß gefungen werden solle! Die meisten Soldaten waren dazu nicht fähig, weil sie außer Atem und erschöpft waren. Der Gefreite drohte, er werde, wenn es den Leuten nicht passe, eine Zeilung Hinlegen und aufstehen „lassen“ lassen! Angermann hatte inzwischen Seitenstechen bekommen, war erschöpft und in Schweiß gebadet. Er sagte zu seinen Kameraden: „Wer nimmt mir denn mal den Patronenkasten ab?“ Es konnte sich niemand melden, weil der Gefreite unmittelbar danach abermals 250 Meter Lauffschritt machen ließ als Strafe für das unterlassene Singen! Auch jetzt blieb Angermann infolge Ermattung hinter der Abteilung zurück. Nachdem die Soldaten wieder zum Schritt übergegangen waren, wurden zwei andere Soldaten, die auch Patronenkasten zu tragen hatten, aber nicht bepackt waren, abgelöst; zu Angermann aber sagte der Gefreite: „Und Sie tragen weiter!“ Das tat auch Angermann, er blieb aber immer wieder zurück und hat mehrere Kameraden, ihn den Kasten mal abzunehmen. Der Gefreite packte jedoch auf. Nachdem Angermann nach einiger Zeit abermals rief: „Wer löst mich denn mal ab!“ erbatnte sich ein Kamerad und nahm den Patronenkasten. Als das der Gefreite sah, mußte Angermann den Kasten wieder nehmen und bis nach der Kaserne tragen.

In den Reuefertungen Angermanns wird eine Aufforderung zum Ungehorsam erblickt und der mittelidige Soldat, der den Kasten abnahm, soll ebenfalls bestraft worden sein. Ueber das Aufreihen des Gefreiten war Angermann so empört, daß er seinem Vater davon Mitteilung machte und dann auf dessen Veranlassung den Gefreiten zur Meldung brachte. Gegen den Gefreiten wurde daraufhin zwar eine Untersuchung eingeleitet, aber eine weitere Folge der Beschwerde resp. Meldung war eine — Anklage gegen Angermann! wegen Insubordination, obgleich festgestellt worden war, daß der Gefreite nicht ganz einwandfrei gehandelt hatte. So sieht das Beschwerte in der Praxis aus, denn bis zu dem Augenblick, wo Angermann die Beschwerde gegen den Gefreiten anbrachte, hatte niemand etwas Strafbares in dem Verhalten Angermanns gefunden!

Angermann hatte sich wegen Insubordination und der Gefreite Ziegenbalg wegen vorchristlich-widriger Behandlung Untergehener vor dem Kriegsgericht in Dresden zu verantworten. Das Urteil ist mit dem Rechtsempfinden nicht in Einklang zu bringen: Der Gefreite wurde — freigesprochen, der Soldat dagegen zu 3 Wochen strengem Arrest verurteilt. Das Gericht war der Meinung, daß der Gefreite den Lauffschritt zur Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin habe ausführen lassen, der Soldat aber durch sein Verhalten gegen die militärische Justiz und Ordnung verstoßen habe. Der Gerichtsherr gab sich auch mit dem Freispruch des Gefreiten zufrieden, Angermann aber fühlte sich ungerecht bestraft und legte Verufung ein, mit der Begründung, daß es ihm ferngelegen habe, gegen die Disziplin zu verstoßen. Er hatte aber damit keinen Erfolg, die Verufung wurde verworfen und die Strafe als „durchaus angemessen“ bezeichnet.

Auf die Revision Angermanns hat nun auch das Reichsmilitärgericht das unglaubliche Urteil bestätigt und das Rechtsmittel als unbegründet zurückgewiesen!

Rekrutenmißhandlungen bei den Oldenburger Dragonern.

Bei der 5. Schwadron des Oldenburg. Dragonerregiments Nr. 19 wurde am 1. Mai d. J. ein Rekrut, der 19jährige Dragoner Reich Eule, kündigt. E. wendete sich nach Leer, wo er einen Verwandten besuchte und sich auf dessen Rufen bei der dortigen Polizei stellte, indem er zu Protokoll gab, daß er aus Angst vor den Mißhandlungen der Stammanschaften der Truppe den Rücken lehnte. Er habe von diesen viel aufhalten müssen und als sich einmal sein Vater, der selbst Wagnachmeister bei demselben Regiment gewesen ist, bei dem Wachmeister der Schwadron besuchte, sei es noch schlimmer geworden!

Nach erfolgter Müdlieferung zum Regiment wurde E. sofort in Oldenburg von dem Schwadronschef Rittmeister v. Lenzette vernommen, dem gegenüber er die in Leer gemachten Aussagen aus erneuter Angst vor den alten Leuten widerrief und Krankheit als Grund für seine Flucht vorführte. Nachdem der Rittmeister aus Mitteilungen des Wachmeisters Laubs von dem dem Eule zugefügten Mißhandlungen Kenntnis haben mußte, auch darüber mit dem Vater des Eule gesprochen haben soll, kam ein Tadelbericht zustande, der mit keinem Worte die Mißhandlungen erwähnte. E. ist darauf vom Disziplinar-Kommandeur wegen unerlaubter Entfernung und Belägen eines Vorgesetzten mit drei Tagen mittleren Arrestes bestraft worden.

Damit schien der „Mißfall“ erledigt, bis am 4. Juni durch die Vernehmung des Leerer Verwandten des E. neues Licht in die Sache kam und E. am Tage darauf auch der Wahrheit die Ehre gab. Nach dieser Vernehmung hörte E., daß die alten Leute gesagt hätten, es sollte ihm jetzt auf dem Lebungspfade in Münster noch schlimmer ergehen. Daraufhin brachte sich E. am 6. Juni mit seinem Anwalt, den er mit einer Platzpatrone geladen hatte, einen Schuß in die linke Brustseite ein. Entlassung zur Folge hatte. Am Samstag lag er mit dem Dragoner Dreher zusammen, der am 6. Februar d. J. wegen gekränkter Ehregefühlts bezw. wiederholter Mißhandlungen durch den Gefreiten P. v. d. H. unter völlig gleichen Umständen einen Selbstmordversuch gemacht hatte und eine sehr langwierige Behandlung durchmachen mußte. Dreher, dem durch die Folgen der Schußwunde der linke Arm gelähmt blieb, ist inzwischen auch entlassen worden.

Diese Vorgänge haben für die 5. Schwadron einen wahren Rattenkäfig von Untersuchungen und Bestrafungen gesetzt. Wenn auch hierbei der Korpsgeist der alten Leute vielfach als ein unübersteigbares Hindernis hervortrat, so ist es doch der mit rücksichtsloser Gründlichkeit geführten Untersuchung gelungen, eine Reihe von Schuldigen zu ermitteln. Der vorerwähnte Gefreite Berghof kam mangels eines Strafantrages mit drei Tagen mittleren Arrestes und Entfernung von seinem Dienstgrade davon, ebenso der Gefreite Ahlers II und der Dragoner Schwedtmann,

Manoli trustfrei!

Beschluß des Königl. Landgerichts zu Dresden:

In Sachen
der Firma Cigarettenfabrik Manoli J. Mandelbaum, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Berlin, vertreten durch den alleinigen Geschäftsführer Kommerzienrat Jacob Mandelbaum zu Berlin, — Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Justizrat Dr. Popper, Dr. G. Schubert und Dr. Joh. Thieme in Dresden-N. — Antragstellerin,

gegen

1. den Verband zur Abwehr des Tabaktrustes in Dresden, Ringstraße 18, vertreten durch seinen Vorsitzenden, Justizrat Dr. Bernhard Eibes in Dresden, Prager Straße 10, und sein geschäftsführendes Vorstandsmitglied Syndikus Karl Greiert in Dresden, Ringstraße 18,
2. den Rechtsanwalt Justizrat Dr. Eibes in Dresden,
3. den Syndikus Karl Greiert in Dresden, Antraggegner,

wird auf Grund von §§ 14, 17, 1, Satz 2, 25 d. Ges. gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juli 1909 einstweilige Verfügung dahin erlassen:
den Antraggegnern wird zur Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 1500 M. oder der Strafe der Haft bis zu 6 Monaten verboten, die Behauptung öffentlich aufzustellen oder öfterlich zu verbreiten, daß die Antragstellerin den Antrustvertrag verletzt und deshalb eine Konventionalstrafe verwirkt habe.

Dresden, den 6. September 1913.

Kgl. Landgericht, 2. Ferienkammer für Handelsachen.

Der Vorsitzende: Dr. Simon, Landgerichtsdirektor.

Ausgefertigt am 6. September 1913.

Der Gerichtsschreiber des Kgl. Landgerichts Dresden.
(L. S.) Lenfcke, Akt.

Es ist nunmehr vollauf erwiesen, daß keinerlei Beziehungen zwischen uns und dem englisch-amerikanischen Tabaktrust bestehen, und daß wir völlig trustfrei und trustrein sind.

An dem in der Presse ausgebrochenen Streit, wer an den ausgestreuten Verdächtigungen schuldig ist, wollen wir uns in der Öffentlichkeit nicht beteiligen. Durch Erhebung der Klagen wegen Beleidigung und unlauteren Wettbewerbs haben wir die Angelegenheit vor den Strafrichter und vor das Zivilgericht (Kammer für Handelsachen) gebracht.

Berlin, den 12. September 1913.

Berlin, den 11. September 1913.

An die

Manoli Cigarettenfabrik J. Mandelbaum G. m. b. H., Berlin.

Ich bestätige Ihnen auf Ihr Ersuchen folgendes: Die von dem Syndikus der Handelskammer zu Frankfurt a. M. berufene Kommission, bestehend aus den Herren:

1. Richard Haupt, Mitglied der Handelskammer zu Frankfurt a. M., Vorsitzender,
2. Kommerzienrat Paul Böhme, Mitglied der Ältesten der Kaufmannschaft, Berlin,
3. Dr. Albert Haas, Chefredakteur des Berliner Börsen-Courier, Berlin,
4. Theodor Haas, Direktor der „Revision“ Treuhand-A. G.,
5. Oscar Meyer, Syndikus der Handelskammer zu Berlin,

die zur Untersuchung der gegen Sie erhobenen Angriffe über Ihre angebliche Trustzugehörigkeit in ihrer Sitzung vom 25. August 1913 erklärt, daß sie nach eingehender Prüfung der Urkunden, Geschäftspapiere und Briefe Ihrer Firma feststellte,

ein Tatbestand, der die Anrufung eines Schiedsgerichts über Festsetzung einer Vertragsstrafe wegen Verletzung des Antitrustvertrages durch Sie begründe, liegt nicht vor, wenn alle Gesellschafter Ihrer Firma noch eidesstattliche Versicherungen des Inhalts abgeben, daß keine direkte oder indirekte Verbindung mit dem englisch-amerikanischen Trust besteht.

Die entsprechenden, von der Prüfungskommission vorgeschriebenen eidesstattlichen Versicherungen sind von sämtlichen Gesellschaftern der Firma Manoli in beglaubigter Form abgegeben worden. Ich habe Urkunden heute an den Vorsitzenden der Kommission, Herrn Richard Haupt, Mitglied der Handelskammer zu Frankfurt a. M. abgesandt.

Hochachtungsvoll

Dr. Meschelsohn, Justizrat.

Manoli Cigarettenfabrik.

Möbel-
Kredit-Haus Luisenstadt
Nahel Jannowitzbrücke Köpenicker Straße 77-78 Ecke Brückenstraße

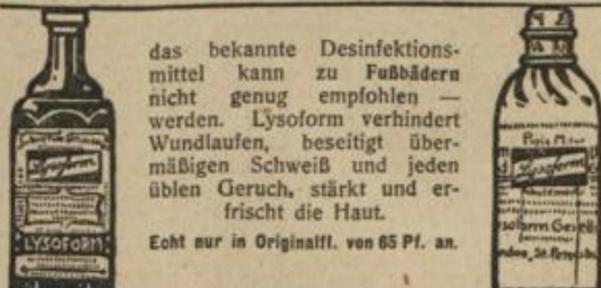
2 Bettstellen	Anzahl.	2 Bettstellen	Anzahl.		
1 Kleiderschrank	18	2 Matratzen	28		
1 Spiegel		1 Kleiderschrank			
1 Tisch		1 Wäscheschrank			
2 Stühle		1 Trumeau			
1 Küchenschrank		1 Sofa			
1 Küchentisch		1 Tisch			
1 Küchenstuhl		2 Stühle und			
1 Küchenrahmen		1 farbige Küche			
— Wochenrate 1.50 /Mark an —		Mark		— Wochenrate 2.00 Mark an —	Mark

Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 3 Mark an. Wöchentlich 1 Mark.
Sonnags von 8—10 Uhr geöffnet



LYSOFORM

das bekannte Desinfektionsmittel kann zu Fußbädern nicht genug empfohlen werden. Lysiform verhindert Wundlaufen, beseitigt übermäßigen Schweiß und jeden üblen Geruch, stärkt und erfrischt die Haut.
Echt nur in Originalfl. von 85 Pf. an.




Hut-Arnold
Dresdenerstr. 116
(Klein Laden) am Oranienplatz
Sehr grosse Auswahl in Mützen u. Pelzwaren
Ausserordentlich niedrige Preise!

Weiße Herrenhüte von Mk. 1.50—6,—
Stoffe Herrenhüte von Mk. 2.00—7.00

Elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Mass
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiterstrasse

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Meth. Blutuntersuchung. * Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. 8—8, Sonntags 8—1.
Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz)
Sprechst. 10—1, 4—8, Sonnt. 10—1.

Paletot-
stoffe, Tuche, für elegante Damenmäntel, Mtr. 4,—, 5,—, 6,— M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20-21 vis-à-vis d. Petrikirche

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**,
an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.

An die Leser des Vorwärts!

Zum Beginn der Wintersaison laden wir alle Interessenten ohne jeden Kaufzwang zur Besichtigung unserer reichhaltigen Lager ein. — Wir bringen stets die neuesten Schöpfungen in

Ulster — Paletots — Anzügen

in anerkannt vorzüglicher Paßform. — Ein jeder kann sich überzeugen, daß er durch unser Verkaufssystem

Selbstkostenpreis + 10% Nutzen

wirklich große Ersparnisse macht und vor Uebervorteilung geschützt ist.

Gemäß ihrer beim Amtsgericht niedergelegten Statuten ist die **Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.** an diese Vertriebsart gebunden und macht sich strafbar, wenn sie mehr als 10 Prozent auf den Selbstkostenpreis aufschlägt.

Deutsche Bekleidungsgesellschaft

m. b. H.

Turmstraße 80 neben kleinem Tiergarten	Gr. Frankfurter Str. 4 Ecke Fruchtstraße	Chausseestraße 27 Nähe Invalidenstraße	Neukölln Bergstr. 7/8, Ecke Prinz-Handjery-Straße
--	--	--	---

Die mißglückte Polizeiaktion und der belgische Massenstreik.

Gestern abend fand im Kellerischen Saale in der Kopenstraße die Konferenz der Wahlvereinsfunktionäre statt, denen die Genossen Guymans und Vandermissen aus Brüssel darlegen sollten, wie und warum der Generalstreik in Belgien organisiert wurde. Wie unsere Leser wissen, hat die Berliner Polizei, der Denunziation einiger reaktionärer Organe folgend, unseren beiden Brüsseler Genossen die Ausweisung angedroht und dadurch verhindert, daß Guymans und Vandermissen persönlich zu den Berliner Genossen sprechen konnten. Daß aber die Reden, welche die Vertreter des belgischen Proletariats hier gehalten hatten, der Funktionärskonferenz in vollem Umfange vorgetragen wurden, das konnte die Polizei, so allmächtig sie sich auch dünken mag, nicht verhindern.

Saal und Galerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Nur wer eine Eintrittskarte vorzeigen konnte, wurde eingelassen.

Als der Vorsitzende Groger die Konferenz eröffnet hatte, machte er die Mitteilung von der Androhung der Polizei, die Genossen Guymans und Vandermissen auszuweisen, falls sie hier reden würden. Entwürfte Skizure der Versammelten kennzeichneten dieses neueste Stückchen preussischer Polizeischikane. — Wir sehen — sagte Genosse Groger — an diesem Vorgang wieder einmal, daß eine unwürdige Polizeiwirtschaft in Preußen Deutschland herrscht. Das soll uns veranlassen, uns klarzumachen, wie wir Preußen zu einem freien Staat, zu einem Kulturstaat im wahren Sinne des Wortes machen können. Wir werden darüber nachdenken, wie die Waffe, über deren Gebrauch wir heute sprechen wollen, angewandt werden kann, um uns von dem Druß preussischer Polizeiwirtschaft freizumachen.

Mit lebhaftem Beifall wurde die Mitteilung Grogers aufgenommen, daß die Reden, welche die Polizei zu verhindern geglaubt hat, nicht nur von dieser Stelle verlesen, sondern auch in der gesamten Parteipresse abgedruckt werden, so daß also sämtliche Parteigenossen in Deutschland in der Lage sind, sich eingehend über die Organisation und den Verlauf des belgischen Generalstreiks zu unterrichten. So werden also die von den Genossen Guymans und Vandermissen nicht gehaltenen, weil durch die Berliner Polizei verhinderten Reden durch ganz Deutschland gehört werden.

Nun nahm Genosse Eichhorn das Wort zur Verlesung der von den beiden Brüsseler Genossen eingefandten Schilderung der Vorbereitung und Durchführung des belgischen Generalstreiks. Mit ungeteilter Aufmerksamkeit folgte die Zuhörerschaft dem Vortrage, der in ruhiger, streng sachlicher Darstellend zeigt, wie die politische Situation den belgischen Parteigenossen die Anwendung des Generalstreiks zur Erreichung eines freien Wahlrechts als notwendig erscheinen ließ, wie sie dann den Streik von langer Hand nach einem bestimmten Plane vorbereiteten, durch zweimäßige Propaganda Stimmung unter den Massen machten, so daß für den Zeitpunkt der Proklamierung des Streiks alles zum Kampf bereit war.

Genosse Eichhorn betonte, daß er nur vortrage, was die belgischen Genossen geschrieben haben. Wir lassen nunmehr das Wesentliche dieses Berichts folgen.

Der Bericht der Belgier.

Der letzte belgische Massenstreik war eine Etappe in dem fast 50 Jahre langen Kampfe um das allgemeine Wahlrecht und die politische Gleichheit in Belgien. Alle großen Arbeiterkämpfe in früherer Zeit hatten neben der wirtschaftlichen gleichzeitig eine politische Bedeutung. Sie dienten der Erreichung des allgemeinen Wahlrechts. Seit 1886 rechnen die belgischen Arbeiterorganisationen mit dem Massenstreik. 1891 wurde ein solcher Massenstreik mit teilweisem, 1893 schon mit bedeutendem Erfolg durchgeführt.

Daß die damalige Kammermehrheit in aller Eile das Pluralwahlrecht annahm, war sicher auf den Massenstreik zurückzuführen. Bis 1893 war das Proletariat in Belgien überhaupt von parlamentarischer Vertretung ausgeschlossen. Unter dem Pluralwahlrecht begann die parlamentarische Tätigkeit und zwar rückte die Sozialdemokratie sofort mit 28 von 152 Abgeordneten in die Kammer ein. Diese Erfolge spornten die liberale Reaktion zu schärferem Vorgehen gegen die Arbeiterklasse an. Sie verschlechterte das Kommunalwahlrecht, arbeitete an der Verfrächtigung des Unterrechts, der Ausbreitung der Klüster und der Meritifizierung der Staatsbetriebe, und sorgte für christliche Genossenschaften und Syndikate mit Staatsunterstützung. Gestützt auf eine mit betrügerischen Mitteln erhaltene Mehrheit in der Kammer machte die Meritifizierung des ganzen Landes Niefenfortschritte. Dagegen gibt es nur ein Heilmittel: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. 1902 wurde im Kampfe um dieses Wahlrecht der Generalstreik wiederum angewandt, mißglückte aber, da die Regierung auf den Widerstand vorbereitet war und die Liberalen feindselig beiseite standen.

Der Kampf um das Wahlrecht nahm nunmehr andere Formen an. Ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse glaubte dieses Wahlrecht erhalten zu können, wenn man die liberale Partei ans Ruder brachte; eine größere Zahl von Liberalen hatte sich zugunsten einer solchen Reform ausgesprochen. Das Zusammengehen mit den Liberalen wurde im Jahre 1911 endlich vollkommen. Man glaubte, daß die Wahl von 1912 den Sturz der liberalen Regierung herbeiführen würde und daß die Arbeiter für die Verfassungsdiskussion dann sofort in Angriff genommen werden könnten. Es herrschte in der Arbeiterklasse eine Bewegung voll stärkster Hoffnungen. Diese Hoffnungen wurden indes getäuscht. Die liberale Mehrheit, die vor den Wahlen sechs Mann betrug, hatte sich bei den Wahlen auf 16 Mann vergrößert. Die Taktik eines Kompromisses mit den Liberalen war also fehlgeschlagen und wollte man nicht das Pluralwahlrecht als ewige Einrichtung hinnehmen, dann blieb nur ein Mittel, zur alten Taktik zurückzukehren: zum Massenstreik. Mit der Wiederaufnahme der alten Taktik wurde ohnedies an die frühere Tradition angeknüpft.

Die Partei konnte auf die Dauer der Anwendung des Massenstreiks gar nicht ausweichen. Dätte sie ihn verhindern wollen, wären die Massen über die Führer hinweggegangen. Schon am 3. Juni 1912 begann der Massenstreik ganz spontan. Es wurde versucht, ihn zu unterdrücken, es gab Tote

in verschiedenen Städten und es kostete den Führern die größte Anstrengung, die Arbeiter zur vorläufigen Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Unter solchen Umständen ging die Partei planmäßig an die Organisation des Massenstreiks. Die Idee fand auch in jenen Kreisen des Bürgertums Sympathie, wo man den liberalen Nachansprüchen sehr mißvergnügt gegenüberstand.

Vor der eigentlichen Organisation des Massenstreiks geschiedert werden soll, einige Worte über die industrielle Lage in Belgien. Nach der Gewerbezahlung von 1896 zählte Belgien 773 000 Arbeiter, darunter 101 000 Heimarbeiter. Frauen sind in der Industrie beschäftigt 118 000, in der Heimarbeit 65 000. 39,88 Prozent gehören der mittleren und kleineren Industrie an, 60,12 Prozent der Arbeiter der Großindustrie. Die Lohnarbeiter verteilen sich so: auf die Textilindustrie, Kleiderfabrikation, Metallindustrie, Bergwerke und das Baugewerbe zirka 60 Prozent, der Rest auf die Nahrungsmittel-, Holz-, Möbel-, Lederbranche usw. In der Landwirtschaft sind 187 000 Arbeiter beschäftigt. Diese sind wenig und wenn überhaupt, dann liberal organisiert. Ihre Einbeziehung in eine Aktion der modernen Arbeiterklasse ist ganz unmöglich, aber ihre Beteiligung am Massenstreik hätte auch wenig Einfluß gehabt.

Der Massenstreik wurde durch eine umfassende Propaganda vorbereitet. Indem die Partei daranging, diese Bewegung zu organisieren und zu disziplinieren, war gleichzeitig ein Mittel gegeben, unsere Arbeiterorganisationen zu verbessern. Daß die Vorbereitung wirklich dieses Resultat gehabt hat, ist zur Genüge bewiesen durch den Fortschritt der Gewerkschaftsorganisationen im Laufe des Jahres 1912; ausgeübte Tendenz zur Zentralisation, Anwachsen der Mitgliederzahl in neun Monaten von 97 945 auf 129 334 und Fortschritt der Presse: das sind die Resultate der Propaganda für den Massenstreik.

Die Vorbereitung des Streiks begann mit dem außerordentlichen Parteitag vom 30. Juni 1912. Beteiligt waren daran alle Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die Arbeiterpartei als politische Vertretung der Arbeiterklasse anerkennen, also Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und außerdem 254 lokale Organisationen. Die für den Streik gebildete Organisation hand politisch außerhalb des Rahmens der bestehenden politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen. Ein Exekutivbureau und ein Exekutivkomitee standen an der Spitze. In diesen Körperschaften hatten Gewerkschaften und Genossenschaften, wie überhaupt alle am Streik beteiligten Organisationen ihre Vertretung. Es wurden vier Spezialausschüsse gebildet: ein Agitationsauschuß, ein Finanzauschuß, ein Lebensmittelauschuß und ein Auschuß für Auswanderung der Kinder. Diese Ausschüsse entsandten ebenfalls Delegierte in die Zentraleitung. Die Arbeit der einzelnen Ausschüsse war sehr mannigfaltig. Der Agitationsauschuß hat in der Zeit vom 12. August 1912 bis 1. April 1913 eine Anzahl Manifeste in einer Auflage von mehr als je einer Million herausgegeben. Diese Manifeste wurden auch als Plakate in allen Gemeinden angehängt. Neben diesen Manifesten wurde eine größere Anzahl Broschüren verbreitet, eine Broschüre gegen das Pluralwahlrecht von Vanderweide, eine über das allgemeine Wahlrecht und die Gewerkschaften von Delvigne, eine dritte an die christlichen Arbeiter von Dewinne, eine Broschüre kurz vor Beginn des Streiks von Vandermissen: „Sind wir bereit zum Generalstreik?“, endlich eine Broschüre an die Soldaten von Brouckere, und weiter wurde eine eigene Zeitung herausgegeben, durch die die Eisenbahner und Transportarbeiter für den Streik gewonnen werden sollten. Für die Sekretäre selbst waren bestimmt drei umfangreiche Broschüren, aus denen sie alles notwendige Material über den Massenstreik entnehmen konnten. Der Agitationsauschuß gab außerdem heraus eine Propagandamarke zum Briefverschuß, die in 650 000 Exemplaren in Umlauf gelangte, bevor ihre Beförderung von der Post verboten wurde. Weiter wurde eine Propagandabomben ausgegeben, die in zirka 123 000 Exemplaren abgab fand. Tausende von Versammlungen und Demonstrationen zur Propagierung des Massenstreiks wurden neben dieser schriftlichen Propaganda veranstaltet.

Der Finanzauschuß hatte die Aufgabe, für die nötigen Mittel zu sorgen. Von Gewerkschaften und Genossenschaften waren von vornherein 39 000 Frank zum Propagandafonds gezeichnet und es blieb nun die Aufgabe, 400 000 Arbeiter, von denen nur ein Drittel den Gewerkschaften angehörte, für mehrere Wochen zu unterstützen. Die Mittel der Gewerkschaften und Genossenschaften sollten nicht zu stark in Angriff genommen werden, um im Falle einer Niederlage diese Organisationen nicht aufzufliegen zu lassen. Die meisten Gewerkschaften beschloßen daher, erst nach vierzehntägigem Streik und auch dann nur mit wesentlichen Zuschüssen einzugreifen, andere Gewerkschaften lehnten jede Unterstützung ab. Der Finanzauschuß empfahl also: 1. individuelles Sparen, 2. Bildung eines Streiffonds, 3. Ausgabe von Streiffondsheften mit Scheinen über 1 bis 100 Frank lautend und offizielles Sparen. Außerdem wurden Hefte ausgegeben mit Verpflichtungsscheinen, da viele erst etwas zum Streik beitragen wollten, wenn er ausgebrochen sei. Von der angebrachten Summe sollten 75 Prozent zur Unterstützung der Streikenden und 25 Prozent zur Propaganda dienen. Die gesammelten Beiträge blieben im Ortsverband, das Nationalkomitee hatte nur den Reserfendfonds zu verwalten. Der Ortsverband war für die Unterstützungen der Streikenden verantwortlich, vom Nationalkomitee wurden nur die finanziell schwachen Ortsverbände unterstützt.

Dem Lebensmittelauschuß lag in erster Linie die Streikkontrolle ob; er hatte die Streikenden wöchentlich einmal zu zählen. Im übrigen sollte er für die Lieferung von Naturalien und für Speisung der Streikenden sorgen und das Versammlungsweesen ordnen. Die Versammlungen mußten am Tage stattfinden, um alle Anreihen zu vermeiden. Die Nahrungsvorsorgung wurde dadurch gesichert, daß Gewerkschaften und Genossenschaften ihre Unterstützungen meist in Naturalien oder in Gutscheinen auf solche gewährten.

Der Auschuß für die Auswanderung der Kinder er versandte zahlreiche Fragebogen nach den Grenzgebieten von Holland und Frankreich, um Unterkunft für die Kinder Streikender zu erbitten. 1906 war diese Einrichtung zum erstenmal in Anwendung gebracht worden, 3500 Kinder wurden damals außerhalb des Streikgebiets verpflegt. Die Kinder sollten auch diesmal nur Leuten anvertraut werden, wo sie gute Ernährung und gute Pflege hatten. Es war zu diesem Zweck ein ständiger Ueberwachungsdiens mit ärztlicher Hilfe eingerichtet. Endlich wurden die Genossenschaften durch Zirkulare angegangen, sich rechtzeitig mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Wollschäfer wurden angewiesen, abends 7 Uhr im Interesse der Ruhe und Ordnung zu schlafen. Die Arbeiterorganisationen richteten umfangreichen Ueberwachungsdiens ein, und es wurde Vor-

sorge getroffen, daß die Streikenden durch Unterhaltungen, Museumsführungen, Sport und Ausflüge beschäftigt wurden.

So waren alle möglichen Vorbereitungen getroffen, als am 14. April der Streik ausbrach. Die Beteiligung übertraf alle Erwartungen, am zweiten Tage feierten bereits 372 000, in den nächsten Tagen stieg die Zahl auf 450 000, auf welcher Höhe sie bis zum Ende des Streiks blieb. Fast alle Kohlengruben streikten, meist waren nicht mehr als 10 Prozent der Arbeiter hier noch beschäftigt. In der Metallindustrie, im Baugewerbe, in den Glashütten, Spiegelfabriken, Steinbrühen und in der Textilindustrie feierten durchgängig 50 bis 95 Prozent der Arbeiter. In den Häfen von Brügge und Gent ruhte die Arbeit, in Antwerpen feierten die Doker.

Die christlichen Arbeiterorganisationen arbeiteten in der erbärmlichsten Weise gegen den Streik. Man nahm daher auch allgemein an, daß eine Bewegung zur Wiederaufnahme der Arbeit einsehen werde. Sie unterließ indessen. Auch die Gouverneure, in deren Händen die Polizeiverwaltung liegt, boten alles auf, den Streik zu verhindern. Außerdem wurde überall Militär hingeworfen. Trotzdem ist der friedliche Charakter des Streiks, wie er geplant war, auch völlig verwirklicht worden, was bei einer Bewegung, wo auf zirka 800 000 Arbeiter im Lande 450 000 Streikende kommen, von außerordentlicher Bedeutung ist.

Das Personal der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetriebe, die Arbeiter der öffentlichen Gemeindebetriebe und die Zeitungsdrucker der Hauptstadt haben an der Bewegung nicht teilgenommen. Für die beiden ersten Gruppen ist das auf die große Unterwürfigkeit zurückzuführen, in der sie von ihrer Verwaltung noch erhalten werden, und die Buchdrucker beteiligten sich nicht, weil einem großen Teil der Typographen das Solidaritätsgefühl mit den organisierten Arbeitern der anderen Industrien fehlt.

Ueber die finanziellen Leistungen während des Streiks ist folgendes zu bemerken: Die Bewegung zugunsten des individuellen Sparens hatte recht wenig Erfolg, dagegen bewährte sich die offizielle Sparsparnrichtung. Durch Hausfassierte wurden in zahlreichen Orten ganz erhebliche Summen zusammengeholt, die für jeden der Streikenden im Durchschnitt eine Reserve von 20 bis 30 Frank ausmachte. Genaue Angaben sind nicht möglich. Nach einer unvollständigen Statistik haben 21 300 Personen zusammen 385 000 Frank auf diese Weise gespart. Durch Sammelscheine wurden gesammelt 125 300 Frank, auf andere Weise 114 900 Frank, beim Nationalkomitee gingen 258 000 Frank ein, insgesamt also in den Bezirken und beim Nationalkomitee an Sammelstellen zusammengelassen 525 678 Frank. Darin sind die Unterstützungen der Gewerkschaften und Genossenschaften natürlich nicht einge-
griffen.

Lebensmittel (Brot, Reis, Bohnen, Erbsen) wurden in Antwerpen an 6000 bis 6500 Streikende verteilt. In Brüssel waren 32 Küchen errichtet, in denen 63 000 Liter Suppen zur Ausgabe gelangten. In der ersten Woche wurde die Suppe für 10 Centimes, in der zweiten Woche kostenfrei ausgegeben. In einer Schulaula einer Groß-Brüsseler Gemeinde wurden 400 Mahlzeiten à 20 Centimes an Streikende oder ganze Familien ausgegeben. Gent hatte 32 Küchen eingerichtet, in denen 24 000 Liter Suppen und 120 000 Kilo Brot an zirka 11 000 Familien abgegeben wurden. In vielen wallonischen Gemeinden, wo im Winter Schulsuppen verabreicht werden, wurde die Ausgabe der Schulsuppen auch während des Streiks beibehalten. Die Einrichtung der eigenen Küchen mit der eigenen Lebensmittelversorgung hat sich nach dem Urteil aller Beteiligten durchaus bewährt.

Die Auswanderung der Kinder nahm einen übermäßigen Umfang nicht an. Aus Holland waren 2500 Angebote, aus Frankreich 5000 Angebote für die Annahme von Kindern Streikender eingegangen. Außerdem hatten die Holländer 3000 Gulden gesammelt zum Fahrgehalt für die Kinder. Diese Angebote aus dem Ausland aber wirkten günstig auf die einheimischen Kreise. Zahlreiche bürgerliche, ganze bürgerliche Organisationen und natürlich auch viele bessergestellte Parteimitglieder erklärten sich bereit, Kinder anzunehmen, so daß nur 200 nach Holland und 200 nach Frankreich zu gehen brauchten, die übrigen wurden im eigenen Lande untergebracht. Da dieser Vortrag, so schiefen die Ausführungen unserer belgischen Genossen, einzig den Zweck hat, eine objektive Darstellung der Organisation des Generalstreiks in Belgien zu geben, glauben wir, dem Vorstehenden nicht weitere Kommentare hinzufügen zu müssen.

Wenn wir uns ein wenig bei den erzielten Resultaten aufhalten, so geschah es nicht wegen des politischen Gesichtspunktes, sondern einzig und allein, damit Sie beurteilen können, in welchem Maße die angewandten Mittel und was erlaubten, das Ziel zu erreichen, das der außerordentlichen Parteitag vom 30. Juni 1912 gesteckt hatte: „die Organisation eines Generalstreiks friedlich aber mächtig zu gegebener Zeit einheitlich und methodisch zu beginnen und bei der Arbeitermasse zu erreichen, daß sie ihn mit derselben Einheitslichkeit beende, sobald es klar wäre, daß der erstrebte Zweck erreicht, oder es erwiesen wäre, daß seine Erreichung durch den Generalstreik, wie dessen Charakter durch den Parteitag festgelegt war, unmöglich sei.“

Als Eichhorn die Verlesung beendet hatte, bemerkte er, er wolle über den belgischen Generalstreik kein Urteil abgeben, aber das dürfe man sagen: Die Darlegungen der belgischen Genossen können weder für noch gegen den Massenstreik in Deutschland maßgebend sein. Aber das können wir daraus lernen: Die Arbeiterschaft ist heute mächtig genug, um ihren Willen durchzusetzen, mag es nun nach belgischem Muster oder mit anderen Mitteln geschehen. Auch gegenüber dem Vorgehen einer Polizei wie die Berliner wird die Arbeiterschaft ihren Willen zur Geltung bringen, eingedenk des stolzen Wortes: „Unser die Welt trotz alledem.“ (Allseitiger lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Groger gedachte mit Worten des Dankes der beherrschenden und atrengenden Darlegungen der belgischen Genossen. Die Polizei konnte es nicht hindern, daß wir diese Ausführungen hörten. Nun ist es unsere Aufgabe, die Anregungen, welche wir hier empfangen haben, in die Praxis umzusetzen. Machen wir die Arbeiterschaft so stark, daß sie imstande ist, der Polizeiwillkür und der ganzen Schmach der preussischen Reaktion ein Ende zu machen. Geloben wir, die Organisationen der Partei und Gewerkschaften so zu kräftigen, daß sie diesen Kampf siegreich durchführen kann.

Mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie endete die Zusammenkunft.

Zur Steuerfrage.

Von Emanuel Bumm.

II.

Ueber meine Resolution schrieb das „Kasseler Volksblatt“ am 30. August:

Bumm hat unseres Erachtens im großen Ganzen das Richtige getroffen. Das scheint im allgemeinen die Auffassung der Partei zu sein. Daher die, von einigen Ausnahmen abgesehen, stillschweigende Entgegennahme der Steuer-Resolution in der Parteipresse.

Zunächst wurde die Zahl der Kritiken nicht sehr groß und ihre Einwände richteten sich zumeist gegen Einzelheiten, nicht gegen den Grundgedanken der Resolution. Nur Genosse Karsti hält es für erforderlich, die Resolution in Vauß und Bogen zu verurteilen: er schreibt in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 6. September unter der Ueberschrift: „Eine Gelegenheitsresolution“:

„Die Resolution, die Genosse Bumm dem Parteitag zur Steuerfrage vorbrachte, ist in einem wesentlichen Teil darauf zugeschnitten, die Abstimmung der Fraktion bei der Dedungsborlage zu rechtfertigen. Ein solches Beginnen, auf Grund eines Spezialfalles eine Resolution zu fabrizieren, die den Anschein einer allgemeinen programmatischen Festlegung hat, scheint und wenig zweckmäßig. Wir halten es für falsch, wenn man versucht, auf Grund einer einzelnen Abstimmung allgemeingültige Normen für das Verhalten der Partei aufzustellen.“

Da ihm die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ sofort entgegentrat, wiederholt er seinen gegen mich gerichteten Vorwurf in einer Zuschrift an die Redaktion vom 9. d. M., wo er wieder erklärt: „Die Resolution des Genossen Bumm ist nur, meiner Auffassung nach, auf den gegebenen besonderen Fall zugeschnitten.“

Genosse Karsti täuscht sich! Die von mir vorgeschlagene Resolution „rechtfertigt“ nämlich keineswegs die Abstimmung der Fraktion bei der Dedungsborlage, sondern entspricht der von mir in den Fraktionsberatungen eingenommenen Ansicht, daß wir gegen den Wehrbeitrag, aber für die Vermögenszuwachssteuer zu stimmen hatten. Die Resolution — und das halte ich für das allerwesentlichste unserer ganzen Auseinandersetzungen darüber — sucht Karzist nicht allein von unserer grundsätzlichen Haltung im allgemeinen bedingt ist, sondern auch von der jeweiligen politischen Situation.

Da ich in meinem Referate auf dem Parteitag die allgemeinen Grundlinien der Resolution darlegen werde, will ich hier nur auf die wichtigsten Einwände eingehen.

Nachdem ich in meiner Resolution auf die Bedeutung hingewiesen habe, welche der Verwendungszweck für unsere Stellungnahme zu Steuern hat, nehme ich im zweiten Absatz auf den Beschluß von Nürnberg 1908 Bezug.

In den Debatten vor, während und nach der Entscheidung der Fraktion über ihre Stellung zu den Steuern dieses Sommers ist verabsäumt worden, daran zu erinnern, daß wir nicht zum ersten mal vor der Frage stehen, was haben wir zu tun, wenn wir uns in einer Zwangslage befinden, in der wir nur die Wahl haben zwischen einem größeren und einem kleineren Uebel. Die Nürnberger Debatten hatten gezeigt, daß wir in verschiedenen Landtagen bereits in die Zwangslage kommen können, für ein Budget stimmen zu müssen, um ein schlechteres zu verhindern, obwohl doch, wie die Nürnberger Resolution mit aller Schärfe hervorhebt, die Gesamtzustimmung über das Budget sogar als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß.

Bei dem Kritiker der „Dremer Bürgerzeitung“, hat nun gerade mein Hinweis auf die Budgetbewilligungsfrage den Eindruck erweckt, „als bilde die Grundlage unserer Stellungnahme zum Steuerwesen die Tatsache, daß sie alle dem kapitalistischen Staat geliefert werden, und nicht unsere Beurteilung des Steuerwesens“. So nämlich die Ausdrucksweise ist, die den Artikel des Dremer Kritikers wiederholt recht schwer verständlich macht, so sichtlich ist auch sein absprechendes Urteil über meine Resolution. Er überhebt, daß der vorhergehende Absatz lautet:

Für die Bewilligung von Steuern ist aber nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihr Verwendungszweck. Damit wird doch deutlich genug gesagt, daß beides, Art und Verwendungszweck in gleicher Weise berücksichtigt werden müssen!

Andere Bedenken hat Genosse H. M. in der „Königsberger Volkszeitung“ vom 25. August. Er sagt:

„Das Budget kann zum Vergleich nicht herangezogen werden. Wir lehnen es ab, nicht weil es unbedingt eine arbeitserfindliche Maßnahme ist, sondern weil die Ablehnung des Budgets die einzige Gelegenheit ist, durch eine parlamentarische Abstimmung zum Ausdruck zu bringen, daß wir Todfeinde der kapitalistischen Gesellschaft sind.“

Da irrt sich Genosse H. M.! Die Nürnberger Resolution begründet die Budgetverweigerung damit, „daß der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Wiederherstellung der besitzlosen Volksmassen bildet“. Und am Schluß der Nürnberger Resolution heißt es: „Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.“

Die Nürnberger Resolution sagt also ganz klar, daß wir das Budget ablehnen, weil es unbedingt eine arbeitserfindliche Maßnahme sein muß, eben weil der kapitalistische Klassenstaat nicht anders als arbeitserfindlich sein kann.

Dem Vergleich mit der Budgetabstimmung schickte ich den Absatz über unsere Stellung zur Steuerfrage voraus, weil ich eben zeigen will, daß wir nicht zum ersten mal eine Entscheidung zu treffen haben, wie wir uns in einer Zwangslage verhalten, sondern daß wir bereits für unser allgemeines Verhalten den Staatsbedürfnissen gegenüber, auch den von uns bekämpften, wie sie in Budgets zum Ausdruck gelangen, eine von einem Parteitag anerkannte Richtschnur besitzen und daher ganz und gar nicht darauf angewiesen sind, nagelneue Wege suchen zu müssen. Deshalb fährt meine Resolution fort:

„In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bestmöglichen Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde.“

In demselben Sinne äußert sich Genosse Sp. in der „Dresdener Volksztg.“ vom 30. August, nachdem er

mir zugestimmt hat, daß der Verwendungszweck maßgebend für die Bewilligung von Steuern sein muß:

„Aber das allgemeine Prinzip: Diesem Staat keinen Großen, reicht in der parlamentarischen Praxis allein nicht aus. Man muß zugeben, daß es Situationen gibt, in denen die Sozialdemokratie für gewisse Besteuerungen stimmen kann. Solche Fälle können eintreten, wenn sie durch ihre Abstimmung dem finanziellen und wirtschaftlichen Fortschritt zum Siege verhelfen.“

Dagegen erklärt mein Bremer Kritiker diesen Absatz der Resolution für opportunistisch und zwar nur deshalb, weil ich fordere, daß

„wir für die direkten Steuern nur dann stimmen sollen, wenn nur durch diese Abstimmung das Proletariat vor indirekten Steuern bedroht wird, also wenn die Entscheidung bei uns liegt.“

Er meint, wir müssen auch dann für direkte Steuern stimmen, wenn nicht die Entscheidung bei uns liegt, damit „wir prinzipiell“, nicht nur praktisch „zum Ausdruck bringen, daß nach der Ansicht der Sozialdemokratie die besitzenden Klassen die Kosten ihrer Herrschaft zu tragen haben.“

Zu ganz entgegengesetzten Schlußfolgerungen kommt die „Schwäbische Tagwacht“ vom 27. August; sie schrieb:

„Daß wir Steuern für den Militarismus bewilligen sollen, wenn anders eine für die Arbeiterklasse ungünstige Besteuerung zu befürchten ist, will uns nicht in den Sinn. . . Bei einem Mantelgesetz müßten wir also für das ganze Gesetz stimmen, wenn es direkte Steuern vorsteht, und wenn im Falle der Ablehnung der Militärvorlage eine andere mit indirekten Steuern zu befürchten wäre?“

Am heftigsten zieht jedoch Genosse Geyer in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 27. August gegen diesen Absatz der Resolution zu Felde, der ihm nur in seinem ersten Teile zusagt, aber von den Worten ab: „es sei denn“ als eine „Verballhornung des Parteiprogramms“ erscheint. Und dabei hat Genosse Geyer in Nürnberg für diese selbe angebliche Verballhornung des Parteiprogramms bei der Budgetresolution gestimmt! Er übersteht in seinem Eifer so wenig die Situation, daß er behauptet:

„Angefaßt dieses Grundlages braucht man wohl nur die Frage aufzuwerfen, was den Interessen der Arbeiterklasse mehr widerspricht: Indirekte Steuern oder die Stärkung des Militarismus, um sofort die richtige Antwort zu finden. In Deutschland sind die indirekten Steuern hauptsächlich erst eine Folge des Militarismus, der unabweisbar das größere Uebel ist, das den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht und sie unstreitig viel schwerer trifft, als selbst indirekte Steuern.“

Schon aus diesen kurz hier angeführten Gründen ist der letzt-abgetrennte, hier besprochene Teil der Resolution als völlig im Widerspruch mit unseren programmatischen Forderungen und demnach als unannehmbar zu bezeichnen.“

Die Redaktion der „Leipziger Volksztg.“ hat im Anschluß an den von ihr abgedruckten Artikel Geyers sofort sein Fragezeichen richtig gestellt. Sie schrieb:

„Diese Fragestellung ist im Grunde verfehlt. Die Partei bezw. die Fraktion hatte gar nicht zu wählen zwischen indirekten Steuern oder Stärkung des Militarismus! Sondern die Frage lautete und lautet: Stärkung des Militarismus und indirekte Steuern oder Stärkung des Militarismus ohne indirekte Steuern.“

So ist es! Ganz wie bei der Budgetfrage! Es handelt sich eben nur um solche Fälle, in denen wir uns in einer Notlage befinden und daher in der Notwehr handeln müssen! Die Notwehr hat uns auch seit jeher diejenige Taktik aufgenötigt, welche der nächste Absatz meiner Resolution schildert:

Entsprechend unserer Programmforderung haben unsere Genossen in den Parlamenten stets darauf hingudrängen, daß bestehende indirekte, die Arbeiterklasse belastende Steuern abgeschafft und durch direkte ersetzt werden, ohne Rücksicht darauf, zu welchen Zwecken die Staatseinnahmen verwendet werden.

Der Name des Genossen Geyer wie der aller übrigen Fraktionsmitglieder steht unter dem am 14. Februar 1912 im Reichstage eingereichten Antrage:

„Abrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: die Verordneten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Steuern und Verbrauchsabgaben auf Streichholz, Petroleum und Salz durch eine Reichseinkommensteuer auf Einkommen von über 6000 M. oder durch eine Steuer auf Nachlässe von über 20000 M. ersetzt.“

Ja, derselbe Genosse Geyer hat auch, wie ihm das „Hamburger Echo“ (2. September) mit Recht vorhält, 1909 als Wortführer der Fraktion bei der Sydow'schen Finanzreform gesagt:

„Wenn man gerecht sein und die härteren Schultern belasten will, dann müßte man die Erbschaftsteuer so ausbauen, daß aus ihr mindestens eine Viertelmilliarde neuer Steuern herausgeschlagen würde. Wir werden selbstverständlich in der Kommission den Versuch machen, das Unglück neuer indirekter Steuern von den arbeitenden Klassen abzuwenden; wir werden alles tun, um das kleinere Uebel an die Stelle des größeren zu setzen.“ Und er fuhr dann fort, daß wir das „nicht etwa diesem System zuliebe tun“, sondern um eine ungerechte Belastung der arbeitenden Klassen zu verhindern.

Ganz richtig, Genosse Geyer! Aber wozu dann der Lärm?!

Kuch in der Politik gibt es ein Gesetz der Notwehr. Und je stärker die Sozialdemokratie in den gesetzgebenden Körperschaften wird, um so öfter wird sie in die Lage kommen, von dieser politischen Notwehr Gebrauch zu machen und das kleinere Uebel dem größeren vorzuziehen. So hat die Fraktion — und ohne den geringsten Widerspruch bei den Genossen zu erfahren — auch schon am 13. Dezember 1893 und am 16. März 1894 gehandelt, als die Caprivischen Handelsverträge zur Abstimmung gelangten. Ohne die Zustimmung der damals 36 sozialdemokratischen Abgeordneten für den 3/2 Mark-Zoll auf Roggen wären die Handelsverträge abgelehnt worden und damit der Nachschutzzoll von 5 M. wiedergekehrt. Wir stimmten damals für den 3/2 Mark-Zoll, obwohl wir grundsätzliche Gegner jedes Getreideschutzes sind! Das war Notwehr!

Würden wir aber, auch ohne daß es auf unsere Stimmen ankam, für den 3/2 Mark-Zoll gestimmt haben, dann hätten wir damit unserer Zustimmung zum Getreidezoll überhaupt Ausdruck gegeben!

Und genau so verhält es sich bei den Steuern! Deshalb schließt meine Resolution mit dem Satze:

„Demgemäß haben sie (unsere Genossen in den Parlamenten) auch zu verhindern, daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse gewälzt werden, und wenn dies nur durch Zustimmung zu direkten Steuern zu erreichen ist, haben sie dafür zu stimmen, da dann der Verwendungszweck der direkten Steuern nur noch der Ersatz indirekter Steuern ist.“

Genosse Geyer meint, das sei eine „Hinwegtäuschung über den wirklichen Zweck der bewilligten Steuern“.

Entgegengesetzt meint Genosse H. M. in der „Königsberger Volkszeitung“ vom 3. September, wenn wir, um indirekte Steuern zu verhindern, für direkte eintreten müssen, falls unsere Ablehnung nicht die Annahme der bestmöglichen Vorlage hindert, dann müssen wir für die direkten Steuern stimmen, auch wenn es auf unsere Stimmen nicht ankommt.

Wenn die Sozialdemokratie (weil es auf ihre Stimmen nicht ankommt) Maßnahmen, die dem Proletariat nützlich sind, weil sie Schädigungen vom Proletariat fernhalten, ablehnt, so schwächt sie die Auslösung und Aufstellung der Klassen.“

Noch weiter geht das „Hamburger Echo“ vom 3. September, nach dessen Ansicht der letzte Absatz meiner Resolution den beiden vorhergehenden widerspricht. Es schreibt:

„Die Konsequenz würde dann gebieten, den Punkt 10 des Parteiprogramms zu streichen. Ihn in der Weise zu verlausulieren, wie die Resolution des Genossen Bumm vorschlägt, würde ein stark widersprüchliches Beginnen sein.“

Entweder die Partei verzichtet auf den steuerpolitischen Kampf, beschränkt sich auf ein theoretisches Bekenntnis, oder sie benützt jede Gelegenheit, jede Möglichkeit, um in der Richtung zur Ueberwindung der bestehenden unheilvollen Systeme positiv zu wirken.“

Die Zweckbestimmung kann in der Steuerfrage erst dann entscheidend sein, wenn nicht mehr zu wählen ist zwischen dem herrschenden System und direkten Steuern der von uns geforderten Art, sondern nur letztere zu bewilligen sind. Dabei würde es sich nicht um die Frage der steuerlichen Gerechtigkeit handeln, sondern um glatte Verweigerung für Zwecke, die wir verwerfen.“

Das „Hamburger Echo“ will also, daß wir für jede direkte Steuer stimmen, „um positiv“ zu wirken!

Nein! Bereits 1909 auf dem Leipziger Parteitag habe ich mich dagegen gewendet, daß wir unter allen Umständen für direkte Steuern zu stimmen hätten, nur weil sie direkte sind. Damals konstruierte ich den Fall:

„daß die herrschenden Klassen sich eine Annapelgarde nach Art der „Schwarzen Vögel“ halten wollen, um die Gewerkschaftsbewegung niederzujucheln und daß sie diese „schwarze Garde“ bezahlen durch direkte Steuern. Sollen wir dann auch dafür stimmen, weil die Steuer eine direkte ist?“

Diese Frage verneinte ich, Genosse Karsti aber, der sich an diese Episode offenbar nur dunkel erinnert, konstruiert, um die Unhaltbarkeit meiner Resolution zu beweisen, folgende „horrendeste Konsequenz“ des Schlußsatzes meiner Resolution. Er meint, wenn die Regierung vorschlägt, die organisierten Sozialdemokraten samt und sonders nach Kamerun zu transportieren und die Regierungsmehrheit ist bereit, die Kosten hierfür durch eine einmalige, direkte, progressive Einkommensteuer zu bewilligen, dann müßte unsere Fraktion dafür stimmen, wenn die Gefahr besteht, daß anderenfalls die Kosten durch eine indirekte Steuer ausgebracht würden, „da dann der Verwendungszweck der direkten Steuern nur noch der Ersatz indirekter Steuern ist“.

Genosse Karsti beachtet nicht, daß in meiner Resolution das Wortchen „nur“ steht: wenn — die Belastung der Arbeiter — „nur durch Zustimmung zu direkten Steuern“ zu verhindern ist!

Nur! In dem vom Genossen Karsti konstruierten Falle, in dem es auf Viegen oder Brechen geht, wäre es ganz gleich, ob für den Moment mehr oder weniger volksbelastende Steuern kommen. Ist die Sozialdemokratie dann so schwach, daß sie sich die Expropriation gefallen lassen muß, dann kann die Arbeiterklasse darauf rechnen, daß sie bis zum Weißbluten nicht allein durch Steuern, sondern auch durch den Arbeitsvertrag ausgebeutet wird. Es ist eben so, wie Genosse Karsti an einer anderen Stelle seines Artikels zutreffend bemerkt (bei seiner „horrendesten Konsequenz“ aber nicht beachtet hat), „daß es nicht auf die einzelne, für einen bestimmten Zweck geschaffene Steuer ankommt, sondern auf die Gesamtheit der Staatswirtschaft“.

Das eben ist es! Die gesamte politische Lage ist bei Fragen der Taktik in Betracht zu ziehen — und das ist der Grundgedanke der Schlußsätze meiner Resolution: Die politische Gesamtsituation entscheidet, wie wir uns in einer Zwangslage zu verhalten haben.

Das „Hamburger Echo“ schrieb am 3. September über die drei letzten Absätze meiner Resolution:

„Diese Vorschläge leiden an einer starken Unbestimmtheit. Ihre Tendenz ist offenbar, die Zustimmung der Sozialdemokraten in parlamentarischen Körperschaften — nicht nur im Reichstage, sondern auch in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen — zu direkten Steuern entgegen der bisherigen Anschauung und Taktik, erheblich zu erschweren. Diese Tendenz erscheint uns sehr bedenklich.“

Das „Hamburger Echo“ wird jetzt wohl einsehen, daß es sich in der Tendenz der Resolution geäußert hat! Die Tendenz ist dieselbe, die die Sozialdemokratie gehabt hat von der ersten Stunde ihrer parlamentarischen Existenz an: Abwehr aller Angriffe gegen das Wohlergehen der Arbeiterklasse! Nicht großend beiseite schieben, weil wir nicht alles jetzt erreichen können, was wir wollen, sondern unermüdet mitarbeiten, und soweit unsere Macht reicht, die Gegner zurückdrängen!

Genosse Gustav Hoch hat Ende August in vier Artikeln im „Vorwärts“ meine Resolution einer eingehenden Kritik unterzogen. Er kommt scheinbar zu einem von mir abweichenden Resultat, aber nicht nur ich, sondern zahlreiche Genossen, Anhänger und Gegner meiner Resolution — alle die ich fragte, konnten nicht entdecken, inwiefern Genosse Hoch durch seine Formulierung etwas anderes zum Ausdruck bringt wie ich. Er nimmt einen Teil dessen, was ich in den Leit-sätzen sage, in die Resolution — ein überflüssiges Beginnen, da ja auch die Leitätze dem Parteitag zur Begutachtung vorgelegt werden und in ihnen unsere Kritik der einzelnen Steuerarten weit gründlicher zum Ausdruck kommen kann als in den einzelnen Sätzen, die Hoch meinen Leitätzen entnimmt, um daraus eine neue Resolution zu machen. Dafür werden aber durch die Umredigierung, die Hoch an den drei letzten Absätzen meiner Resolution vorgenommen hat, die ihr zugrunde liegenden Gedanken keineswegs deutlicher, sondern unklar. Wie ich zeigte, ist die Reihenfolge der Absätze nicht willkürlich, sondern absichtlich so gewählt, um von der allgemeinen Budgetfrage zu der besonderen Steuerfrage zu kommen, von der bereits geklärten Frage zu der aufzuklärenden. Der vom Genossen Hoch gemachte Zusatz, der sich auf die Verstaatlichung bezieht, steht ebenfalls in meinen Leitätzen, nur daß ich notwendigerweise nicht allein von Staatsmonopolen spreche, sondern auch von Gemeinemonopolen, die vom Genossen Hoch vergessen wurden.

Die Hauptsache ist ihm eine Wortänderung des letzten Teils des dritten Absatzes Abfanges meiner Resolution. Ich sage, in absichtlich wörtlicher Uebereinstimmung mit der Nürnberger Budgetresolution:

es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der belämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde.

Hoch sagt: es sei denn, daß die Annahme der direkten Steuer keine Voraussetzung für die Annahme der belämpften Vorlage ist und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung verhindert.

Wo ist da der Unterschied? Auch in den vier Artikeln, in denen Hoch seine Vorschläge begründet, finde ich nichts, was von meiner Beurteilung der Sachlage abweicht.

In seinem dritten Artikel schreibt Hoch, genau von denselben Erwägungen geleitet, wie sie in meiner Resolution zum Ausdruck kommen:

„Auch ich lehne das unbedingte Nein gegen Besitzsteuern zur Deckung der Militärvorlage ab.“ Zu derselben Schlussfolgerung kam auch Genosse Pannetier in Nr. 48 der „Neuen Zeit“ vom 25. August, allerdings mit dem Ergebnis, daß die Fraktion hätte gegen die Vermögenssteuer stimmen müssen, weil sie „unzulänglich“ ist.

Neulich schrieb Genosse Hoch in seinem dritten Artikel im „Vorwärts“ vom 25. August:

„Was wir... zu belämpfen haben ist das, daß die bürgerlichen Parteien, die angeblich für Besitzsteuern sind, sich mit den Gegnern der Besitzsteuern verständigt haben, um möglichst schlechte Besitzsteuern festzusetzen und sie zur Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlage zu machen. Was wir belämpfen ist das, daß auf diese Weise die bürgerlichen Parteien den Gegnern der Besitzsteuern die Annahme der Militärvorlage erleichtern.“

Was sind „schlechte“ Besitzsteuern? Solche, die den Großkapitalisten verhältnismäßig zu wenig, den mittleren und kleineren Kapitalisten zu viel abnehmen! Ist die Besitzsteuer so „schlecht“, daß sie vorwiegend die arbeitende Bevölkerung belastet, dann wirkt sie ebenso wie irgend eine indirekte Verbrauchsabgabe. Handelt es sich aber nur um ein Mehr oder Weniger bei den verschiedenen Kapitalistengruppen, nun, dann mögen diese sich nur gegenseitig in die Haare geraten, das kann uns nur recht sein. Hoch hat in der „Eiberfelder „Freien Presse“ vom 29. August geschrieben, durch direkte Steuern wird die Bourgeoisie nicht gegen den Militarismus unwillig, nur die Kleinkapitalisten. Dem stimme ich vollkommen zu, aber die Schlussfolgerung Hochs halte ich für unrichtig, wenn er diesen Unwillen der Kleinkapitalisten als bedeutungslos hinstellt. „Denn“, so sagt er, „sie sind ohne Einfluß auf die entscheidenden bürgerlichen Parteien“. Nun — so ganz ohne jeden Einfluß müssen wohl diese Kleinkapitalisten nicht sein, sonst würde nicht die Großbourgeoisie durch Anträge und Gesetze zur Mittelstandskreiterei um ihre Gefolgschaft werden!

Das ist aber auch die einzige Differenz, die ich zwischen den Anschauungen des Genossen Hoch und den meinen entdecken konnte. Und seine Unredigierung meiner Resolution kann ich, so dankbar ich jede Verbesserung begrüßen würde, nicht als eine solche betrachten. Aber das steht fest, Hoch vertritt dieselbe Anschauung wie ich: Dort, wo wir uns in der Zwangslage befinden, müssen wir unter selbstverständlicher Berücksichtigung der gesamten politischen Situation im Interesse der Arbeiterklasse für deren möglichst geringste Schädigung sorgen.

Und daraus ergibt sich:

Die Abstimmung der Fraktion bei der Deckungsvorlage ist nicht allein von unserem grundsätzlichen Standpunkt im allgemeinen, sondern auch von den tatsächlichen Verhältnissen im besonderen zu beurteilen. Nach meiner Ansicht lagen diese so, daß für den Mehrbeitrag eine bürgerliche Mehrheit sicher war; insofern kam hier der letzte Absatz meiner Resolution nicht in Betracht, die Verhinderung einer indirekten Steuer anstelle des Mehrbeitrags war nicht nur durch unsere Zustimmung zu demselben zu erreichen, wir mußten also gegen ihn stimmen. Anders bei der Vermögenszuwachssteuer! Hier wäre ohne unsere Stimmen eine bürgerliche Mehrheit nicht zustande gekommen, da, sobald wir erklärt hätten, daß wir gegen diese Steuer stimmen, eine Mehrheit ebenfalls dagegen gestimmt haben würde, um im Herbst mit neuen indirekten Steuern das Defizit zu decken — und deren Annahme hätten wir dann nicht mehr verhindern können.

Die Fraktion hatte also nicht freie Hand, sondern befand sich in einer Zwangslage! Und sowie sie schon seit Jahrzehnten in solchen Situationen sich entschieden hat, mußte sie auch diesmal das kleinere Übel wählen, um im Interesse der Arbeiterklasse ein größeres zu vermeiden — ganz so wie dies bei den Caprivischen Handelsverträgen und bei der Nürnberger Budgetresolution ausschlaggebend gewesen war. Die Mehrheit der Fraktion war der Ansicht, daß beim Mehrbeitrag und bei der Vermögenssteuer die Zustimmung erforderlich war, um ihre Annahme zu sichern. Die Minderheit der Fraktion hielt allein die Zustimmung zur Vermögenssteuer für erforderlich.

Daß es sich hier nicht um grundsätzliche Differenzen handelt, beweist allein schon die Tatsache, daß bei der Minderheit wie bei der Mehrheit rechts und links sich zusammengefunden hätten. Der Parteitag wird entscheiden, welche Anschauung er für die richtige hält.

Soziales.

Ein barmherziger Samariter.

Wir erhalten auf Grund des § 11 des Preßgesetzes von dem Vertreter des Dr. med. Bernhard Friedenstein (der sich von einer im Operationsstuhl liegenden Kranken eine Prothesenmacherei zur Eintragung von Honorar gegen die Krankenkasse ausstellen ließ, ohne daß die Kranke daraus ersehen konnte, was sie unterschrieb!) folgende Berichtigung:

„Es ist unrichtig, daß Dr. F. in mehreren Fällen den im Operationsstuhl liegenden Patienten ein unausgefülltes Blatt Papier zur Unterschrift präsenierte. Es handelt sich nur um den einen Fall Altmann. Das Blatt Papier war nicht unausgefüllt, sondern mit anliegendem Inhalt bedruckt.“

Das Urteil befindet sich in den Akten des Magistrats Berlin. Das Ehrengericht weigert sich nicht merkwürdigerweise von dem Erkenntnis der ersten Instanz, gegen das der Angeklagte Berufung eingelegt hat, eine Abschrift zu erteilen, vielmehr ist nach dem Ehrengerichtsgesetz daselbst nicht berechtigt, von dem geheimen Verfahren Mitteilung zu machen.

Dagegen ist die Ordnenklasse der Schneider mit ihrer Widerlage gegen meinen Mandanten auf Rückgabe des gezahlten Honorars, für Behandlung des Mitgliedes Frau Altmann, im dringenden Falle, durch rechtskräftiges Urteil des ordentlichen Gerichts kostenpflichtig abgewiesen worden und beurteilt, anzuerkennen, daß das an meinen Mandanten gezahlte Honorar ihm von Rechts wegen und nach der gesetzlichen Gebührensordnung zusteht.“

Statt dieser Erklärung hätte uns Dr. Fr. lieber das gegen ihn ergangene Urteil des ärztlichen Ehrengerichts mitteilen sollen; damit wäre der Aufklärung der Sache besser gedient worden. Die wesentlichen Tatsachen vermag ja auch die „Berichtigung“ nicht zu widerlegen.

Afford-Schwierigkeiten.

Aus dem Streit bei der Firma „Otis“-Elevator-Gesellschaft sind eine ganze Anzahl Lohnstreitigkeiten entspringen, über die zum Teil bereits vom Gewerbegericht entschieden wurde oder deren Entscheidung in einem späteren Termin fallen wird. Bei den meisten der Streitfälle handelt es sich um sogenannte Afford-Verträge, die dadurch entstehen, daß während der Dauer der Affordarbeit Abschlagszahlungen geleistet werden, denen jedoch ein weit unter dem Durchschnittslohn liegender Stundenlohn zugrunde gelegt wird. Soweit es sich um fertiggestellte Arbeiten handelt und der Affordvertrag unterschrieben ist, besteht natürlich über den Anspruch kein Zweifel. In den meisten Fällen liegt aber die Sache so, daß die Arbeit nicht völlig beendet ist, und zwar nach Beauftragung der Arbeiter infolge Materialmangel. Nun zeigte sich aber in den bisher verhandelten Sachen, daß die Arbeiter sich verhalten ließen, eine andere Arbeit zu beginnen. Daraus folgert nun das Gericht das Einverständnis des Klägers mit der Arbeitsunterbrechung und wird stets zur Abweisung des aus Materialmangel hergeleiteten Klageanspruchs kommen, denn nun kann der Affordvertrag erst gefordert werden, wenn die Arbeit tatsächlich beendet ist.

In den Fällen, wo der Affordvertrag nicht unterschrieben war, ist die Rechtslage auch nicht günstiger. Wenn die Arbeiter keine Unterschrift leisteten, fehlt eben ihr Einverständnis und es kann daraus gefolgert werden, daß nur ein Lohnverhältnis bestand, wobei der niedrigere Abschlagslohn in Betracht käme. Der Umstand, daß das Unterzeichnen unterblieb, weil der auf dem Affordvertrag bemerkte Preis ein ganz willkürlicher war und später, nachdem der Versuch beendet und die tatsächlich erforderliche Arbeitsleistung festgestellt war, oft wesentlich erhöht werden mußte, ändert leider recht wenig. Ein Befensbestandteil des Affords ist namentlich die vorherige Preisvereinbarung.

Der „1500 Mark-Vertrag“ als Familienfürsorge.

Die Anerkennung des sogenannten 1500 Mark-Vertrages entwickelt sich trotz der lebhaftesten Bedenken vieler Juristen und ungeachtet der Proteste aus den Kreisen der Geschäftswelt mehr und mehr zu konstanter Rechtsprechung. Das Kaufmannsgericht Dresden hat wiederum die Gültigkeit eines solchen Vertrages in einem dort zur Entscheidung gekommenen Fall anerkannt, und das in der Berufung angerufene Landgericht hat sich der Auffassung des Kaufmannsgerichts angeschlossen. Die Begründung, die das Landgericht dazu gibt, ist eine Art Verteidigungsschrift für das sich jetzt einbürgende System, den pfändbaren Gehaltsüberschuß durch einen 1500 Mark-Vertrag beizeiten dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen. Der Schuldner war im vorliegenden Falle der Prokurist einer großen Firma, der es in 20-jähriger Tätigkeit bis zu einem Gehalt von 340 M. pro Monat gebracht hatte. Durch Vermögensverlust seiner Frau geriet auch der Prokurist in finanzielle Bedrängnis, und die Firma wollte ihn wegen der Scherezeilen, die sie selbst durch seine Gläubiger hatte, entlassen. Auf seine Witten behielt sie ihn jedoch auf Grund eines neuen Vertrages, nach welchem der Prokurist nur 1500 M. Gehalt beziehen sollte. Die Firma behielt sich das Recht vor, der Ehefrau nach Belieben Zuwendungen zu machen. In Wirklichkeit gab sie auch der Frau laufend soviel, wie die Differenz des früheren Einkommens betrug. Das Landgericht verteidigte nun zuerst das Vorgehen der Firma, indem es sagt: Sie ist eine angesehenere Firma, die auch rücksichtlich ihrer Angehörten auf Ansehen halten muß. Es entspricht der Sachlage, daß

sie die Tätigkeit M.'s, die dieselbe wie vorher blieb, nicht für die geringe Vergütung annahm, sondern den Ueberschuß der Familie zukommen lassen wollte. Von M. selber sagt das Landgericht, daß er das Abkommen aus Fürsorge für seine Familie schloß. Daß er seine Familie den Gläubigern vorzog, sei nicht sittenwidrig. Sein Gehalt einschließlich der Zuwendungen an die Frau sei bei den heutigen Zeitverhältnissen für die Lebensführung eines Angehörigen in gehobener Stellung gerade ausreichend.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Saal Nr. 69, vorn über Treppen — 7. u. 8. St. —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmte Aufsatz ist ein Buchstab und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquantität beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. R. 33. Ihre Angaben reichen nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde. Soweit ersichtlich, waren Sie zur Leistung der Uebersunden verpflichtet. — **N. G. 37.** 1. und 2. Es ist wenig Aussicht vorhanden. Bestimmter könnte die Frage nur beantwortet werden nach Einsichtnahme in das frühere Alimentationsurteil. 3. Bis zur Volljährigkeit, sofern das Kind nicht eigenen Verdienst hat, der zur Deckung der Unterhaltskosten ausreicht. — **N. R. 38.** Das eingebrachte Gut bleibt der Eigentümer auch dann, wenn Sie seinen Erwerb nach Schließen der Gütergemeinschaft nicht eintritt. Falls Sie das Nießbrauchs- und Verwaltungsrecht Ihres zukünftigen Gatten ausüben wollen, müssen Sie mit diesem zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll einen Ehevertrag schließen, und die Eintragung in das Güterrechtsregister sowie die Publikation veranlassen. — **N. G. 69.** Wir raten, eine Beschwerde an den Kassationsinstanz einzureichen. — **N. R. 37.** Sie können Rückzahlung verlangen unter Abrechnung des neuen Voles, dieses muß aber unermäßig gelassen. — **N. G. 399.** Wenden Sie sich an das Vollstreckungsamt. — **N. R. 78.** 1. Geburtsurkunden beider, Militärpaß des Bräutigams, außerdem kann der Standesbeamte einen Staatszugehörigkeitsausweis verlangen. 2. Anwesenheit beider bei der Anmeldung nicht erforderlich. Die Frau kann die Anmeldung auch besorgen. 3. In einem der beiden Orte. — **Adlershofer Abonnent.** Es bleibt nur übrig, sich an einen anderen Kassationsamt zu wenden. — **N. G. 10.** Nein. — **N. 10.** Der mit dem ersten Eigentümer geschlossene Vertrag ist auch jetzt noch bindend. — **S. 45. Pa. — C. 500.** Ja, sofern Sie im Prozeß obliegen. — **Zeichen 36.** Soweit ersichtlich, können Sie den Vertrag nur wegen arglistiger Täuschung anfechten, sofern nicht bereits ein Jahr verstrichen ist. Wir raten, im Verhandlungstermin dem Richter den Sachverhalt vorzustellen. — **95. B. 3.** Da Sie Ihre Reklamation erfüllt, so haben Sie ein Rückforderungsrecht. — **N. G. 100.** 1. Nein. Der Abzug war nur für die letzten zwei Monate zulässig. Sie können für den Fall, daß auf Aufforderung hin nicht Zahlung erfolgt, beim Amtsgericht Klage erheben. — **N. G. 100.** Sie sind von der Haftpflicht befreit, sofern nicht eine entgegenstehende Abmachung mit dem Wirt getroffen ist. — **N. R. 27.** Dazu ist die Mutter verpflichtet. Die Beschlagnahme ist sonach auch zu Recht erfolgt. —

Los nur 50 Pfg.
Ziehung am 23. Septbr.
Schneidemüller
Automobil- und Pferde-
Lotterie
3300 Gewinne i. Wert v. Mark
100000
1. Hauptgew.: 1 Automobil Wert M.
15000
2. Hauptgew.: 1 Viereck Wert M.
10000
11 Lose aus verschied. Tausenden
Los 50 Pf. Porto u. Liste 30 Pf. extra durch das General-Debit
H. C. Kröger
Berlin W 8, Friedrichstr. 193a
sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstell.

Vornehme Herren
Kleidung
fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderlei
J. Kurzberg
Gegründet 1898
mit ähnlich lautenden Firmen
nicht zu verwechseln
Auf Wunsch Wochenrate

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)
Ansichtskarten
vom
Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin
in reicher Auswahl.
Stück 5 Pf.
Heines Werke
3 Hefen 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

von **1 Mark** an
Rosenthaler Strasse 30
1. Etage,
Frankfurter Allee 104
Ecke Eridonstrasse,
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Versand-Haus für ganz Deutschland

I. Geschäft:
BERLIN
Brunnenstraße 7
am Rosenthaler Platz

Möbel-Lechner

II. Geschäft:
BERLIN
Müllerstraße 174
Ecke Fennstraße

Nebeneinander
Wohnungs-
einrichtungen auf Kredit
fast zu Kassenpreisen!

Stube und Küche No. I
1 Schrank . . . 42.—
1 Vertiko . . . 42.—
2 Bettstellen . . . 49.—
1 Tisch . . . 12.—
4 Stühle . . . 15.—
1 Spiegel . . . 14.—
1 Küche . . . 70.—
zusammen **M. 244.—**
Anzahlung **M. 20.—**
Wochenrate **M. 2.—**

Stube und Küche No. II
1 Schrank . . . 50.—
1 Vertiko . . . 50.—
2 Muschelbettstellen . . . 62.—
1 Ausziehtisch . . . 25.—
4 Stühle . . . 26.—
1 Spiegelspind . . . 28.—
1 Spiegel . . . 22.—
1 Sofa . . . 70.—
1 farbige Küche . . . 93.—
zusammen **M. 428.—**
Anzahlung **M. 40.—**
Wochenrate **M. 3.50**

Ferner:
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in großer Auswahl.
Küchen
in allen Farben und Mustern.

Sonntags geöffnet von 8-10 Uhr.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jacketanzüge Rockanzüge, Paletots, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils auf Seide gearbeitet. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesen-Posten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche sowie Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — Vorwärtsleser erhalten 10% extra

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, C 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Sonntag, den 14. September 1913,
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags
findet die

Urabstimmung

über den von der Generalversammlung gestellten
Antrag betreffend die Erhöhung der Arbeitslosen-
unterstützung und des Lokalbeitrages statt.

Der Antrag ist im Vorlauf auf dem Stimmzettel enthalten.

In folgenden Lokalen wird abgestimmt:

- Kaczorowskis Restaurant, Ravenstr. 6.
- Walds Restaurant, Pflugstr. 5.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/25.
- Gliesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder
Straße 42.
- Voigts Theater, Badstr. 58.
- Frankes Festsäle, Badstr. 19.
- Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
- Funkes Festsäle, Triftstr. 63.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Patzenhofer Brauerei, Turmstr. 25/26.
- Wiemers Festsäle, Bülowstr. 58.
- Gewerkshaus, Engelufer 15, Saal 5.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Nitschkes Restaurant, Reichenberger Str. 86.
- Eickes Restaurant, Schöneleinstr. 6.
- Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 144.
- Späths Restaurant, Georgenkirchstr. 65.
- Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
- Boeker, Weberstr. 17.
- Rott, Straßmannstr. 20.
- Neukölln, Bartsch, Hermannstr. 49.
- " Zibell, Elbestr. 8.
- " Iden, Harzer Str. 88.
- " Rückheim, Bergstr. 97.
- " Kokegei, Reuterstr. 62.
- Schöneberg, Vereinshaus, Hauptstr. 5.
- Baumschulweg, Boches Restaurant, Baumschul-
straße 67.
- Tempelhof, Wilhelmsgarten, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick-Friedrichshagen, Lehmann, Köpenick,
Bahnhofstr. 44.
- Stralau-Rummelsburg, Blume, Alt-Boxhagen 56.
- Lichtenberg, Kurkowsky, Pfarrstr. 74.
- Steglitz, Albrechtshof, Albrechtstr. 1a.
- Ober-Schöneweide, Warnicke, Wilhelmshof-
straße 18.
- Adlershof, Restel, Friedenstr. 14.
- Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof.
- Weißensee, Peukerl, Berliner Allee 251.
- Tegel, Heinicke, Brunowstr. 23.
- Reinickendorf, Glende, Schillingstraße, Ecke
Auguste-Victoria-Allee.
- Spandau, Mudetzky, Bismarckstr. 8.
- Pankow, Rozycki, Kreuzstr. 3/4.

**Ohne Mitgliedsbuch
kann niemand abstimmen!**

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen
verteilt.
Weiter der Abstimmung ist der Kollege Adolf Cohen, Linien-
straße 83/85.
125/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Achtung! Achtung!
Kollegen und Kolleginnen aus den Ort-
schaften Adlershof, Grünau, Alt-Glienicke,
Johannisthal, Nieder-Schöneweide

Sonntag, den 14. September 1913, vormittags 10 Uhr
bei Otto Ziege, Adlershof, Bismarckstr. 18:

Allgemeine Versammlung!
Tagesordnung:
1. Die Bedeutung der Wahlen und das Wahl-
verfahren zu dem Ausschuss und dem Vorstande
der Krankenkasse.
2. Diskussion. 3. Event. Stellungnahme zur Auffassung von Vertretern.
Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir, daß
alle Kollegen und Kolleginnen aus oben genannten Orten erscheinen.
Die Agitationskommission.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Linoleumleger, Teppichnäher! Achtung!

Montag, den 15. September, abends 8 Uhr, bei Weihnacht,
Grünstraße 21:

Außerordentliche Versammlung

Tagesordnung:
1. Der bisherige Ausgang unserer Lohnbewegung.
2. Branchenangelegenheiten. 157/19
Die Kollegen werden ersucht, recht pünktlich und vollständig zu
erscheinen. Die Branchenleitung.

1. Geschäft:
Schönhäuser Allee 6-7
(Hochbahnhof Schönhäuser Tor)

Möbel

Kein Unterschied
in Qualität ob
Bar oder Teilzahlung

2. Geschäft:
Dresdener Straße 16
(Hochbahnhof Kottbusser Tor)

Siegm. Misch

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
liefern elegants

Herren- Moden

fertigt und nach Maß!
Garantie für tadel-
losen Sitz

Julius Fabian

Schneidermeister

I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37

II. Geschäft:
Turmstr. 18 Kell. Laden

III. Geschäft:
Kottbusser Str. 14
Nur 2. Etage

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Bekanntmachung
der
Ortskrankenkasse der Maler
und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Nachdem das königliche Ober-
versicherungsamt Groß-Berlin die
Zulassung der unterzeichneten Kasse
als besondere Ortskrankenkasse ab-
gelehnt hat, wird die Ortskrankenkasse
der Maler und verwandten Gewerbe
am 31. Dezember 1913 geschlossen.

Wir bringen dies gemäß § 301 der
R.-B.-O. mit dem Hinweis zur öffent-
lichen Kenntnis, daß etwaige Gläubiger
ihre Ansprüche innerhalb 3 Monaten
vom Tage der Bekanntmachung ab
im Kassenlokal schriftlich geltend zu
machen haben. Die Befriedigung von
Gläubigern, die ihre Forderungen
nicht binnen 3 Monaten nach der Be-
kannmachung anmelden, kann ver-
weigert werden. 2211b

Ferner weisen wir hin, daß die
Wahlen zum Ausschuss der „All-
gemeinen Ortskrankenkasse der Stadt
Berlin“ am 28. September 1913 statt-
finden. Wahlberechtigt sind auch die
Arbeitgeber und volljährigen Ber-
echtigten der unterzeichneten Kasse.

Küheres über die Wahlen ist aus
den Bekanntmachungen der „All-
gemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin“
vom 23. August 1913 ersichtlich.
Berlin, den 13. September 1913.

Der Vorstand
der Ortskrankenkasse der Maler
u. verw. Gewerbe.
J. H. L. Jakobell, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
der
Bergolder
und Berufsgenossen.
Berlin SO, Engelufer 15.
Bekanntmachung.

Vom Beschluß des königlichen Ober-
versicherungsamts Groß-Berlin vom
30. August 1913 wird die Kasse am
31. Dezember 1913 geschlossen und
gehören die Betriebe sowie die Ber-
echtigten vom 1. Januar 1914 der
Allgemeinen Orts-Krankenkasse der
Stadt Berlin an.

Die Wahlen zum Ausschuss finden
am 28. September d. J. statt und
verweisen wir auf die Bekanntmachung
der Allgemeinen Orts-Krankenkasse
vom 23. August 1913.

Nach § 301 der Reichsversicherungs-
ordnung wollen die Gläubiger ihre
Forderungen innerhalb drei Monate
einreichen; die spätere Anmeldung
von Forderungen kann verweigert
werden.

Der Vorstand.
G. Rüpper, Vorsitzender.

SALAMANDER
EINSEGNUNGS
STIEFEL

EINHEITSPREIS MK12⁵⁰

Salamander Schuhes. m. b. H. Berlin
Zentrale Berlin W 8 Friedrichstr.
169.
fordern Sie Mustercbuch V



JOSEPH
Cigaretten



KON-
LINON

JUNO

2 1/2 Cigarette

Orts-Krankenkasse
der
Kürschner
u. verwandten
Gewerbe
zu Berlin.
Bekanntmachung.

Die Beschwerde gegen die Entfem-
dung des königlichen Oberver-
sicherungsamts Groß-Berlin ist vom Mi-
nister für Handel und Gewerbe zurück-
gewiesen. Infolgedessen hat das könig-
liche Oberversicherungsamt am
30. August 1913 den Beschluß gefaßt,
daß unsere Kasse geschlossen wird,
weil die Zulassung derselben recht-
kräftig verlagert worden ist. Die
Schlichtung tritt mit dem 31. De-
zember 1913 in Kraft.

Wir bringen dies gemäß § 301
R.-B.-O. zur öffentlichen Kenntnis
und fordern alle Gläubiger auf,
binnen drei Monaten nach der Be-
kannmachung ihre Forderungen an-
zumelden. Die Befriedigung später
einlaufender Forderungen kann ver-
weigert werden.

Ferner machen wir bekannt, daß
Arbeitgeber und Berechtigte vom
1. Januar 1914 zur Allgemeinen
Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin
gehören. Die Wahlen zum Ausschuss
der Allgemeinen Orts-Krankenkasse,
welcher an Stelle der Generalver-
sammlung tritt, finden statt: am
Sonntag, den 28. September 1913.
Das Küheres hierüber ist aus den
Bekanntmachungen dieser Kasse er-
sichtlich. Zu diesen Ausschusswahlen
werden Wahlkarten für wahlberech-
tigte Arbeitgeber und Berechtigte
unserer Kasse im Kassenlokal Bernini-
straße 19 vom 13. bis 27. September
1913, werktäglich von 8-2 und 5-7
Uhr ausgeteilt. Wir ersuchen alle
Wahlberechtigten, ihr Wahlrecht aus-
zuüben. 275/8

Der Vorstand
der Ortskrankenkasse d. Kürschner
und verw. Gewerbe zu Berlin.
Carl Reiche, Vorsitzender.

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.
kleiden will, empfehle eleg. Mo-
natsgarderobe in feinsten Werk-
stätt. Berlins gearb., von Herr-
schaften, Doktoren, Kavaliereu nur
kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herrn-Hosen 2.50, 3.00 M.
Unster. sehr billig.

Große Abteilung neuer Garderobe
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Gewerkchaftliches.

Krisis und Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

Die deutsche Textilindustrie mit ihren mehr als 1 000 000 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen steht gegenwärtig unter dem Druck einer furchtbaren Krisis, und zwar sind alle Zweige, mit Ausnahme der 104 000 Arbeiter umfassenden Wollerei und Striderei und der Jutefabrikation mit ihren 37 000 Personen, von dieser Krisis erfaßt.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hatte im Mai d. J. bei 140 000 Mitgliedern 1360 Arbeitslose und Unterstützungsberechtigte, im August waren es 2725. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist aber bedeutend höher, da alle diejenigen, welche noch keine einjährige Mitgliedschaft hinter sich haben, sowie diejenigen, welche an Unterstützungen ausgeteuert sind, nicht von der Statistik erfaßt sind.

Aber auch die Zahlen der wirklich Arbeitslosen und stillstehenden Stühle geben noch durchaus kein richtiges Bild der Beschäftigungslosigkeit und der dadurch erzeugten Leiden. In vielen Orten, wie zum Beispiel in Kachen, arbeiten alle namhaften Firmen mit verkürzter Arbeitszeit pro Tag und gekürzter Arbeitswoche.

frühmorgens von 6 Uhr ab die Dampfmaschine alle Transmitionen in Bewegung, nach wie vor wird abends 6 Uhr mit dem schrillen Pfiff der Dampfpeife die Bewegung beendet. Aber innerhalb des Betriebes stehen hunderte Maschinen still! Es gibt Webfabriken, wo von 300 Stühlen nur 18 bis 20 arbeiten.

Gleich schwer wie in der Wollenindustrie lastet die Krisis auch auf der Spitzen- und Bandindustrie sowie den verschiedenen anderen kleineren Branchen. In der vogtländischen Spitzenfabrikation stehen mindestens 60 Prozent der Maschinen still.

Ganz bedeutend ver schlechert hat sich die Geschäftslage auch in der Baumwollindustrie, und zwar sind alle Zweige, Kleiderstoffe, Bettzeuge, Hosenzeuge, Futterstoffe, Frottiertücher usw. davon betroffen; ebenso alle Bezirke: Rheinland wie Sachsen, Schlesien wie Bayern.

Die Aussichten für die Zukunft sind trübe. Die Unternehmer erwarten Verringerung von der Beendigung des Balkankrieges und der Inkraftsetzung des neuen Zolltarifs der Vereinigten Staaten. Dieselben Unternehmer Deutschlands, welche an der Aufrichtung hoher Zollmauern um Deutschland stark beteiligt waren, setzen ihre Hoffnung auf die Niederreichung solcher Zollmauern in anderen Ländern.

Berlin und Umgegend.

Abschluß der Lohnbewegung der städtischen Arbeiter Berlins.

Im Herbst vorigen Jahres leiteten die in den Betrieben der Stadt Berlin beschäftigten Arbeiter eine Lohnbewegung ein, indem sie Forderungen aufstellten und dieselben an zuständiger Stelle einreichten.

Aber mit der Durchführung der Magistratsverfügung durch die Betriebsverwaltungen haperte es. In manchen Fällen machten die Verwaltungen den Versuch, die Anordnungen des Magistrats zu verschleiern. Die Leitung des Verbandes der Gemeindearbeiter führte deshalb mehrfach Verhandlungen mit den zuständigen Magistratsvertretern und so gelang es, die geringen Verbesserungen, welche nach der Verfügung des Magistrats eintreten sollten, auch zur Durchführung zu bringen.

Eine am Donnerstag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Gemeindearbeiter hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob sie die Lohnbewegung mit dem vorliegenden Ergebnis als abgeschlossen betrachten wolle.

Die Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin stellt nach Kenntnisnahme der Berichte aus den einzelnen Betriebsverwaltungen fest, daß die zu Beginn des laufenden Jahres in Kraft getretenen Lohn erhöhungen den gehegten Erwartungen der städtischen Arbeiter, Handwerker und Angestellten nicht voll entsprechen.

Wenn trotzdem die Versammelten beschließen, die Lohnbewegung jetzt als erledigt zu betrachten, so geschieht das lediglich deshalb, weil nach Würdigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse die Ergreifung weiterer Maßnahmen nicht ratsam erscheint.

Ausgenommen von dieser Entschließung bleiben jedoch die obengenannten Betriebe. Die Ortsverwaltung wird verpflichtet, alles zu tun, um für die Arbeiter und Angestellten derselben die gerechte Forderung von Lohn erhöhungen noch nachträglich durchzuführen.

Unter Hinweis auf die letzten, ausschließlich durch die Tätigkeit der gewerkchaftlich organisierten Arbeiter erzielteten Verbesserungen appellieren die Versammelten erneut an das Solidaritätsgelühl aller Kollegen und Kolleginnen der städtischen Betriebe und fordern sie auf, Mitglied des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu werden.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Zwischen dem Inhaber des Lokals „Schultheis-Spezial-Aussicht“, Stallter Straße 39, Ecke Wiener Straße, Herrn Heinrich Sander, und dem Verband der Gastwirtsgehilfen ist es infolge Tarifbruchs seitens des Unternehmers zu Differenzen gekommen.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Berlin, schreibt: In der Nr. 236 des „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 10. September 1913, ist unter Gewerkchaftliches betreffs „Der Streik in der Klaviaturfabrik von Bernese“, in dem Absatz: „Ein Streikender, Mitglied des christlichen Verbandes, brachte es fertig, abträglich zu werden und dem ehemaligen Genossen, jetzigen demokratischen Kandidaten Bernese trotz der gemachten Abzüge seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen usw.“ eine unrichtige Behauptung enthalten.

Wir stellen fest, daß in dem genannten Betriebe weder ein Mitglied beschäftigt, noch ein Streikender aus unserer Organisation an der Bewegung beteiligt ist.

Deutsches Reich.

Und wieder eine neue gewerkchaftliche Organisation der kaufmännischen Angestellten.

Unter dem Namen „Allgemeiner Verband der Kaufmännischen Angestellten“ erfolgte am letzten Sonntag in Berlin die Gründung eines neuen kaufmännischen Angestelltenverbandes auf „neutralgewerkchaftlicher“ Grundlage.

Kleines feuilleton.

Reklamemarken-Ausstellung. Das Kaufhaus des Westens hat eine kleine interessante Ausstellung von Reklamemarken veranstaltet. Das sind gummierte Wäderschen, die in hübscher Ausführung, meistens im Vierfarbendruck, das Wesentliche der betreffenden Branche darstellen.

Der Varieté-Staatsmann. Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Herr Bryan, tritt augenblicklich in einem Varieté auf. Er hält dort einen Vortrag, in Wirklichkeit läßt er sich begaffen, so wie er es tat, als er Rhms von sich verteilten ließ.

stellung hergibt oder nicht. Reife kommen Ähnlichkeiten, Gleichheiten, Anklänge.

Reichmann Hollweg im Wintergarten... Eine feine Nummer. Aber langweilig. Denn der Lange wird aufzutreten, mit einem Kaiserwort ein bißchen jonglieren, über Strohhalm stolpern, den Dummsten markieren, — aber eigentlich neues wird er nicht bringen.

Ober der Kriegsminister... Die Musik spielt einen kräftigen Marsch, jener stürzt auf die Bühne, zieht den Säbel und donnert unter härmischem Gelächter des Vorfelds eine Rede über „zerstehende Elemente“.

Zu denken sind sie alle. Gaben aber nicht sehr lustige Programmmummern ab: im Wintergarten. Denn viel komischer sind sie bei sich zu Hause, in der Natur, im Amt. Man sehe sie sich an, in ihrer grotesken Wichtigkeit, die vermeint, eine preußische Ausfühungsbestimmung habe irgend etwas mit Vernunft oder Kultur zu tun, gebe noch jemand an außer dem beteiligten Affessor.

Theater.

Königliche Schauspiele: Schwanenweiß, Traumdichtung von August Strindberg. Also Strindberg auf der Hofbühne in Berlin zum ersten Male. Anderstwo, außerhalb Preußens, hat man die Sperre schon selber durchbrochen. Aber nur mit einem einzelnen Schritt. Ein Verdienst um Strindberg, von dem zu reden wäre, kann so ein vereinzelter Schritt nicht heißen.

diesem Thema also findet die Hofbühne sich mit Strindberg zusammen, und sie läßt sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen, das christentümlich-religiöse Element theatralisch zu betonen.

Die Traumdichtung Schwanenweiß ist ein Lied vom ersten jungen Werden der Liebe, die aus Kindheit ausfließt und Jungfrau und Jüngling erwachen läßt. Aus Märchenfabriken ist das Lied gesponnen, in leichter christlicher Romantik, ganz abseits aller realistischen Wissenschaft. Prinzessin Schwanenweiß ist einem jungen König verlobt. Einen Prinzen sendet dieser König als Boten, und Prinz und Schwanenweiß erglänzen für einander. Schlummernd durchlebt Schwanenweiß das Neue, das in ihre Seele gekommen ist, und sie durchlebt es in wünschender Freude und fürchtender Vängnis.

Diese Phantastik erschwert ohne Zweifel die Aufführung. Soll sie wertvoll werden, so muß sie in allem dem Reinen Schwanenweiß angelegentlich sein. Strindberg hat aber der Szenerie so viel aufgebauet, daß dieses Angenehme sehr erschwert wird.

Verband ist gewissermaßen eine Fortführung des Bundes der Kaufmännischen Angestellten, dessen außerordentlicher Bundestag die Auflösung des Bundes beschloß. Es kam auf diesem Bundestage zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Delegierten und dem Vorstand, dem die Schuld an der finanziellen Katastrophe des Bundes beigemessen wurde und der selbst die Auflösung beantragte. Die Delegierten sprachen dem Vorstand einstimmig ihr Vertrauen aus und stimmten zunächst geschlossen gegen den Antrag des Vorstandes. Nachdem aber seitens der Delegierten zum Ausdruck gebracht wurde, daß keine Möglichkeit vorhanden sei, den Bund bei seiner starken Verschuldung weiterzuführen, daß man aber an der „neutral-gewerkschaftlichen“ Bewegung der kaufmännischen Angestellten unbedingt festhalten wolle, wurde der Auflösungsantrag nochmals eingebracht und nunmehr einstimmig angenommen. Im Anschluß an den außerordentlichen Bundestag fand eine Versammlung statt, an der sich sämtliche Delegierte des ehemaligen Bundes und viele Berliner Mitglieder beteiligten, in der die Gründung des „Allgemeinen Verbandes der kaufmännischen Angestellten“ beschlossen wurde. Der Verband steht auf denselben Grundlagen wie der Bund. Die Verwaltung soll zunächst ehrenamtlich erfolgen und das Verbandsorgan nur einmal monatlich erscheinen. Die Gründer erhoffen dadurch die Beseitigung aller finanziellen Schwierigkeiten, auf die sie die ungünstige Entwicklung des Bundes zurückführen. Die früheren Mitglieder des Bundes sollen mit allen beim B. K. A. erworbenen Rechten übernommen werden.

Die Lehrlingszucht im Freiseurgewerbe

hat während der letzten Berufs- und Betriebszählungsperiode eine Zunahme der beschäftigten Gehilfen von 10 622 oder 99,4 pro Hundert, und in weiterer Folge eine Zunahme der männlichen Selbständigen von 14 241 oder um 52,8 pro Hundert herbeiführt. Die Zahl der Geschäftsbetriebe vermehrte sich um 19 322 oder um 64,9 Proz. Das Gewerbe hat zwar einen gewissen Aufschwung im Damensach zu verzeichnen, dem jedoch ein erheblicher Rückgang des Herrenfachs durch Ausbreitung des Selbststrafens gegenübersteht. Das Erwerbsergebnis wird in der Hauptsache durch die Kopfzahl der Bevölkerung begrenzt, weshalb seine Aufnahmefähigkeit an beruflichem Nachwuchs nur gering ist. Je mehr Gehilfen herangebildet werden, desto weniger können beschäftigt werden, da sich infolge der ständig wachsenden Konkurrenz die Zahl der Alleinmeister ständig vermehrt. In den Großstädten hat der Mangel an ausreichender Beschäftigung für einen Gehilfen, in Verbindung mit der ständig großen Zahl arbeitsloser Gehilfen, längst zu dem Ausbildungswesen geführt. Hunderte von Gehilfen werden nur noch des Sonnabends und Sonntags beschäftigt. Die Lehrlingszucht geht unablässig weiter und dehnt sich immer weiter aus. Die „Gehilfenberufung“ bewirkt, daß die Arbeiter mit durchschnittlich 23 Jahren bereits „zu alt“ werden und ein großer Teil von ihnen durch anbauende Arbeitslosigkeit gezwungen wird, in irgendeiner Fabrik zu arbeiten, mitunter auch erst dann, nachdem sie als Selbständige eine Weile tätig waren.

Die durch die Lehrlingszucht geschaffenen Zustände, die die ganze wirtschaftliche Tätigkeit der Berufsangehörigen äußerst nachteilig beeinflussen, sind geradezu unhaltbar geworden. Drei Meisterverbände haben sich deshalb für eine Einschränkung der Lehrlingszucht ausgesprochen, während selbst der Innungsverband als größte Korporation, in deren Reihen sich die Lehrlingszucht hauptsächlich befindet, seinen Mitgliedern eine Einschränkung nahegelegt, was sich jedoch als gänzlich zwecklos erwiesen hat. Der Verbandsvorstand des Freiseurverbandes will nun versuchen, durch eine Petition an den Bundestag eine Einschränkung der Lehrlingszucht durch entsprechende Vorschriften zu erreichen. Er hat sich deshalb mit den in Frage kommenden Meisterorganisationen in Verbindung gesetzt, um ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen. Wenn außer den Gehilfen sämtliche Meister, die Gegner der Lehrlingszucht sind, die Petition unterzeichnen, wird sich der Bundestag jedenfalls veranlaßt sehen, dagegen einzuschreiten.

Gerichts-Zeitung.

Täuschung des Polizeipräsidenten — kein strafbarer Betrug!

Zum Tatbestand des Betrugs gehört als wesentliches Erfordernis nach § 263 des Strafgesetzbuchs das Vorliegen der Beschädigung des Vermögens eines anderen. Ist eine solche Vermögensbeschädigung im Rechtsinne nicht vorhanden, so kann trotz vollendeter Täuschung und dadurch erlangten Vermögensvorteils des Täuschenden eine Bestrafung wegen Betrugs nicht eintreten. Mit einem solchen straflosen Betrugsfall, der tatsächlich und rechtlich außerordentlich interessant ist und eine Täuschung des Berliner Polizeipräsidenten zum Gegenstande hatte, beschäftigt sich das Reichsgericht in dem nachstehenden Urteil:

Der Polizeipräsident von Berlin hatte durch Bekanntmachung vom 22. Januar 1909 bestimmt, daß von diesem Tage ab neue Erlaubnisscheine für Kraftdroschken mit Verbrennungsmotoren nicht mehr zur Ausgabe gelangen. Eine gleiche Bestimmung ist für die übrigen Ortspolizeibezirke des Landespolizeibezirks Berlin getroffen worden. Es wurde jedoch in einzelnen Fällen zugunsten derjenigen Personen eine Ausnahme gemacht, die durch einen vor dieser Sperre abgeschlossenen Lieferungsvertrag zur Ab-

nahme von Kraftdroschken der genannten Art verpflichtet waren. Dem Angeklagten K. sind am 25. August 1910 für 10 neue Kraftdroschken mit Verbrennungsmotoren Droschkenscheine, „Nummern“, zugeteilt worden. Der Antrag war auf einen mit dem mitangeklagten Geschäftsführer G. am 18. Dezember 1908 abgeschlossenen Vertrag auf Lieferung von 10 Automobilen und auf ein Verzinsungsurteil, das ihn zur Zahlung von 8000 M. Restkaufpreis für eine Motordroschke verurteilte, gestützt worden. Den Angeklagten wird nun vorgeworfen, daß der Lieferungsvertrag zum Schein abgeschlossen, der Prozeß zum Schein geführt, der Polizeipräsident getäuscht und das Vermögen der übrigen Motordroschkenbesitzer Groß-Berlins dadurch beschädigt sei, daß ihnen der von den Inhabern der widerrechtlich erlangten Droschkenscheine gemachte Verdienst entgangen sei. Das Landgericht I Berlin hat aber die Angeklagten von der Anklage des Betrugs freigesprochen. Das Reichsgericht hat die Freisprechung bestätigt und die Revision der Staatsanwaltschaft verworfen.

Aus den Entscheidungsründen des Reichsgerichts geben wir folgende interessante Ausführungen wieder: Der festgestellte Sachverhalt ermöglicht nicht die Beurteilung der Angeklagten wegen Betrugs. Ungeklärtes Tatbestandsmerkmal des § 263 des Strafgesetzbuchs ist eine Verfügung (eine sogenannte Vermögensdisposition) des Getäuschten. Nur sie kann den ursächlichen Zusammenhang zwischen Irrtum und Vermögensschaden herbeiführen. Die Verfügung des Polizeipräsidenten, zu der er durch einen von den Angeklagten erregten Irrtum bestimmt sein soll, hat niemandes Vermögen beschädigt. Sie erteilte dem Angeklagten K. die Erlaubnis zum Betrieb des Fuhrgewerbes mit 10 Kraftdroschken, ließ aber die Erwerbsmöglichkeit derjenigen Kraftdroschkenbesitzer, denen die Erlaubnis vorher erteilt war, unverändert bestehen. Deren Einnahmen konnten verringert werden, wenn K. die 10 Droschken in Betrieb setzte. Gleiches dies, so war die Schmälerung ihres Erwerbes die Folge der freien Handlung der Gewerbeausübung durch K., nicht die Folge der Erlaubnis zur Gewerbeausübung. Die Erteilung der Droschkenscheine mit Nummern war eine Amtshandlung der Ortspolizeibehörde. Mit diesem staatlichen Akt hat die gewollte Wirkung der von den Angeklagten angeblich vorgenommenen Täuschung ihr Ende gefunden. Die Ausnutzung der durch den staatlichen Akt geschaffenen Rechtslage ist nicht mehr Fortentwicklung des ursächlichen Zusammenhangs der Täuschung, sondern Beginn einer Tätigkeit, welche sich an den Erfolg der Täuschung anschließt. Nach § 53 der Gewerbeordnung können die Genehmigungen und Bestattungen zurückgenommen werden, wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargelegt wird, auf Grund deren sie erteilt worden sind. Dieser Grundsatz gilt auch von der fraglichen Erlaubnis des Polizeipräsidenten; bis zu deren Zurücknahme ist der Angeklagte K. öffentlich rechtl. befugt, das Fuhrgewerbe mit 10 Kraftdroschken auszuüben. Wer durch wesentlich falsche Angaben oder Nachweise sich eine gewerbliche Genehmigung, Konzession, Erlaubnis, Bestattung verschafft und dann das betreffende Gewerbe betreibt, begeht zum Nachteil derer, die daselbe oder ein gleichartiges Gewerbe betreiben, wegen des Mangels des erforderlichen Kausalzusammenhangs keinen Betrug.

Bestialische Dienstmädchen-Rißhandlung.

Die 2. Ferienkammer in Dresden verhandelte am Mittwoch wegen gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und Erpressung gegen die 1881 in Promnitz bei Bautzen geborene Oberstleutnantswitwe Helene Agathe Franz geb. v. Zeuler. Die Angeklagte hat ihr 17jähriges Dienstmädchen Schlig in der Zeit vom 1. September 1912 bis 25. Januar d. J. fortgesetzt in der schrecklichsten Weise mißhandelt, sie durch Schläge und Drohungen genötigt, einige Erklärungen zu unterschreiben, nach denen sich das Mädchen selbst der Faulheit, Lügenhaftigkeit usw. bezichtigte und durch die gleichen Mittel von ihr eine Verzichtsleistung auf den vereinbarten Monatslohn von 18 M. erpreßt. Die Beweisaufnahme ergab, daß schon nach 14 Tagen die Mißhandlungen mit einer Ohrfeige begannen, weil der „Gnädigen“ eine Arbeit nicht schnell genug ging. Dann folgte eine Rißhandlung der anderen, von früh bis spät abends die ganzen Monate hindurch. Dazu benutzte die „Gnädige“ einen dicken Rohrstock, einen Schrubberstiel, einen Ausflopper, den Schuh. Mit dem Schuh schlug die Magare dem Mädchen solange auf den Kopf, bis das Blut zum Rücken herunterlief. Der Schrubberstiel ging auf dem Körper des Mädchens entzwei; die „Gnädige“ nahm dann das eine Stück und schlug weiter, bis auch dies zerbrach. Dann mußte das bedauernswerte Mädchen noch auf seine Kosten einen neuen Schrubberstiel kaufen. Den Rohrstock mußte es selbst

holen, um damit geschlagen zu werden. Die Magare erklärte selbst, sie müsse jemanden haben, an dem sie ihre Wut auslassen könnte. Ferner wurde das Mädchen auf den Fußboden geworfen und mit den Füßen getreten. Bei der Arbeit wurde ihm eine nach Minuten berechnete Zeit gegeben. Die „Gnädige“ setzte sich mit der Uhr in der Hand und mit dem Rohrstock dazu hin. Das Mädchen hatte beim Treppensteigen oder Zimmerreinigen selbst den Beder vor sich stehen. Wenn es eine Minute länger dauerte, als vorgeschrieben war, dann gab es Prügel. Das Mädchen wurde an den Haaren gezagt und ihre ganze Wäsche herausgerissen, so daß sie laute Stellen auf dem Kopfe bekam. Es wurde wiederholt gezwungen, vor der „Gnädigen“ niederzuknien und sie um Verzeihung zu bitten, daß sie sie „aufgeregt“ hätte. Diefers wurde es im Gesicht getraht. Um es am Schreien zu verhindern, zog ihm die Angeklagte mit den Händen den Mund breit auseinander. Dann mußte die 40jährige, geistig zurückgebliebene Tochter der Angeklagten, die gleichfalls durch Ohrfeigen und Schläge (angeblich auf ärztliche Verordnung hin) traktiert wurde, einen Kübel kaltes Wasser holen und das goß die Frau dem Mädchen über den Kopf mit der Bemerkung, das hätten ihr ihre Verwandten empfohlen. Zuvor mußte das Mädchen aber erst den Teppich umschlagen, damit dieser nicht nah wurde. Speisen, die der „Gnädigen“ nicht sachtgemäß zubereitet schienen, wurden von ihr weggeschüttelt und das Mädchen mußte auf seine Kosten andere besorgen. Durch die Flucht konnte sich das bedauernswerte Opfer den Mißhandlungen nicht entziehen, denn es erhielt in der ganzen Zeit nur 7,50 M. Lohn ausbezahlt. Für das andere Geld brachte ihm die Frau Sachen mit, die es gar nicht gebrauchen konnte und nicht haben wollte. Es hätte also mittellos dagestanden und Verwandte waren hier nicht vorhanden. Ihre Briefe an die Verwandten wurden ihr von der Gnädigen diktiert, ankommende Briefe gelesen. Hausbewohner bezweifelten endlich das Mädchen und durch die „Dresdener Volkszeitung“ wurden die Oeffentlichkeit und die Behörden mit diesen entsetzlichen Zuständen bekanntgemacht. Der Arzt Dr. Grimm stellte fest, daß der ganze Körper des Mädchens mit grünen und blauen Flecken und mit Verletzungen bedeckt war. Schon die Jahre vorher waren zu ihm Mädchen der Angeklagten mit denselben Beschwerden gekommen. Nach dem Gutachten der Sachverständigen ist die Angeklagte zwar erblich belastet, aber strafrechtlich verantwortlich. Sie wurde wegen gefährlicher Körperverletzung und wegen Nötigung zu 2 Monaten 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Widerstand durch Rauchen?

Mit der eigenartigen Rechtsfrage, ob ein Arrestant bei einer Arrestur rauchen darf, beschäftigte sich das Oaltesche Schöffengericht in der Sache des Bergarbeiters Max Sauer, der wegen Uebertretung und Widerstandes angeklagt war. Er war eines Tages wegen einer Polizeibestrafung von einem Polizeibeamten zur Rede gestellt und festgenommen worden. Nach der Festnahme brante sich der Arrestant auf dem Wege nach der Wache eine Zigarette an. Der Beamte verbot ihm das Rauchen und erklärte in dem Richtbefolgen seiner Anordnungen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Der Angeklagte meinte, er habe nicht daran gedacht, durch das Angünden der Zigarette Widerstand zu begehen; er sei ein leidenschaftlicher Raucher und müsse schon früh, wenn er das Bett verlasse, eine Zigarette in den Mund nehmen. „Ohne Zigarette im Munde könne er nicht leben“. Der Amtsanwalt bezweifelte, ob Widerstand vorliege, meinte aber, es sei zu prüfen, ob in dem Angünden der Zigarette bei der Arrestur nicht etwa eine Verhöhnung des Beamten erblickt werden könne. Das Gericht nahm aber Widerstand als vorliegend an (!) und verurteilte S. zur Zahlung einer Geldstrafe von 10 M. Wegen der Uebertretung soll er außerdem 3 M. bezahlen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 14. Sept., vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15-17, Neutönn, Oberpallage, und Legel, Schillerstraße 30: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. G. Halle: „Wenn sich die Häden knüpfen.“ — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Witterungsüberblick vom 12. September 1913.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. W.	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. W.
Strombe.	763,0	SW	2	wolkig	14	Sabaranda	753,0	SW	2	Geb. hb.	11
Hamburg	763,0	SW	3	bedekt	13	Petersburg	759,0	SW	1	Rebel	8
Berlin	763,0	SW	1	heiter	11	Sibir	750,0	SW	1	Rebel	16
Frankf. a. M.	763,0	RO	1	heiter	10	Aberdeen	745,0	SW	4	bedekt	14
München	763,0	SW	3	heiter	9	Paris	761,0	RO	1	wolkig	8
Wien	764,0	SW	1	wolkig	5						

Weiterprognose für Sonnabend, den 13. September 1913.

Wollosch heiter, am Tage ziemlich mild bei lebhaften südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

der Gestalt Schwanenweih' nützlich gewesen wäre. Auch das Uebergehen der Königszene kann nicht sachdienlich heißen. Dem letzten Drittel der Dichtung und besonders der Darstellung Schwanenweih' ging durch diesen Strich ein lebendes Moment verloren. Das Spiel Hedwig Thimig als Schwanenweih' traf: es war das Beste der Aufführung, ohne Falsch in der Verinnerlichung des Tons und des Willens. Aber sie stand in ihrer Art recht allein. Der Prinz des Herrn Clewing gab sich knabenhaft; dagegen ist nichts einzuwenden, aber man merkte leider, daß er sich so geben wollte; das war zu Anfang so und ließ sich nicht vergessen. Das andere war Theatralk, auch die Stiefmutter der Frau Bue, die auf schneidende Härte ausging und das Pantherhafte, das Strindberg vorzeichnet, nicht traf. Das Ganze der Aufführung war gar so einseitig korrekt aufgebaut. Diese Form läuft immer auf erstarrtes Leben hinaus und tödtet.

Die Dichtung wurde in der Uebersetzung von Ernst Schering aufgeführt, die in der großen deutschen Strindberg-Ausgabe des Münchener Verlages von Georg Müller im Bande der Märchenpiele enthalten ist.

Im Deutschen Schauspielhaus an der Weidendammer Brücke gab man gestern Strindbergs naturalistisches Trauerspiel „Präulein Julie“, das vor sechs Jahren am Deutschen Theater zur Aufführung gelangte. Es ist des Dichters trauesstes, aber auch sein stärkstes Drama. Die Handlung, die, fast jedes äußeren Geschehens entbehrend, sozusagen nur in Dialogen und Gebärden, aber doch ungeheuer dramatisch aufspringt, spielt in der Johannisnacht. Im Schloß des Grafen wird getanzt. Auch Julie, die jugendliche Komtesse, tanzt leidenschaftlich — zuguterletzt mit Jean, dem Diener des Vaters. In der Küche macht sie ihm starke zweideutige Avancen. Von anderen Hausgenossen überrascht, muß sie sich verbergen. Jean nimmt sie in sein Zimmer mit — und hier „entehrt“ er sie, oder richtiger gesagt: sie läßt sich entehren. Denn sind die beiden allein. Das Entzählen ihrer Tat wird Julie klar. Sie hat von der Mutter das heiße sündhafte Blut — vom Vater das Erbe adeliger Gefinnung. Was nun tun? Klachten, mit Jean verzeihen, um jeden Preis. Doch was sie noch nicht wußte: Jean ist ein brutaler Keel, und im übrigen eine echte Domesänenatur. Er denkt weder an ein Fortgehen mit Julie, noch auch daran, sie zu seinem angetrauten Weibe zu machen. Nun verlangt sie, daß er sie tödtet. Er weigert sich — schiebt ihr jedoch sein Rasiermesser in die Hand. Julie geht aus der Küche. Man errät, was sie tun wird. Der Vorhang fällt.

Julie ist der verbildete Weibstypus der vornehmen Gesellschaft. Mit psychologischer Schärfe hat Strindberg diesen Typ umrissen, und besonders fein gegeben ist, wie in Julie der innere Adel ihrer Natur zum Steger wird. Paula So many gab die schwere Rolle der Julie mit allen Finessen eines feinnerbigen Menschenkinde. Die nicht eben leichte, aber überaus dankbare Figur des Bedienten wurde von Paul Otto erschöpft. Einzig eht gab er sich da, wo er auf dem Streichriemen sein Rasiermesser schärft. Rosa Ballett verlieh der Köchin wahre Jüge. Es war ein Kernspiel von packendem Reiz. Dazu kam, daß alle drei Akte hintereinander ohne Pause abgewickelt wurden. Und das merkwürdigste war, daß das Publikum nicht nur nicht ermüdete, sondern im Gegenteil mit stetig sich steigendem Beifall die Handlung begleitete. So unzweifelhaft die Wirkung des Dramas, so stark und verbündet war der künstlerische Erfolg. Ob die Ruder und die Moralischen heuer wieder gegen Prällein Julie Sturm laufen werden, wie 1904 — oder gar 1892, als das Stück die deutsche Uraufführung erlebte? ek.

Josef Raing-Theater (am Keinen Bannsee). In unzähligen Volksmärchen, Liedern und Balladen ist die Beziehung des Todes zu allem, was Leben heißt, gedeutet worden — von mannigfachen bildlichen Darstellungen nach Art mittelalterlicher und neuerzeitlicher „Totentänze“ ganz zu schweigen. Auch in der Kunstsdichtung aller Völker spielt der Tod eine große Rolle, als Vernichter und als Feind des Lebens. So hat denn auch Eberhard K. die seinen Gebatter Tod, ein „Märchen von der Menschheit“, gedichtet. Eigentlich dichtete der reiche Stoff für ihn. Er begnügte sich damit aber nicht, sondern formte ein fankstiges Drama in Versen. Und geheimnistete viel mythische Fabeln und noch mehr mythischen Tiefstimm hinein. Und vergaß vor lauter schön klingender Weisheit, daß ein Drama Handlung haben muß — selbst wenn dies Drama auch bloß ein Märchen ist. Shakespeare ist doch gewiß ein unverdächtigter Großmeister des Märchen dramas!

König hat den bekannsten Stoff, wonach ein armer Junge es bis zum König bringt, dann aber eben auch sterben muß, zu vertiefen gesucht. Bei Hans, dem Sohne des alten Häusers Rathias, stand der Tod Gebatter. Hans soll alle Herrlichkeit der Welt genießen dürfen, ein Sonnenmensch, ein Sieger ohne Tränen, ohne Angst sein, sofern er dem Tode unverbrüchliche Treue halte und sich jeglicher Selbstmüht enthalte. Hans verpricht es mit tausend Eiden. Aber als er die kranke Königs Tochter liebt, soll sie sterben — so will es Gebatter Tod. Darüber gerät Hans in rasenden Zorn. Nun scheidet sich der Tod als Feind von ihm. Die Prinzessin soll zwar

leben und sein Weib werden. Jedoch von nun an muß Hans das Schmerste erliden; schließlich verliert er Weib und Kind. Vorzeitig aus Gram zum Greis geworden, wandert seine Seele wieder zu seiner Kindheit zurück. Allen selbststättigen Siegersinn hat er gebüßt; und völlig enttäuscht, gesellt sich ihm wieder Gebatter Tod, um ihn zu Grabe zu geleiten.

Wie gesagt: ein Drama ist es nicht; nur ein Zwiegespräch mit leidenschaftlichen Agenten zuweilen und ewig langen Monologen. Das mag sich ja alles sehr schön lesen. In ein Spiel mit Personen ungefügt, ermüdet dies Märchen selbst die geduldigsten Hörer. Vor Jahren ist es im königlichen Schauspielhaus gegeben worden; der Dichter hätte besser getan, es dort weiter schlafen zu lassen. Trotzdem sei rückhaltlos die ungeheure Nähe anerkannt, die einzelne Darsteller der Hauptrollen aufwanden. Kamentlich soll Ernst Rejzke wegen seiner großenteils achtbaren Leistung als Hans und neben ihm Dora v. Warberg (Prinzessin Elsa) und Dima Schläter (Gebatter) genannt sein. ek.

Notizen.

— Gustav Janzon gestorben. Aus Stockholm kommt die Nachricht, daß der Schriftsteller Gustav Janzon gestern im Alter von 47 Jahren nach einer Gallensteinoperation gestorben ist. Janzon ist der deutschen Arbeitererschaft in den letzten Jahren durch eine Reihe erzählender Werke von kraftvoller Gegenwartigkeit bekannt geworden. Sein Bergarbeiterroman „Im Dunkel“ gehört zu den besten Schöpfungen sozialer Dichtung. Der „Vortwärts“ brachte seinen Lesern im vorigen Jahre Janzons Art durch die Erzählungen „Das Meer“ und „Lügen“ nahe. Die letztgenannte Erzählung gehört zu einer Reihe Schilderungen aus tripolitanischem Eilien und ist gegen den Krieg gerichtet.

— Theaterchronik. Bedelinds Gasspiel im Deutschen Theater ist bis zum 22. September verlängert worden. Die Abkist, neben Franziska noch andere Werke Bedelinds aufzuführen, ist aufgegeben worden. — Im Deutschen Schauspielhaus gelangt am Sonntag, den 14. d. Mts., Sübermanns „Der gute Ruf“ zum ersten Male in einer Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen zur Aufführung.

— Eine neue Südpolexpedition wird übers Jahr unter Leitung von Foster Stadhouse, dessen Name mit der Organisation der Scott-Expedition verbunden ist, nach King-Edward-Land abgehen. Dierzig Personen sollen daran teilnehmen.

Dem Genossen
Julius Schramm
und seiner Gattin
die herzlichsten Glückwünsche
zu ihrer Silberhochzeit 2221
Die Funktionäre der 5. Abtlg.
des 6. Kreises.

Unserem Bezirksführer
Julius Schramm
und seiner Gattin
zu ihrer Silberhochzeit die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen d. 533a. Bezirks.

Unserer Genossin
Emilie Schramm
nebst ihrem Gatten zu ihrer
Silberhochzeit die herzlich-
sten Glückwünsche.
Die Abteilungsleiterinnen
des 6. Kreises.

Unserer Abteilungsführerin
Frau **Emilie Schramm**
nebst ihrem Ehemann zu ihrer
am 13. September stattfindenden
Silberhochzeit
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Funktionäre der 4. Abt.
des 6. Kreises. 2221

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokrat. Kreiswahlverein
Niederharnim.**
Bezirk Lichtenberg.
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schlosser
Fritz Jakubaschke
Trabestraße 1
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle in Margahn
aus statt. 14/16
Rege Beteiligung erwartet.
Die Bezirksleitung.
Zug fährt 2.41 ab.

Spar- und Kreditverein Solidaria.
Am 5. September starb unser
Mitglied
Fritz Jakubaschke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. September,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle in Margahn bei
Lichtenberg aus statt.
22255 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Angehörigen zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Wilhelm Damm
Gudensersstraße 9, im Alter von
55 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 15. September,
nachmittags 4 Uhr von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richshofe aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
88/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Am 11. September starb unser
Mitglied
Karl Haase
(Bezirk Osten I).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 15. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Halle
des Georgen-Richthofes in der
Landsberger Allee aus statt.
145/6 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Formner
Max Biedermann
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. September,
nachmittags 1 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen Rich-
thofes in Buch aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
125/19 Die Ortsverwaltung

Danksagung.
Am 11. September verstarb nach
langem, schwerem Leiden mein
lieber Mann und guter Vater,
der Vater
Karl Haase.
Dies zeigen tiefbetrauert an
Ernestine Haase u. Söhne.
Die Beerdigung findet am
Montag, nachmittags 5 Uhr, von
der Leichenhalle des Georgen-
Richthofes, Landsberger Allee,
aus statt. 22245

Am 11. September starb nach
längerem Leiden unser lieber,
langjähriger Kollege, der Schrift-
leiter
Wilhelm Müller
im 69. Lebensjahre. Ein ehren-
volles Begräbnis werden ihm allezeit
bewahren Die Kollegen
der Vossischen Zeitung.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. d. Mts., nachm.
5 Uhr, von der Kapelle des Beiri-
Richthofes, Friedenstraße, aus statt.

Am 8. September verstarb meine
liebe Frau und Mutter
Frida Henk geb. Karl.
Dies zeigen tiefbetrauert an
Cito Gent und Kinder.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 15. d. M., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshofe aus statt. 9321

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme als
auch die herrlichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
sowie in allen Teilnehmern, Verwandten
und Bekannten, besonders dem
Verbande der Töpfer meinen herz-
lichsten Dank. 22216
Witwe Maria Lorenz.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme und die vielen Kranz-
spenden bei der Beerdigung unserer
innigstgeliebten Tochter und Schwester
Erna
lagen wir allen Freunden und Be-
kanten unseren herzlichsten Dank.
Familie Knospe,
Berlin-Weihenlee, Langhansstr. 109.

Danksagung.
Sagen hiermit allen Bekannten
und Verwandten sowie den Kol-
legen der Firma Siebert u. Witten-
bach für die Teilnahme an der
Beerdigung meines lieben Mannes,
unseres Vaters
Gottlieb Nicolaus
unseren besten Dank. 145/16
Wwe. Antonie Nicolaus,
Söhne u. Schwiegertochter.

Sommerpreise!
Hans A. B. Koch
**Kohlen-Briketts-
Großhandlung**
Lagerplatz u. Hauptkontor
BERLIN O. 17
Rüdersdorfer Straße 71.
Tel. Amt Königstadt 3040 u. 3090.
Ab Platz:
la Bruch-Briketts . . . Ztr. 80 Pl.
la Halblein-Briketts . . . 90 .
la Mariengrück . . . 95 .
la Diamant ges. gesch. . . 1.05M.
la Parle des Bergbaus
ges. gesch. unüber-
troffene Qualität,
größtes Format . . . 1.05 .
la Cadé Marke Diamant . . 2.25 .
sowie sämtliche anderen Brenn-
materialien.
Von 5 Ztr. ab billigere Preise.
Handwagen stehen meinen werten
Abnehmern gratis zur Verfügung.
Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.

Keine Fillofen.
1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante
**Herren-
Moden**
fertig und nach Maß!
Garantie für tadel-
losen Sitz.
**Jonas
Kurzberg**
Oranienstr. 160!
zwischen Moritz- u. Oranienplatz.
Bitte genau auf Strasse
u. Hausnummer zu achten.

**Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek**
Jedes Heft 20 Pfg.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I. Neue Friedrichstr. 35
an der Zentral-Posthalle
II. Tarmstr. 67, I. Etage,
liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
nach Maß
unter Garantie für tadellosen Sitz
gegen wöchentliche Teilzahlung
von **1 Mark** an.
Nachschneiderei, Verstoff im Hause.
Auf Wunsch Bezug des Kleidens
mit neuesten Stoffmaterialien.
Besondere Abteilung für
fertige Garderobe.
Einsparungs-Anzüge vorrätig.
Sonntags geöffnet.

**Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose**
Herkules
tragen.
„ Unerreichte „
Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.
Starkes, sogenanntes
englisch Leder, grau
od. braun gestreift
od. einfarbig. Am
Bund aus einem
Stück, feste Kapp-
nähte, Taschen aus
schwerem Pilot. Gr.
Flicken umsonst.
Preis für normale Mannes- 4.50
größe
Jünglingsgrößen entspr. billiger.

Offene Füße
Krampfadergeschwüre,
wenn auch veraltet u. hartnäckig,
schmerzhaft, Bunden, Klüße, un-
erträgliche Jucken usw. heilt in
vielen Dankagungen ohne Nach-
teil die mild wirkende „**Olinda-
Salbe**“, besonders für empfind-
same Leiden, da frei von jeder
Schärfe. Zahlreiche Erfolge. 10.1-
und 2.50. Otto Reichel, Berlin 43,
Eisenbahnstraße 4.

Monats-Garderobe!
4-500 getragene Anzüge für
Herren: Smoking, Frack- und
Gehrock-Anzüge (auch zu ver-
leihen), Sommerbergier sowie
u. Kavaliere getragene, fast neue
Sachen (a. Seite), i. jed. Figur pass.
in größter Auswahl u. unübertroff.
billigen Preisen.
1 Zr., des halb billiger wie im Laden.
Wassertor-
Hirsch Kieferbaum, straße 12/13 I

Manchester-Anzüge
Marke Gambiruta. Strapazierfest.
Joppe, 2reih., warm gefüt. 11.90
Weste . . . 3.50, Hose . . . 6.75
Blau Montour-Jacken,
Marke Siemens, wasch-
echt Körper od. Dreil. M. 9.45
Blau Montour-Hosen, 9.35
Marke Siemens, do. M.
Setzer-Kittel . . . 3.10 2.50
Maier-Kittel . . . 2.90 2.-
Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe und
Industrie, Sanitätsdienst usw.

Baer Sohn
Berlin, Gegr. 1891.
Chaussee-Straße 29-30
11 Brücken-Straße 11
Große Frankfurter Straße 20
Schöneberg, Hauptstraße 10.
Hauptkatalog kostenfrei.
Prompt Versand nach außerhalb.
Nachdruck verboten.

Möbel-Beiser
Lothringer Str. 67, Ecke Gormannstraße
Stube und Küche Anzahl. 15
bestehend aus:
2 Bettstellen 1 Tisch
2 Matratzen 2 Stühlen
m. 2 Kollkiss. 1 Küchensch.
1 Kleiderschr. 1 Küchent.
1 Spiegel 1 Küchenstuhl
1 Spiegelapd. 1 Küchensch.
Wochenrate 2,00 M. Mark

2 Stuben u. Küche Anzahl. 25
bestehend aus:
1 Kleiderschr. 1 Trumeau
1 Waschtöfl. 1 Tisch
2 Bettstellen 4 Stühlen u.
2 Matratzen 1 farbigen
m. Kissen kompl. Küche
Wochenrate 3,00 M. Mark

2 Stuben und Küche Anzahl. 45
in Nußb. u. mod. Ausfüh.
1 mod. Kleiderschr. 1 Plüschsofa
1 mod. Vertiko 1 mod. Umbau
2 engl. Bettstellen 1 Tisch, 4 St. u.
2 Matratzen 1 mod. kom-
1 Waschtöfllette plätte far-
2 Nachtschränke bige Küche
Wochenrate 4,00 M. Mark

Mod. Schlaf-, Speise-, Wohn- u. Herrenzimmer, Anz. v. 40-60 M. an, Wochenrate 4 M.
Einzelne Möbelstücke u. Polsterwaren, Anzahl. v. 3 M. an, Wochenrate 1 M.
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet! - Lieferung auch nach auswärts!

**MANOLI
PAPIER
CIGARETTEN**

Westmann
Mohrenstr. 37a. Gr. Frankfurterstr. 115.
Bevor Eigene Fabrikation. Solid. Ausführung. Beste Stoffe.
die Hauptplaten einzeln, gewährt ich bei schwierigem Einkauf
25%
Herr-Plüschmütel 33⁰⁰ 48⁰⁰ 65⁰⁰ 89⁰⁰ (echt
Lohr 500)
Vor-
nahme Kostüme . . . 15⁰⁰ 22⁰⁰ 35⁰⁰ bis 87⁰⁰
Warme Ulster . . . 12⁰⁰ 15⁰⁰ 18⁰⁰ 22⁰⁰ bis 56⁰⁰
Pelzmütel kurzw. 66⁰⁰ lang. 115⁰⁰ 150⁰⁰ bis 250⁰⁰
Für Modelle (auch für
3 Tage stärkere Figuren)
bis **50%** Ermässigung
Einsegnungs-Kleider
Sonntag geöffnet 8-10 Uhr.
Jedes gekaufte Stück wird bei
geringerer Anzahlung reserviert.

Als ein Zündfaden brennt, so hat, wach
sinnbar, Gassen in D. Götter
Willyaufenfänger

Goldperle
aufhalten warum, wird für alle minderwertigen
Nachahmungen entwirrt, gibt u. ist als beim
Einkauf auf den Namen Goldperle
und Zündfaden Zündfänger

C. Wachsmann & Co.
15 Reinickendorfer Str. 15
Ecke Ravenstrasse, an der Feuerwache
ältestes und kulantestes
Möbel- u. Waren-Kredithaus
Kredit an Jedermann,
ob ledig oder verheiratet
1-Zimmer-Einrichtung Anz. 15 M. an
2 Bettstellen
1 Kleiderspind
1 Spiegelspind
1 Spiegel
1 Tisch
4 Stühle
1 Küche
Wochenrate 1-2 Mark an
2-Zimmer-Einrichtung Anz. 25 M. an
2 Bettstellen
1 Kleiderspind
1 Vertiko
1 Trumeau
1 Sofa
1 Tisch
4 Stühle
1 Küche
Wochenrate 1-2 Mark an
Kompl. Schlafzimmer, Eiche, Birke, Mahg.
Komplette Speisezimmer, Eiche
Komplette Herrenzimmer, Eiche
moderne Stilarten.
Ohne Anzahlung
erhalten alte Kunden auch anderer Geschäfte.
Herren- und Damen-Konfektion
Jackett-Anzüge, blau und marengo
Elegante Kammgarn-Anzüge, Ulster
Damen-Kostüme, elegante Ausführung
Franzö. Kleider, Mäntel, Blusen,
Wäsche

Partei - Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis.

Wegen Umzug bleibt unser Bureau am Montag, den 15. September geschlossen.

Vom Dienstag, den 16. September ab befindet sich dasselbe Stralauer Platz 10/11, hochparterrie. Telefon Königsstadt 3750.

Schöneberg. Sonntag, den 14. d. M., vormittags 8 Uhr, treffen sich die Genossen und Genossinnen zu wichtigen Reden in folgenden Lokalen: Der 1. und 3. Bezirk bei Rilde, Kollendörffstr. 16; der 2. und 4. Bezirk bei Folger, Anstaltstr. 26; der 5. Bezirk bei Pöhl, Rühlstr. 8; der 6. und 7. Bezirk bei Brod, Wabnstr. 10/20; der 8. Bezirk bei Knobloch, Sedanstr. 53; und der 9., 10., 11. und 12. Bezirk bei Rathmann, Tempelhofer Str. 18a.

Zu Anbetracht der bevorstehenden wichtigen Wahlen wird es jedem einzelnen zur Pflicht gemacht, pünktlich zu erscheinen.

Alt-Mienide. Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonntag, den 14. September, 28. September und 5. Oktober im Restaurant P. Sohn, Grünauer Str. 55, Lichtbildvorträge. Thema: Technik, Kulturgeschichte. Vortragender: Erwin Neumann-Adlerhof.

Programme für alle drei Abende 50 Pf., Einzelabend 20 Pf., für Jugendliche 10 Pf. sind bei den Mitgliedern des Bildungsausschusses zu haben. Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein. Anfang 7 1/2 Uhr.

Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, diese Veranstaltung durch rege Beteiligung zu unterstützen.

Adlerhof. Heute Sonntag, abends 8 Uhr, beginnt im Rest. Gesellschaftshaus, Bismarckstr. 10, der Lichtbilder-Vortragstour über: Bergbau und Hüttenwesen. Eintritt 10 Pf.

Lichtenrade. Heute Sonntag, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr, Jahlabend in den bekannten Lokalen.

Tegel. Dienstag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Tegel. Gesellschaftshaus, Schloßstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Jugendbewegung“. 2. Vereinsangelegenheit. 3. Verschiedenes. — Die Bibliothek befindet sich jetzt im neuen Jugendheim, Bahnhoffstr. 15. Sie ist geöffnet jeden Montag und Donnerstag abends von 8-9 1/2 Uhr.

Schönhaufen bei Königswusterhausen. Am Sonntag, den 13. September, abends 8 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal des Herrn Otto Paetsch. Tagesordnung: 1. a. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Abrechnung vom Sommerfest. Ergänzungswahl des ersten Vorsitzenden, der Beisitzer und des Bildungsausschusses. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Niederschönhausen - Nordend. Sonntag, den 14. September, morgens 8 Uhr, wichtige Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus, zu der am Dienstag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Rettig stattfindenden öffentlichen Protestversammlung.

Spandau. Eine Beschäftigung der städtischen Kanalisations- und Kläranlage seitens der 1. Abteilung und des 10. Bezirks findet am Sonntag, den 14. September, statt. Herr Stadtbauinspektor Widich hat die Führung und Erklärung übernommen. Treffpunkt für alle an der Beschäftigung teilnehmenden Genossen pünktlich vormittags um 9 1/2 Uhr beim Genossen Pieper, Meyer Straße 12. Die beabsichtigte Beschäftigung des städtischen Wasserwerks kann wegen dort vorgenommener Reparaturen erst späterhin stattfinden.

Berliner Nachrichten.

Die Charlottenburger Sparkasse

bezieht mit dem heutigen Tage ein neues Heim, nachdem das alte längst zu eng geworden. Es ist in einem Erweiterungsbau des Rathauses untergebracht, der sich äußerlich an die Fassade des Rathausgebäudes anschließt. Die hellen, freundlichen Räume bieten dem Publikum alle Annehmlichkeiten in bezug auf bequeme und schnelle Abfertigung, und für die Verwaltung bringen sie eine einfachere und praktischere Ausgestaltung des Sparkassenwesens. Besonders bemerkenswert ist die unter den Sparkassenträumen belegene Stahlkammer, deren Decken, Fußböden und Wände mit Stahl gepanzert sind und so den Mietern von Tresors alle Garantien auf Sicherheit ihrer Wertpapiere und Wertgegenstände bieten. Der vom Baumeister Seeling projektierte Bau nimmt auf die Zukunft Rücksicht und ist ein Beweis für die fortschreitende Entwicklung unserer Nachbarstadt Charlottenburg. Die Sparkasse, die 1887 gegründet wurde, entwickelt sich ständig in aufsteigender Linie. Zurzeit betragen die Einlagen etwas über 60 Millionen Mark; auf 100 Einwohner kamen im Jahre 1912 35,80 Spardbücher.

Wie Radium und Mesothorium geprüft werden.

Infolge der plötzlich entstandenen Nachfrage nach radioaktiven Substanzen und der Versorgung der deutschen Städte und Universitätskliniken mit Radium und Mesothorium dürfte auch die Frage interessieren: wie werden diese kostbaren Präparate auf ihre Radioaktivität geprüft? Für Deutschland ist in erster Reihe die Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Charlottenburg hierzu bestimmt, und fast alle Käufer von Radium und Mesothorium lassen denn auch, wie wir von zuständigen Seite erfahren, die von ihnen erworbenen radioaktiven Präparate durch die Physikalisch-Technische Reichsanstalt prüfen. Diese hat eine besondere radioaktive Abteilung eingerichtet, der Herr Dr. Geiger (Berlin) vorsteht. Da täglich mehrere Präparate zur Prüfung eingeht, und die Gehaltsbestimmung der Radium- und Mesothoriumpräparate sich sehr mühsam gestaltet, so ist die Abteilung naturgemäß mit Arbeiten überhäuft. Der Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Geheimrat E. Warburg, hat über die Eichung radioaktiver Präparate durch dieses Institut besondere Bestimmungen getroffen.

Das Eichmaß ist ein von Frau Professor Curie, der bekannten Entdeckerin des Radiums, hergestelltes Radiumpräparat von 21,00 Milligramm reinen Radiumchlorids. Durch Beschluß der Internationalen Radium-Standard-Kommission vom März 1912 wurde dieses Präparat als internationaler Standard erklärt. Ein diesem Eichmaßpräparat genau entsprechender Standard ist im Besitz der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, und diese neue Einheit wird bei allen Entwürfen auf Gehaltsbestimmung von Radium- und Mesothoriumpräparaten den Messungen zugrunde gelegt.

Bei der Prüfung wird zunächst durch Vergleich mit dem Standard der Radiumgehalt des Präparates bestimmt. Nach Verlauf von acht bis zehn Tagen findet eine zweite Messung des Präparates statt, welche im wesentlichen den Zweck hat, die Konstanz der Strahlung des Präparates festzustellen. Stimmen beide Messungen innerhalb der Fehlergrenze der Versuche überein, so gilt die Untersuchung als beendet, und es wird ein Attest ausgestellt, in dem die Lage der Messungen, der Radiumgehalt und die Fehlergrenze der Versuche, die im allgemeinen 1 Proz. beträgt, angegeben werden. Die Aufstellung der Prüfungsscheine erfolgt jedoch stets mit dem Vorbehalt, daß das Präparat außer Radium keine

Substanzen enthält, die durchdringende Strahlen ausstrahlen. Von solchen Substanzen kommt vor allem Mesothorium in Betracht, das sich chemisch analog dem Radium verhält und mit diesem aus thoriahaltigen Uranerzen abgetrennt wird. Bei Anwesenheit von Mesothorium bleibt die Strahlung nicht konstant, sondern nimmt nach Herstellung des Präparates zunächst während eines Zeitraumes von mehr als zwei Jahren zu und fällt dann langsam wieder ab. Einfache Methoden zum Nachweis von Mesothorium in Radiumpräparaten sind nicht bekannt.

Das bei Eichung von Radiumpräparaten geübte Verfahren findet entsprechende Anwendung bei der Gehaltsbestimmung von Mesothoriumpräparaten, indem die Gamma-Strahlung des Präparates in der beschriebenen Weise mit dem Radium-Standard verglichen wird. Die Anordnung wird dabei stets so getroffen, daß die Gamma-Strahlen vor Eintritt in das Meßgefäß eine Vierschicht von 5 Millimeter Dicke zu durchdringen haben. Ein solches einseitiges Verfahren ist nötig, da infolge der etwas verschiedenen Durchdringungsfähigkeit der Gamma-Strahlen des Radiums und Mesothoriums die Schichtdicke auf die Messungen von Einfluß ist. Das Prüfungsattest enthält die Angabe der Radiummenge, der das Mesothoriumpräparat zur Zeit der Messung an Intensität der Gamma-Strahlen äquivalent ist. Eine Angabe über die zu erwartende zeitliche Veränderung der Aktivität ist nur dann möglich, wenn Radiumgehalt und Herstellungszeit des Präparates bekannt sind.

Die Gemeindebehörden der Stadt Berlin haben bekanntlich beschlossen, für 220 000 M. Radium künstlich und für 20 000 M. Mesothorium miethweise zu erwerben, während der preussische Staat für 800 000 M. Mesothorium und Radium erwerben will. Soweit Berlin in Frage kommt, ist beabsichtigt, im Virchow-Krankenhaus einen Pavillon mit 20 Betten für die Radiumbehandlung frei zu machen.

Aus dem Magistrat.

Die Angelegenheit der Einrichtung eines Stadtschulbuches, die wegen der Raumfrage längere Zeit zurückgestellt worden war, ist jetzt nach Erledigung dieser Frage zum Abschluß gelangt. Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf der Schulbuchordnung genehmigt; die Einrichtung soll am 1. April 1914 in Kraft treten. — Der Magistrat stimmt dem neuen Statut für die Feuerlozietät mit den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Veränderungen endgültig zu. — Von den in Aussicht genommenen zehn Stellen von Wohnungsinpektoren wurden in der Magistratsitzung drei besetzt. Gewählt wurden Ingenieur, Dr. der Staatswissenschaften Jenke, zurzeit Hilfsarbeiter an der Handelskammer Altenburg, Stadtbauinspektor Henslein vom Hochbauamt der Stadt Berlin und Wohnungsinpektor Hanole in Charlottenburg. — Der Magistrat genehmigte ferner den von dem Kuratorium des Vieh- und Schlachthofes und der Hochbau-Deputation vorgelegten Vorentwurf für die neue Fleisch-Großmarkthalle an der Landsberger Allee und für Neu- und Umbauten auf dem Gelände des Vieh- und Schlachthofes.

Die erste Schularztin.

Zu der durch die Schuldeputation erfolgten Wahl der Fraulein Martha Ulrich in Berlin zur Schularztin hat der Magistrat seine Zustimmung erteilt.

Das Ende der Schwebebahnprobefstrecke

in der Brunnenstraße ist nun endgültig besiegelt. Das Polizeipräsidium hat, wie wir hören, der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg nunmehr eröffnet, daß die nachgesuchte Genehmigung zu einer Schwebebahn Gesundbrunnen-Neukölln, mit Erweiterungslinien im Norden nach Reinickendorf, im Südosten nach Britz, nicht erteilt werden könne, nachdem das von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft eingereichte Projekt einer elektrischen Hoch- und Untergrundbahn Gesundbrunnen-Neukölln, welche im allgemeinen die gleichen Strahenzüge verfolgen soll, wie die geplante Schwebebahn, die landespolizeiliche Genehmigung erhalten hat. Das von der Kontinentalen Gesellschaft beim Oberpräsidenten beantragte Ergänzungsverfahren war schon dadurch gegenstandslos geworden, daß die Kontinentale Gesellschaft den Aufsichtsbehörden ein zweites, erweitertes Projekt eingereicht hatte. Demzufolge ersucht das Polizeipräsidium die Gesellschaft jetzt um baldmöglichste Entfernung der Schwebebahn-Probefstrecke, welche auf Erfordern des Berliner Magistrats im Herbst 1907 im unteren Teile der Brunnenstraße errichtet worden war. Die Probefstrecke, um welche nun sechs Jahre lang das lebhafteste Strahengewühl getobt hat, ohne daß man sie als eigentliches Verkehrshindernis anprechen konnte, wird nunmehr wohl bald verschwinden. Damit dürften denn auch die Ästen über ein Schnellbahnprojekt endgültig geschlossen sein, welches die staatlichen und städtischen Behörden länger als 30 bis 40 Jahre beschäftigt hat.

Todessturz auf dem Flugplatz Vork.

Der Flieger Hans Lorenz war gestern früh um 6 Uhr 40 Min. auf dem Flugplatz Vork mit seinem Grabe-Eindecker zu einem Flug um die Stundenprämie der Nationalflugspende aufgestiegen. Nach einer Flugzeit von zwei Stunden begann Lorenz in etwa 500 Meter Höhe zum Abstieg in einen Gleitflug überzugehen. Hierbei scheint der Flieger den Apparat zu steil gestellt zu haben, denn plötzlich schoß das Flugzeug aus ungefahr 300 Meter Höhe senkrecht in die Tiefe. Lorenz war sofort tot. Beim Aufschlagen auf die Erde geriet das aus dem Brennstoffbehälter fliehende Benzin in Brand, das auch den Apparat in Flammen setzte, der teilweise verbrannte. Nach einer Mitteilung von anderer Seite soll während des Gleitfluges eine Tragfläche des Apparates der starken Druckbeanspruchung nicht standgehalten haben und nach hinten übergeklappt sein.

Der Flieger Lorenz stand im Alter von 24 Jahren; er hatte erst im Frühjahr d. J. das Pilotenzeugnis erworben.

Wie der Ingenieur Grabe, der dem Fluge als Sportzeuge beizuwohnen, mittelst, hat Lorenz nach anfänglich ruhigem Gleitflug zuviel Tiefensteuer gegeben. Der Flieger hatte anheimelnd gelauscht, außerhalb des Flugplatzes niederzukommen, und setzte daher den Gleitflug ziemlich steil an. Bei der enormen Beanspruchung legten sich die Flügel erst nach oben und hinten dicht an den Apparat, um dann schließlich, als die Maschine mit immer größerer Geschwindigkeit abwärts sank, ganz nachzugeben.

Falschmünzer verhaftet.

Eine Falschmünzwerkstatt wurde wieder von der Kriminalpolizei entdeckt und ausgehoben. Es ist dies bereits die dritte Aushebung in diesem Sommer. Ende Juli verhaftete die Kriminalpolizei zwei Brüder Gebhardt, die falsche Fünfmarkstücke herstellten, vierzehn Tage später einen Händler, der Fünf- und Zweimarkstücke prägte und jetzt hat sie einen alten, schon wiederholt verurteilten Falschmünzer hinter Schloß und Riegel gesetzt, der eine ganze Anzahl Fünfmarkstücke in den Verkehr gebracht und damit beschäftigt war, Jubiläumsmünzen anzufertigen, die er ohne Zweifel überall leicht losgeworden wäre, weil diese stark begehrt sind und ihr Aussehen beim Publikum noch nicht so genau bekannt

ist. Der gestern verhaftete Falschmünzer, ein früherer Wärfahrer Hermann Gail, hatte vor der Festnahme der beiden Brüder Gebhardt mit diesen zusammengearbeitet. Nach deren Verhaftung richtete er sich eine Falschmünzwerkstatt ein und prägte anstatt der bisherigen Fünfmarkstücke zunächst Einmarkstücke. Weil er der Kriminalpolizei als Falschler bekannt ist, hielt er sich vor ihr, als er vor nicht langer Zeit nach Verhängung einer dreijährigen Zuchthausstrafe entlassen wurde, verborgen. Nach der Aushebung der Kellerwohnung in der Schillingstraße, wo er mit den beiden Brüdern Gebhardt gemeinsame Sache machte, richtete er sich seine neue Werkstatt in der Wilmannsstraße ein. Hier wohnte seine Geliebte, eine erst achtzehn Jahre alte Erna Damader. Ein kleiner Raum, dessen Fenster nach einem Rückschlag gingen, von dem also niemand in die Stube hineinsehen konnte, war zu seiner Arbeitsstätte wie geschaffen. Als alter Falschmünzer brachte er bald wieder sehr gute Stücke in den Verkehr. Es waren Einmarkstücke, die das Münzzeichen D und die Jahreszahl 1912 trugen. Seine Spiegelstempel waren neben seiner Geliebten der 33 Jahre alte „Fischer“ Walter Boms und der 24 Jahre alte Wohnungsgelose „Schläpfer“ Jozay Rachel, die bei dem Einbruch in die Wohnung des Kriminalbeamten Voh in der Wilmannsstraße festgenommen wurden. Zur Ueberraschung der Kriminalpolizei fand man in ihren Taschen auch viele falsche Einmarkstücke, wie sie in der letzten Zeit ausgegeben worden waren.

Der „Naturforscher“ und sein „Tuberkuloseheilverfahren“.

Ein seltsamer Bakteriologe wurde auf Veranlassung eines Schlossermeisters in einem Potsdamer Restaurant verhaftet. Die Behörde hatte schon längst ein Auge auf den sonderbaren Gelehrten, dessen Spezialität im Darlehnschwindel besteht. Früher arbeitete der Bakteriologe Dr. Franz Probst, wie er sich fälschlich nannte, in Spandau und den westlichen Vororten Berlins, in der letzten Zeit verlegte er seine Naturforschungen nach Potsdam und als geeignete Studienobjekte suchte er sich einen Schlossermeister, einen Monteur und andere Personen aus, die er für seine Disziplinen interessierte und um 10 und 30 M. anpumpt. In der Nordstraße mietete er ein möbliertes Zimmer, war aber vielfach „verreißt“. Zu seinem wissenschaftlichen Inventar wählte er einige aus fremden Ländern stammende Steine und Blätter, denen er die Fähigkeit nachräumte, die Tuberkulose zu heilen. Man wurde auf den wunderlichen Gelehrten durch ein im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Inserat aufmerksam, in dem vor seinem unwissenschaftlichen Treiben gewarnt wird. Eine genaue Personalbeschreibung ermöglichte die Festnahme des „Bakteriologen“, als er gerade im Begriffe stand, einem dritten seine gelehrten Ideen klar zu machen. Polizeilich ist festgestellt, daß der Pseudo-Probst seit etwa vier Jahren auf diese Art — durch Anboren und Zuckerpulverein — seinen Unterhalt bestreitet und keinerlei wissenschaftliche Tätigkeit ausübt. Er ist tatsächlich Doktor, heißt aber nicht Probst, sondern Runo Obermüller und stammt aus Heidenheim in Württemberg. Er ist mehrfach verurteilt. Der D. wußte durch sein sicheres Auftreten zahlreiche Personen zu täuschen, und die Behörde ersucht daher, ihr Fälle, in denen Dr. Obermüller seiner Spezialität nachging, bekannt zu geben.

Wegen schlechten Geschäftsganges hat sich gestern der 24 Jahre alte Schankwirt Otto Moritz aus der Frankfurter Allee 59 das Leben genommen. In der Verzweiflung öffnete er in der Nacht die Gasähne der Kochmaschine in der Küche und vergiftete sich mit dem ausströmenden Gas. Als gestern vormittag seine Köchin in die Küche trat, fand sie ihn tot auf. In Orlasen, die beschlagnahmt wurden, teilte er mit, daß er wegen des schlechten Geschäftsganges seiner Wirtschaft freiwillig in den Tod gehe. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Bei der Kahnfahrt ertrunken.

Ein Unglücksfall, bei dem ein Grenadier sein Leben einbüßte, hat sich bei Fürstenberg ereignet. Ein Soldat des Kaiser Franz-Garde-Grenadierregiments, Wilhelm Dettmer, hatte mit dem Kommander Hanke und dessen Frau eine Kahnpartie gemacht. Durch einen in die Buhne getriebenen Schleppahn war das Bühnenfeld für die Fahrt unpassierbar, so daß sich die Insassen des Bootes an dem Schleppahn eine Buhne weit hochziehen mußten. Nachdem sie sich dann von dem Schleppahn abgestoßen hatten, wurde das leichte Fahrzeug von der Strömung erfaßt und quer vor den Steben des Kahns geworfen, so daß er sofort kenterte. Die Insassen stürzten ins Wasser und gerieten in die an dieser Stelle sehr tiefen Strudel. Hanke konnte von einigen in der Nähe befindlichen Schiffen gerettet werden, während der Grenadier ertrank, ehe ihm noch Hilfe gebracht werden konnte.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in der Nacht zum Freitag gegen 2 Uhr vor dem Anhalter Bahnhof. In der dortigen Straßenbahnhaltestelle verließ der 37jährige Friseur Bodmann, Schöneberger Str. 16a wohnhaft, einen Straßenbahnwagen, um sich nach Hause zu begeben. In diesem Augenblick nahte auch die Kraftdroschke 7727 in schneller Fahrt heran. Bodmann konnte dem Gefährt nicht mehr ausweichen, wurde von dem Automobil erfaßt und eine Strecke weit mitgeschleift, ehe der Fahrer seinen Wagen zum Halten bringen konnte. Der Verunglückte, der furchtbar zugerichtet war, wurde auf die nächste Unfallstation gebracht, wo der Arzt einen komplizierten Schädelbruch und Oberschenkelbrüche feststellte. Außerdem war dem Friseur die Kopfhaut fast völlig vom Schädel gerissen worden. L. wurde sterbend in das Krankenhaus am Urban gebracht.

Strassenbahnunfall. In der letzten Nacht gegen 1 1/2 Uhr wollte ein Herr Hermann Schulze vor dem Hause Lurmsstr. 74 den Hinterrad des Motorwagens 2419 trotz der Warnung des Schaffners während der Fahrt verlassen, kam jedoch zu Fall und geriet mit dem linken Fuß unter den Schutzrahmen des Anhängers. Obwohl der Fahrer sofort Bremsen gab, wurde Sch. der Fuß oberhalb des Gelenkes vollständig abgetrennt. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Moabit übergeführt.

Im Eisenbahnzuge gestorben ist gestern eine noch unbekante Frau von etwa 40 Jahren, die nach bei ihr vorgefundenen Papieren eine Maria Szagala ist. Sie wurde gestern früh in einem auf dem Schiffschen Bahnhof einlaufenden Zuge tot aufgefunden. Wie aus der Fahrkarte zu ersehen war, hatte sie den Zug in Stendal bestiegen. Aus ihrem Gepäck war ferner festzustellen, daß sie von Amerika herkam und die Ueberfahrt mit dem Dampfer „Kaiser Wilhelm“ gemacht hatte. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod der Frau infolge eines Herzschlages eingetreten ist, der die Folge einer großen Abmagerung war. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Großfeuer in der Schlüterstraße.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde die Charlottenburger Feuerwehre gestern vormittag gegen 8 1/2 Uhr nach der Schlüterstr. 56 gerufen. Als diezüge dort anrückten, standen die Dachstuhl des Vorderhauses und der beiden Seitenflügel schon fast vollständig in Flammen. Der Brandinspektor ließ sofort mit vier Hochen Wasser geben, und zwar drangen die Löschmannschaften zum Teil über mechanische Leitern und zum Teil über die Treppen gegen das Feuer vor. Obgleich gewaltige Wassermengen

verspritzt wurden, dauerte es doch fast anderthalb Stunden, ehe „Feuer aus“ gemeldet werden konnte. Die Dachstuhl sind fast vollständig vernichtet. Die Ermittlungen ergaben, daß der Brand durch Fahrlässigkeit des Hausportiers entstanden war. Der Portier hatte auf dem Boden ein brennendes Streichholz achtlos weggeworfen und das Feuer hierdurch verursacht. Er wurde von der Kriminalpolizei festgenommen, nach seinem Verhör aber wieder entlassen, da er die Fahrlässigkeit einräumte. Mit den Aufräumungsarbeiten hatte die Charlottenburger Feuerwehr bis in die Nachmittagsstunden hin zu tun.

Die Berliner Feuerwehr hatte zur selben Zeit in der Königsberger Straße 17 gleichfalls einen größeren Dachstuhlbrand zu bewältigen. Hier war die Rauchentwicklung so stark, daß mehrere Rauchschugapparate in Benutzung genommen werden mußten. Der Feuerwehrmann Greul erkrankte während der Löscharbeit unter Einwirkung der Raucheinwirkung so schwer, daß er nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht wurde. Die Abkühlung des Feuers wurde mit zwei Rohren durchgeführt. In diesem Falle ist die Brandursache nicht ermittelt. — Außerdem wurde die Berliner Feuerwehr noch nach der Müllerstraße 166a gerufen, wo auf dem Strahndamm ein Ballon Salpetersäure geplatzt war. Die Säure wurde von der Wehr mit Wasser fortgespült, doch hatte der Unfall eine längere Verkehrsstörung zur Folge.

Den Tod im Wasser suchte gestern Abend gegen 6 Uhr ein noch unbekannter Mann von etwa 50 Jahren. Er sprang von der Freiandensbrücke in den Flutgraben, wurde aber noch lebend wieder herausgezogen und nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Der Leibesmaß ist etwa 1,70 Meter groß, hat etwas Glatze und einen kleinen, rötlichen Vollbart und trug einen dunklen Jacketanzug, einen schwarzen, steifen Hut, schwarze Schnürschuhe und einen Strickstock.

Aus aller Welt.

Zum Untergang des Marineluftschiffes.

Die zahlreichen von sachmännlicher Seite erhobenen Angriffe, daß die Vernichtung des Militärluftschiffes auf Ueberlastung zurückzuführen sei, sucht man amtlich durch die folgenden, durch Wolffs Telegraphenbureau verbreiteten Ausführungen zu widerlegen:

In der Öffentlichkeit ist von sachverständiger Seite unter Benutzung von nichtamtlichen Zahlen entwickelt worden, daß die Katastrophe des „L 1“ in erster Linie durch eine ungenommene Ueberlastung und erst in zweiter Linie durch vertikale Luftbewegung verursacht worden sei. Zweihundert bis fünfhundert Kilogramm Ballast werden dabei

als reichlich bezeichnet bei nicht gerade abnorm ungünstigen meteorologischen Verhältnissen. Nun hatte „L 1“ 1800 Kilogramm Ballast an Bord, außerdem 2000 Kilogramm Benzin und 200 Kilogramm Del, die bei dem Unfall ebenfalls als Ballast verwendet wurden, soweit die technischen Einrichtungen es zuließen. Der durch Strahlungserwärmung des Gases verursachte Auftriebsverlust war geringer als in den öffentlichen Berechnungen angenommen worden ist. Die Uebertemperatur des Gases war nicht bedeutend, dagegen war die Höhe, bis zu der das Luftschiff durch vertikale Böden gerissen wurde, nämlich 1500 Meter, und dementsprechend die gesamte Ueberlast, die durch Ballastabgabe oder dynamisch auszugleichen war, sehr viel größer, als öffentlich angenommen worden ist. Sonach ist in der Belastungsverteilung äußerst vorsichtig verfahren worden, aber die unvorhergesehene Gewalt des Wetters hat jede Vorsicht zunichte gemacht. Der Unfall ist mithin durch vertikale Böden herbeigeführt und nicht durch Fehler in der Belastungsverteilung bei der Abfahrt.

Auch dieser Versuchungsversuch wird nicht die erhoffte Wirkung haben, sind doch die vertikalen Böden, d. h. das Sturm Wetter, von den meteorologischen Stationen vorausgesagt worden.

Der Schreckenszug der Cholera.

Trotz aller Versuche, die auf dem Balkan grassierende Cholera auf den Seuchenherd zu bannen, wird die Gefahr der Verschleppung nach dem Westen immer stärker. Nachdem jüngst erst in Budapest mehrere Fälle von Cholera festgestellt wurden, wird jetzt auch aus dem nahe der bayerischen Grenze gelegenen böhmischen Badeort Marienbad eine Erkrankung an Cholera gemeldet. Dort ist bei einer aus Gratschenja (Bosnien) eingetroffenen Frau Galcinska Cholera festgestellt worden. Alle erforderlichen Maßnahmen sind getroffen, die Frau ist isoliert worden. In Serbien und Rumänien wütet die Cholera in furchtbarer Weise. Die amtliche Cholera-Statistik für Serbien für die letzten acht Tage lautet: Erkrankt seit dem Ausbruch der Epidemie 1224 Personen, genesen 370, gestorben 277. Der Cholera-Brand in Rumänien ist seit dem Ausbruch der Epidemie folgender: 1555 Kranke, 661 Todesfälle. 159 Erkrankte sind genesen. Auf die Gesamtzahl der Todesfälle entfallen 79 Militärpersonen. Wie aus Bukarest gemeldet wird, ist die Moldau cholerafrei. In Bukarest hat sich kein neuer Fall ereignet. Es sind außerordentliche Maßnahmen getroffen, um die Seuche zu lokalisieren und den Prozentsatz der Genesenen zu erhöhen. Mit

den Seruminspritzungen in den Kasernen, Fabriken usw. werden die günstigsten Ergebnisse erzielt.

Ein Anhänger Leo Tolstois.

Für hartnäckige Gehorsamsverweigerung im Militärdienst verurteilte das Petersburger Militärgericht den Soldaten Malkusch zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus. Er hatte sich geweigert, Gewehrübungen auszuführen und das Schießen u. dergl. zu erlernen. Er erklärte, er sei ein Anhänger Tolstois und wolle sich unter keinen Umständen dazu hergeben, etwas zu leisten, das mit Blutvergießen im Zusammenhang steht. Vor Gericht stand er das dritte Mal. Für die ersten zwei Gehorsamsverweigerungen hat er bereits 1 Jahr und 8 Monate Disziplinarbataillon abgehüft. Diesmal wurde er auch aus dem Militärdienst ausgeschlossen.

Welch eine Satire, daß Christen ihr christliches Bekenntnis nicht nur im Munde führen, sondern auch in die Tat umsetzen, durch die Vertreter der christlichen Weltordnung zu Verbrechern gestempelt werden.

Kleine Notizen.

Vom Eisenbahnzug überrollt. Auf Bahnhof Eggenorf (Hannover) wurde ein Fuhrwerk von einem Eisenbahnzug erfasst. Der Lenker des Fuhrwerks erlitt einen schweren Oberschenkelbruch, der Badermeister Westendorf und der Schuttmann Wittkopf aus Bienen, die mit ihren Familien von einem Ausflug zurückkehrten, wurden getötet. Die übrigen Insassen blieben unverletzt.

Von Kannibalen aufgefrisst. Ein europäischer Kaufmann namens Huber ist am 10. Juli, wie aus Cavally (Liberia) gemeldet wird, von Eingeborenen des Ngere-Stammes im Urwald überfallen, ermordet und aufgefrisst worden.

Todessturz eines russischen Fliegers. Bei einem Flug von Krasnojarsk nach Petersburg ist der Flieger Adinas abgestürzt. Er erlag nach einer Stunde den erlittenen Verletzungen.

Verschwindende Inseln. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus San Francisco berichtete der Kapitän des aus Sydney kommenden Dampfers „Senoma“, daß die zu den Tongaineln im Süden des Großen Ozeans gehörenden Inseln Falcon und Hope verschwunden seien, offenbar infolge vulkanischer Erschütterungen. Mehrere hundert Eingeborene und einige Weiber seien umgekommen.

Tod in den Alpen. Nach Blättermeldungen aus Gstaatterboden ist ein seit einigen Tagen vermister Tourist heute am Hochtor erfroren aufgefunden worden. Es ist der Wiener Advokatandibat Julius Perlis.

Hosen-Woche

Dauer vom 13. bis 21. September

Ausnahme-Angebote

moderner Hosen, bedeutend unter sonstigen Preisen



- Serie I Zwirnbuckskins mit schmalen und breiten Streifen Jetzt 2.95
- Serie II Dunkel- und hellgestreifte Buckskins Jetzt 4.95
- Serie III Gestreifte Cheviots sehr haltbar Jetzt 5.95
- Serie IV Kammgarn-Cheviots dunkelgründig mit feinen Streifen, zum Cutaway passend Jetzt 6.95
- Serie V Kammgarnarten in vornehmen Streifen, sehr solide Jetzt 7.95
- Serie VI Elegante gestreifte Kammgarne Ersatz für Maß Jetzt 10.95

Große Knaben-Hosen Für das Alter von 3 bis 8 Jahren durchweg 60 Pf.
Posten Für das Alter von 8 bis 14 Jahren durchweg 1.75

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brücken-Straße 11
Große Frankfurter Straße 20 Gegründet 1891 Schöneberg, Hauptstraße 10

Sonntag nur von 8-10 geöffnet. — Prompter Versand nach außerhalb.

Der Haupt-Katalog No. 47 (Neueste Moden) kostenfrei

Beachten Sie bitte die Kochanweisung,

die jedem Würfel von MAGGI'S Suppen aufgedruckt ist. Sie ist zwar sehr einfach, aber natürlich nicht für jede der 43 Sorten die gleiche. Richtig zubereitet, schmecken MAGGI'S Suppen wirklich delikats. Achten Sie beim Einkauf gefl. auf den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke „Kreuzflorn“.

Wir machen hiermit bekannt

dass wir wegen Aufgabe unserer Geschäfte und gänzlicher Auflösung unserer Firma die gesamten Warenbestände, bestehend aus Herren-, Jünglings-, Knaben-, Sport- und Berufskleidung jeder Art durch einen **schleunigen Ausverkauf** gänzlich räumen wollen. Aus diesem Grunde haben wir von heute ab unsere bisher schon billigen Preise

durchweg um ca. 30 bis 60 Prozent ermässigt

Durch diesen Ausverkauf bieten wir dem geehrten Publikum Gelegenheit, die besten Erzeugnisse in Herren- und Knaben-Bekleidung zu **fabelhaft billigen Preisen** einzukaufen.

Die ermässigten Preise sind mit Rotstift auf die früheren Preisetiketts deutlich vorgeschrieben

Vertriebs-Ges. für Herren- und Knaben-Bekleidung m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1
Ecke Weinmeister- und Münzstrasse

Sonntags geöffnet
von 8-10 Uhr

Kottbuserdamm 72
Neukölln, Ecke Lenastrasse

An Wiederverkäufer wird keine Ware abgegeben!

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 13. September 1913.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Prater. Johanniszauber.
Anfang 7 Uhr.

Zeffing. Vier Gent.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Bohème.
Rgl. Schauspielhaus. Schwanen-
weib.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Metropol. Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.

Irania. Mit dem Imperator nach
New York.

Kammerpiele. Franziska.
Kleines. In Ewigkeit Amen. Paul
und Paula. Der Barbier von
Sera.

Berliner. Filmzauber.
Königgräzer Straße. Das vierte
Gebot.

Deutsches Schauspielhaus. Sieben
tote Tage.

Deutsches Opernhaus. Jar und
Zimmermann.

Montis Operetten. Der lachende
Ehemann.

Schiller O. Zwei Wappen.
Schiller Charlottenburg. Royal
Thalia. Suppen.

Theater am Nollendorfsplatz. Die
Kino-Königin.

Kolno. Der Kistenkoffer oder Caruso
auf Leistung.

Trianon. Der abgerissene Glocken-
zug. Untreu.

Herrfeld. Liebesprobe. Schanzel-
jäger.

Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Residenz. Die Frau Präsidentin.
Zuffspielhaus. 777: 10.

Noie. Die Schiffbrüchigen.
Waisen. Weib' dem, der lügt!
Volles Caprice. Ritter Galbrun.
Die Wiggibunt. Das Kabinetskind.

Walhalla. Der Liebesonkel.
Voigt. Der Mann im Monde.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Die Siebzehn-
jährigen.
Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Gisbalott: Fikt in
St. Korik.

Sternwarte. Invalidentanz. 87-62

Schiller-Theater O. Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Freiwild.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.

Montag, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Moral.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld

Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Montag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Theater in der Königgräzer Straße
8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Komödienhaus.

Voranzeige! Dienstag, den 16. Sept.
Das Paar nach der Mode.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Trianon-Theater.
Täglich
abends 8 Uhr: **Untreu.**
Becher: Der abgerissene Glockenzug

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Sieben tote Tage.

Theater am Nollendorfsplatz.

Ensemble-Gastspiel
des Berliner Metropol-Theaters:

Die Kino-Königin!
Anfang 8 Uhr.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
Gastspiel Julius Spielmann:
Der lachende Ehemann.
Anfang 8 Uhr.

8 1/2 Uhr: **Residenz-Theater** 8 1/2 Uhr
Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente.)
Schwank in 3 Akt. v. M. Hennequin
und P. Vober.
Morgen u. folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Theater des Westens.

Beginn der Spielzeit:
Sonnabend, den 20. September:
Gräfin Fiti.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Schiffbrüchigen.
Auf der Gartenbühne:
Ueberr großen Teich.

Boch. Konzert. Varietékunst. Anf. 4 1/2
Sonntag 3 Uhr: Hebern gr. Teich.
8 Uhr: Die Schiffbrüchigen.

Metropol-Theater

Abends 1 1/2 8 Uhr präzise:
Unt. persönl. Leitung d. Komponisten
Zum 1. Male:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen**

Dr. Ausstattungsst. m. Gef. u. Tenz in
19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung
des Jules Verne'schen Romanes von
Jules Freund.

Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt
vom Direktor **Richard Schultz.**

Karl Bachmann. Joseph Giampietro.
Guido Thielscher. Alfred Schmasow.
Leopold Wolf. Ludwig Wolf.
Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.

UNA PARK

Vorletzter Tag!
Heute, Sonnabend:
Elite-Tag
mit **Riesen-
Pracht-Feuwerk.**

Wer hat meine Nummer?
Preiswettwachen! 10 Preise!
1 Preis: Herren- und Damenpreis,
gestiftet
von der Zigarettenfabrik
Manoli.
Feenhafte Parkbeleuchtung!

ZOOLOG

ischer Garten

Täglich:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar.: 1 M. v. d. Straße, 0,50 v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Neu! **AQUARIUM** Neu!
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Voigt-Theater

Badstraße 38.
Morgen,
Sonntag, den 14. September 1913:
Der Mann im Monde
Reifenöffnung 6 Uhr. Anf. 7 Uhr.

Passage-Panoptikum

**Der Mann
mit der
eisernen Faust**
d. größt. Kraftphän. aller Zeiten
lebend zu sehen!
**Die Offenbarungen der
Traummalerin**
Frau Assmann.
d. Aufseh. d. wissensch. Kreise.
AGA die schwed. Jungfrau.
**Buddha die geheimnisvolle
Tafel.**
Alles ohne Extra-Entree!

Folies Caprice.

Anfang
8 1/2 Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Morgen nachm.
3 Uhr:
**Familien-
Vorstg.** zu er-
mäßigter Preisent
Vog. 1 1/2 M. Balkon
75 Pf. Entree (um
die Vorkasse zu sparen) 30 Pf.
Herrl. Progr. Auftr. sämtl. Herren!

Zirkus

Albert Schumann.

Eröffnungs-Vorstellung

Mittwoch, den 17. September
Abends 8 Uhr

Vorverkauf ab 13. September an der Zirkuskasse, bei
A. Wertheim und Invalidendank

Berliner Schweiz

Morgen: **Schlachtfest.**
Abfahrt von der Reederei Nobling, Zannowbrücke
vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 1/2 Uhr.

Volkstheater Neukölln

Hermannstraße 20.
Sonntag, 14. September:
Stein unter Steinen. Schauspiel
in 4 Akten von Herrn Sudermann.
Montag, 15. September:
Im Café Noblesse.
Episodenkomödie
in 3 Akten von Karl Schiller.

Zirkus-Tunnel

im Zirkus Schumann, Karistraße.
Wieder eröffnet.

Glänzendes Programm.
25 Mann Hauskapelle.
Jeden Sonnabend: **BALL.**
Wochentags 30 Pf., Sonnabend
mit Tanz 30 Pf.
Sonntags statt 50 Pf. nur 35 Pf.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Berl. Vossenschlager:
**„Der Aktien-Tenor oder
Caruso auf Telling“.**

City-Park

Am Bahnhof Friedrichstraße.
Größt. Volksschau Berlins
50 Schaugeschäfte 50
Röhns Gr. Hippodrom-Noblesse
und 10 Ultraaktionen.
Geöffnet: täglich nachm. 4 Uhr
Sonn- und Feiertage nachm. 3 Uhr
bis 11 Uhr abends.
Eintritt frei.

Admiralspalast

Eins. Eispalast der Welt
mit prunkvollen Eisballetten.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich Flirt in St. Moritz.
Beginn d. Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Berliner Prater-Theater

7-9 Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Johanniszauber.
Oper-Comedie in 3 Akt. v. B. Seride.
Musik von M. Schmidt.
Erstklass. Spezialitäten. Konzerte.
Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Zirkus

Albert Schumann.

Eröffnungs-Vorstellung

Mittwoch, den 17. September
Abends 8 Uhr

Vorverkauf ab 13. September an der Zirkuskasse, bei
A. Wertheim und Invalidendank

Berliner Schweiz

Morgen: **Schlachtfest.**
Abfahrt von der Reederei Nobling, Zannowbrücke
vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 1/2 Uhr.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: Weib' dem, der lügt!
Morg. nachm. 3 Uhr: Die Allwörter.
abends 8 1/2 Uhr: Die falsche Hohlt.

Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Liebesonkel.
Morg. 3 Uhr: Weib' dem, der lügt.

Zirkus Busch

Heute Sonnabend, den 13. September 1913,
abends 8 Uhr:

Gala-Eröffnungs-Vorstellung!

mit dem für Berlin in allen Teilen ::
vollständig neuen Programm!

Besonders **Das Mirakel,** ein artistisches
hervorzuheben: **Das Mirakel,** ein artistisches
Rätsel.
(Das bei dieser Produktion von dem Artisten gebrauchte
Fahrrad steht dem Publikum jederzeit zwecks genauer Unter-
suchung zur Verfügung.)
Ferner: Kapt. Wall: „Im Rachen des Alligators“.
Neue Dressuren! Neue Clowns! Neue Schulkreierei!
sowie die glänzenden Spezialitäten.

Voranzeige! Morgen Sonntag, den 14. September 1913:
2 große Vorstellungen!
nachmittags 8 1/2 Uhr. abends 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
die vollständige Wiederholung des großen Eröffnungs-Programms.
Nachmittags 8 1/2 Uhr:
Spezial-Kinder-Vorstellung.
Zum Schluss:
Die pantomimische Burleske: „Der lustige Dorfbarbiere“.
Nachmittags zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen
Sitzplätzen halbe Preise.

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus**

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Heute Eröffnung!! Großes Doppel-Konzert.

Berliner Konzertthaus-Orchester! Leitung: Komponist
Frz. v. Blon und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Musikkorps des 2. Niederöchl. Feld-Artillerie-Regiments No. 41 aus Glogau.
Leitung: Oberm. W. Saarz.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Großes Doppel-Konzert.** Anfang 4 Uhr.

Nible's Festsäle

Berm.: **Georg Rapp**
Dennewitzstraße 13. — Fernsprecher: Kurfürst 2994.
Heute Sonnabend, den 13. September, 1/8 Uhr:
Gr. humoristischer Lichtbildervortrag

Max und Moritz von Will. Busch.
Gesellige Unterhaltung und Tanz.
Eintritt 20 Pf., Kinder 10 Pf. an der Kasse.
Jeden Donnerstag und Sonntag: **Großer Ball.**
— Vereinslokal des Arbeiter-Abfahrter-Bundes „Goldbach“.
Die Säle sind noch für Sonnabend, 15. und 29. Novbr. 1913!

Brauerei Friedrichshain

Am Königstor. Dir.: Ernst Liebing.
Dienstag, den 16. September: **Volk-Konzert**
Blüthner-Orchester (60 Künstler)
Dirigent **Guido von Fuels**
und der **Königlichen Elisabeth Böhm van Enderl**
Kammersängerin
Anfang 8 1/2 Uhr. Abendkasse 1 M.
Billetts im Vorverkauf 30 Pf. sind bei den „Vorwärts“-
Spezialreklamations, Uckerstr. 174, und Zucht, Zimmernellstr.
straße 12, zu haben.

Reederei Kahnt & Hertzner Fernsprecher:
Königst. 2002.
Ab Waisenbrücke
Morgen Sonntag-Extrafahrt mit Musik
zum
nach Sporthaus **Ziegenhals** Schlachtfest.
Abfahrt 10 Uhr vorm. Hin u. zurück 70 Pf., Kinder 35 Pf.

Vorort-Nachrichten.

Reutkolln.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion folgenden Antrag gestellt:

Um die in ständigem Wachstum hervortretende Arbeitslosigkeit und dem sich daraus ergebenden Notstande der Arbeiter nach Möglichkeit zu steuern, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat:

- a) die bereits beschlossenen und noch nicht zur Ausführung gelangten Arbeiten im Hoch- und Tiefbau schleunigst in Angriff zu nehmen,
b) für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsnachweises für das Gebiet Groß-Berlins an maßgebender Stelle einzutreten und
c) der Einführung der Arbeitslosenversicherung jede mögliche Unterstützung angebotlich zu lassen,
d) für eine kommunale Arbeitslosenfürsorge Mittel bereitzustellen und der Stadtverordnetenversammlung schleunigst eine Vorlage zu unterbreiten.

Die Kommission zur Bekämpfung der Lebensmittelsteuerung hat in ihrer Sitzung beschlossen, den städtischen Seefischverkauf zum Oktober wieder einzurichten. Die Verkaufsstellen werden noch bestimmt.

Grundsätzlich wurde der Beschluß gefaßt, auch in diesem Winter wieder russisches Fleisch zu billigen Preisen zu beschaffen. Es liegt bis jetzt schon ein Angebot vor, wonach der Bezug in qualitativer Hinsicht viel vorteilhafter sein wird wie im Vorjahre. Auch ist nach dem Angebot der Einkaufspreis wesentlich günstiger, wie es früher der Fall war.

Schwierigkeiten dürfte noch die Regelung des Vertriebs an das konsumierende Publikum bereiten. Die Erfahrungen, die bisher mit dem Verkauf durch die Ladenschlächter gemacht wurden, ermutigen nicht, diesen Weg weiter zu beschreiten. Im Interesse der Bevölkerung muß ein entsprechender Weg gefunden werden. Es steht aber zu erwarten, daß die Schlächterinnung mit Hochdruck arbeiten wird, um den Verkauf an sich zu bringen, um dann zu verfahren, wie im Vorjahre.

Stadtverordneten-Erkwahl.

Bei der gestern vorgenommenen Stadtverordneten-Erkwahl wurden von im ganzen 1675 Stimmen 1016 Stimmberechtigten abgegeben. Davon erhielt der sozialdemokratische Kandidat Feilich 426 Stimmen, der Kandidat der vereinigten Bürgerlichen, Rosenow 590 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt.

Lichtenberg.

Eine Provokation! Das innige Verhältnis der Grundbesitzer-Majorität zum Magistrat soll anscheinend nicht gestört werden. Das geht daraus hervor, daß die Wählerliste zur Stadtverordnetenwahl wieder nach Grundlagen aufgestellt ist, die den gesetzlichen Bestimmungen hohnsprechen, von denen aber der Herr Rechtsanwalt und Stadtverordnete Schachtel unter Verfall der nur noch knapp zustande gekommenen Majorität sagte: „Ja, die Gerichte könnten sich ja doch einmal auch auf unseren Standpunkt stellen!“

Wieder ist der Eisenbahnstaus, die Friedrichsberger Bank als eingetragene Genossenschaft usw. in die Wählerliste aufgenommen und damit sind Hunderte von Wählern der zweiten Abteilung in die dritte Wählerklasse gedrängt; das an sich lächerliche Wahlrecht ist damit wieder erheblich verschlechtert. Kann man denn die Verhöhnung der Wähler noch weiter treiben? Gewiß! Noch schwebt die Klage unserer Parteigenossen gegen die Gültigkeit der Wählerlisten im Vorjahre vor den Verwaltungsgerichten. Bei dem Schneeeingang, mit dem solche Klagen ihre Erledigung finden, können aber noch Monate und Jahre vergehen. Aber alle Gesetzesausleger sind der Auffassung, daß der Staus nicht Aufnahme in die Wählerliste finden kann. Nacht nichts; der Magistrat fühlt sich als Sachwalter der hart um ihre Majorität bedrohten Grundbesitzerfraktion und hofft mit ihr auf einen Zufall! Auch eine Einschätzung der Gerichte, die sich hören lassen kann.

Die ungesetzliche Wählerliste liegt vom Montag, den 15. September, bis 30. September an den Wochentagen von 8 bis 3 Uhr und an den Sonntagen von 9 bis 12 Uhr im Stadthaus, Türschmidtstraße, zur Einsicht aus. Jeder Wähler hat die Pflicht, die Liste einzusehen und — Protest gegen diese ungesetzliche Aufstellung zu erheben. Der Magistrat will anscheinend den Konflikt mit der Mehrheit der Wähler. Die richtige Antwort wird die entsprechende Einwohnererschaft schon finden.

Zunächst überzeuge sich jeder, ob sein Name eingetragen ist.

Biesdorf.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung war, wie fast alle Sitzungen des letzten Jahres, Vertragsabschlüssen gewidmet. Ein Vertrag wurde mit dem Rittergut Biesdorf zum Abbruch gebracht. Es handelt sich hierbei um das Geländedreieck zwischen der neuen und alten Marzahnner Straße. Das Rittergut Biesdorf überläßt der Gemeinde dieses Dreieck zwecks Anlegung eines Wasserlammelbeckens.

Die Gemeinde übereignet dafür bei Aufhebung des alten Marzahnner Weges diesen an das Rittergut. Ein bedeutenderer Vertrag war der, wonach der Stadt Berlin die Erlaubnis erteilt werden sollte, in der Köpenicker Straße ein Wasserdruckrohr zu verlegen. Dieser Vertrag beschäftigte in mehreren hintereinander folgenden Sitzungen auch die Stadt- und Rechnungs-Kommission, der auch der Vertreter der Arbeiterfraktion angehört. Der Vertrag wurde nach mehreren Abänderungsvorschlägen unserer Genossen dahin angenommen, daß die Stadt Berlin als einmalige Entschädigung 22 000 M. und für jedes laufende Meter 90 Pf. Anerkennungsgeld zahlen soll, was eine jährliche Einnahme von 3000 M. für die Gemeinde bedeutet. Es ist dies der vierte Vertrag, die insgesamt der Gemeinde in den letzten drei Jahren die Summe von 100 000 M. eingebracht haben. Als besonderen Punkt der Tagesordnung behandelte Gemeindevertreter Müller die Mißstände in der hiesigen Volksschule. Bedauerlicherweise wurde er durch die Einwohner in seinem Vorhaben nicht unterstützt. Man mußte erwarten, daß wenigstens einzelne Einwohner Interesse an der Sache gehabt hätten. Es wurde eine Untersuchung des Schulvorstandes angefragt. Der Schulvorstand erwartet von der gewählten Kommission, daß dieselbe vorhandenes Material zu einer am Freitag stattfindenden Sitzung vorlegen wird.

Pantow.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich am Dienstag erneut als Amisaudschuß mit der in letzter Sitzung zur nochmaligen Nachprüfung an die Finanzkommission verwiesenen Polizeiverordnung für das öffentliche Fuhrgewerbe für den Amtsbezirk Berlin-Pantow. Im Mißverhältnis zwischen Fuhrern und Fahrgästen vorzubeugen, ist von unseren Genossen in der Kommission versucht worden, diese Polizeiverordnung nach Möglichkeit mit der für Berlin geltenden in Einklang zu bringen. Es sind denn auch eine Reihe von Bestimmungen in diesem Sinne geändert worden, doch kann von wirklich gleichartigen Fahrverhältnissen mit Berlin, wie Genosse Kubig an einer Reihe von Beispielen nachwies, nach Einführung der Polizeiverordnung nicht gut die Rede sein. Nach längerer Debatte wurde schließlich den in der Kommission vorgenommenen Abänderungen zugestimmt. Außerdem wurden noch die Pantower Nachbarorte Französisch-Buchholz und Schönholz sowie Steglitz in die billigere Fahrzone einbezogen, im übrigen jedoch die Tarverhältnisse Berlins in die Verordnung aufgenommen und letzterer wurde dann einstimmig zugestimmt. — In der nun folgenden Gemeindevertreter-Sitzung genehmigte die Vertretung einen Antrag zur Kanalgebührenordnung. Derselbe bestimmt, daß neu errichtete Gebäude nicht wie bisher erst im nach der Fertigstellung folgenden Steuerjahr zu den Gebühren herangezogen werden, sondern daß letztere bereits nach erfolgter Gebrauchsabnahme fällig werden. Des weiteren wird bestimmt, daß die von der Gebäudesteuer betroffenen, bisher auch von den Kanalgebühren freigebliebenen staatlichen, kirchlichen und Gebäude in Zukunft nach Maßgabe des vom Gemeindevorstand festzusetzenden Nutzungswertes zu den Kanalgebühren herangezogen werden. — Bekanntlich hatte die Vertretung im vorigen Jahre die Erhebung von Fremdenzuschlag für Gemeindefürsorge von Reichs- und Ausländern beschlossen. Obwohl nun dieses Schulgeld, wie der Bürgermeister berichtete, „überraschend gut eingegangen“ sein soll, hat man sich angeichts der Tatsache, daß es sich vorwiegend um minderbemittelte Eltern handelt, dennoch dazu entschlossen, Erleichterungen bei der Erhebung dieses Fremdenzuschlages einzuführen. Es soll analog wie an den höheren Schulen das Schulgeld für die ersten zwei Kinder voll, für das dritte nicht und für die weiteren Kinder einer Familie nur zur Hälfte erhoben werden. Die Vertretung stimmte der Maßnahme einstimmig zu. — Die Feststellung der Baurechnung für den Wasserwerksneubau ergab eine Ueberschreitung der Bausumme von 133 704 M., was in Anbetracht der Gesamtbaukosten des Werkes von 2 700 704 M. von der mit der Prüfung der Rechnung betrauten Kommission als geringfügig bezeichnet wurde. Die Ueberschreitung fällt um so weniger ins Gewicht, als dieselbe zum erheblichen Teil für Werte erfolgte, die schon für eine eventuelle Erweiterung des Werkes geschaffen worden sind. Die im Anschluß hieran vorgenommene Feststellung der Baurechnung für die Schulbauten in der Görtschstraße schließt mit einer Ueberschreitung der Bausumme von 88 958 M. ab. Auch diese ist angeichts der Gesamtkosten der Bauten von 2 314 958 M. nur unerheblich zu nennen, zumal darin noch eine für eine weitere Turnhalle reservierte Summe von 50 000 M. enthalten ist. Gemeindevorstand Meißner nahm bei dieser Gelegenheit Veranlassung, die in der Öffentlichkeit, namentlich in hiesigen Grundbesitzkreisen gegen ihn erhobenen Vorwürfe wegen zu luxuriöser Ausführung dieser Schulbauten zurückzuweisen. An der Hand eines reichen statistischen Materials wies er nach, daß Pantow im Verhältnis zu den meisten Gemeinden Groß-Berlins und weiter auch Deutschlands nicht nur preiswert, sondern auch wesentlich billiger gebaut hat. Die der Vertretung angehörenden, im Grundbesitzerverein gegen den Gemeindevorstand Meißner sonst so streitbaren Herrschaften hielten sich merkwürdigerweise in Schweigen. Die Ueberschreitungen sowohl beim Wasserwerksbau wie bei den Schulbauten wurden einstimmig bewilligt. — Eine Anzahl kleinerer Beratungsgegenstände entbehrten weiteren Interesses. — Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Zegel.

Die Bürgermeisterwahl. Unterhalb Jahre sind seit der Ew-pendierung des Herrn Weigert verfloßen, und während dieser Zeit ist unser Gemeinwesen wahrlich nicht sonderlich gefördert worden,

wie die Verhandlungen der Gemeindevertretung jedem, der sie unbbeeinflusst von Sonderinteressen beobachtet, mit Deutlichkeit gezeigt haben. Der Anlauf des Vorhiesigen Gastwerkes ist die einzige größere Sache, die in diese Zeit fiel, und verschiedene Projekte, die Herr Weigert begonnen, mußten auf die bekannte „lange Bank“ geschoben werden, weil für Tegels Expansionspolitik leider die nötigen Mittel fehlten. Nicht unerwähnt bleiben darf die der Gemeinde so teure Bodenspekulation jenseits der Staatsbahn, die jetzt langsam durch Gemeindeforderungen realisiert zu werden scheint, sowie der so kostspielige Bau der Humboldt-Oberrealschule und die Anlage des Hafens am Tegeler See. Dann erfolgte der Sturz dieses talentvollen Mannes und seine der Gemeinde so kostspielige Zwangspensionierung.

Am Donnerstag hat nun endlich die Wahl eines neuen Bürgermeisters stattgefunden. Die Stelle war ausgeschrieben worden und es hatten sich 176 Bewerber gefunden, von denen aber nur vier in die engere Wahl kamen: die Herren Stadtrat Stritte-Spandau, Beigeordneter Riese-Treptow, Dr. Vochs-Bittenberge und Debel-Niel. Zur Wahl war die Vertretung voll besetzt bis auf ein fehlendes Mitglied und drei zurzeit erledigte Mandate (Wittenberg, Wistuba, Schenk und Schiffe Nieder). Herr Stritte-Spandau erhielt elf, Herr Riese-Treptow vier Stimmen, die anderen beiden Herren fielen aus, so daß Herr Stritte nunmehr zum Tegeler Bürgermeister auf 12 Jahre gewählt ist, vorbehaltlich der nötigen obrigkeitlichen Bestätigung. Der Senior der Vertretung, der alte Herr Gutfeld, feierte den neuen Herrn, wie er auch seinen Freund Weigert immer noch gern bei passender und unpassender Gelegenheit feiert, und erwartete von ihm alles Gute für die vertauete Gemeinde. Die Anhänger Weigerts machten einen recht deprimierten Eindruck, wahrscheinlich hätten sie lieber einen anderen Kandidaten als Sieger gesehen. Die Wahl war geheim, so daß die zahlreich erschienenen Zuhörer vergeblich gekommen waren. Sie quittierten draußen das Resultat mit einem: Gott sei Dank. Endlich wieder einen Bürgermeister!

Zeltow.

Ein tödlicher Betriebsunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 8 Uhr in der hiesigen Filiale der Elberfelder Papierfabrik. Dort geriet der zwanzig Jahre alte Arbeiter Makowial aus der Lichtenfelder Str. 21 mit dem Hochstuhl in den Treibriemen einer Papiermaschine. Er wurde erfasst und mit dem Kopf zwischen Zylinder und Filz dieser Maschine gepreßt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle Zehlendorfer Schönower gebracht.

Wie uns berichtet wird, sollen in letzter Zeit in diesem Betrieb des öfteren Unfälle vorgekommen sein.

Friedrichsfelde.

Die letzte Mitgliederversammlung konnte leider das auf die Tagesordnung gesetzte Referat über den politischen Massenstreik nicht entgegennehmen, weil kein Referent zu bekommen war. Dieselbe besaß sich dann mit der Neuordnung der Landagitation im Kreise. Der Kreis übernimmt in Zukunft die Arbeiten der Landagitation und bestreitet die Kosten derselben. Die in den einzelnen Bezirken vorhandenen Kommissionen bleiben bestehen, sie sind der Leitung des Kreises unterstellt. Es soll dadurch eine Mehrbelastung einzelner Bezirke vermieden und eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeiten herbeigeführt werden. Der Vorschlag des Kreisvorstandes, der er-

Möbel Rossien Kastanien-Allee 57 Engros-Lager Berliner Tischler- und Tapezierer-Meister Verkauf direkt an das Privat-Publikum. Spezial-Einrichtungen: 1 Zimmer u. Küche 190, 2 Zimmer u. Küche 270, 12 Speise-Zimmer 690, 7 Schlafzimmer 400.

Schuhhaus Neptun Invalidenstr. 155 zwischen Acker- und Brunnenstr. Sonnabend, d. 13. September, vorm. 9 Uhr: Eröffnung! Einheits-Preis: Für Damen- u. Herren-Stiefel Berg-Stiefel und Promenaden-Schuhe Jedes Paar ohne Ausnahme 50 Jedes Paar ein paar elegante Hausschuhe gratis

höhen Kosten wegen die Abführung der 65 Proz. auf 70 Proz. zu erhöhen, wurde angenommen.

Die Unkosten der letzten Landtagswahlen haben eine Höhe erreicht, daß sich der Kreisvorstand genötigt sah, einen Extrabeitrag von den Bezirken zu fordern. Die Genossen Schwent und Walzmann befragten diese Maßnahme. Die Versammlung beschloß, einen Beitrag von 50 M. an den Kreis abzuführen. Aus Anlaß des neuerdings ins Leben gerufenen Weisefonds betonte Genosse Freytag, er habe nichts gegen eine Unterstützung der Jugend, nur hätte ein solcher Fonds unter irgendeinem anderen Namen geschaffen werden sollen, sei doch Weibel selbst gegen jeden Personenkultus scharf zu Felde gezogen. Eine vom Redner der Versammlung in diesem Sinne unterbreitete längere Resolution gelangte, nachdem sich mehrere Genossen hierzu in gleicher Weise geäußert hatten, einstimmig zur Annahme. Am Schluß der Resolution wurde auch in abfädelnder Weise der mehr und mehr sich einbürgernden Sitte Erwähnung getan, wonach hervorragende Parteigenossen und Genossen es dulden, daß Postkarten mit ihren Bildnissen in den Handel gebracht werden. Dadurch würde die Sache des Sozialismus herabgewürdigt. Ueber den kommenden Parteitag referierte der Delegierte, Genosse Lehmann in längeren Ausführungen über die dort zu erledigenden Aufgaben. Die vom Bildungsausschuß veranstalteten Jugendchriften-Ausstellungen fanden die Zustimmung der Versammlung, eine solche wird am 16. November im Orte abgehalten. In einer am 28. September stattfindenden öffentlichen Versammlung bei Bürger wird Genosse Landtagsabgeordneter Konrad Haenisch über die kommenden Kämpfe referieren. Es soll für diese Versammlung schon jetzt agitiert werden, zumal auch dringende Gemeindeangelegenheiten zur Sprache gebracht werden sollen.

Neuenhagen (Ostbahn).

Aus der Gemeindevertretung. Da sich sämtliche umliegenden Gemeinden für den Anschluß an das Kreiswasserwerk erklärt haben, soll auch in unserem Ort jetzt Stimmung dafür vorhanden sein. Im Beisein des Herrn Kreisbaurats Mierau wurde in der außerordentlichen Sitzung am Mittwoch nochmals diese Angelegenheit behandelt. Schon am Sonntag, den 31. August, fand eine unverbundene Besprechung zwischen dem Gemeindevorsteher, den Vorständen der Grundbesitzervereine und der Vertretung statt, an welcher unsere Vertreter leider nicht teilnehmen konnten. So ist wohl der plötzliche Umkehrung zu erklären. Darum legte Genosse Höller in der Sitzung unsere Stellung zu dieser ganzen Angelegenheit klar. Er und seine Freunde hielten nach wie vor an der Meinung fest, daß die Einrichtung der Wasserleitung in kürzester Zeit die Erbauung der Kanalisation in Erwägung ziehen müsse. Der Kreis gehe an die Erbauung der Gewinn abwerfenden Wasserleitung, unbelämmert darum, wo die Gemeinden nachher mit den in erhöhtem Maße steigenden Abwassern bleiben sollen. Trotzdem scheint die Mehrheit für einen Anschluß an das Kreiswasserwerk zu sein. Es wurde kein bindender Beschluß gefaßt, sondern der Antrag Höller wurde angenommen, wonach am Sonntag, also heute abend, eine öffentliche Versammlung stattfinden soll. Dort soll die Sache nochmals behandelt werden, um eventuell später mit dem Kreis weiter zu verhandeln. Diese Versammlung am Sonntag findet bei Volter, am Vahnhof, statt; trotzdem uns dieses Lokal nicht zur Verfügung steht, erlauben wir doch, recht zahlreich zu erscheinen. — Der eventuelle Anschluß an das Kreiswasserwerk unter Beteiligung eines Stammkapitals von 40 000 M. scheint gesichert zu sein. — Gegen Zahlung einer An-

erkennungsgeld ist es widerruflich auf Antrag gestattet, die Kosten der elektrischen Leitung zur Anbringung von Namenschildern zu bemessen.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Die arbeitende Jugend gibt am Sonntag, den 14. September, dem so früh aus dem Leben gerissenen Kollegen **Fritz Engel** das letzte Geleit. — Die Beerdigung findet um 2 1/2 Uhr von der Reichenhalle des Mariendorfer Kirchhofes (Friedenstraße) aus statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Treptow-Baumhulsenweg. Am Sonntag, den 14. September, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Jugendauschuß im Restaurant von Krause in Baumhulsenweg, Parienthaler Ecke Kiehlstraße, einen Familienabend. Das Programm, bestehend in Konzert, Rezitationen, Gesang usw. verspricht einen genussreichen Abend. Der Eintritt ist frei.

Die Arbeiterkassen sind mit ihren Söhnen und Töchtern freundlich eingeladen.

Hilbershof. Heute Sonntagabend, abends 8 Uhr, beginnt im Saale des Herrn Flege, Börsenstr. 10, der Lichtbilder-Vortrag über Bergbau und Hüttenwesen. Eintritt frei. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Jugendauschuß.

Waldmannslust. Sonntag, den 14. September: Jugendspiele. Treffpunkt 9 Uhr früh, Schweizerhaus.

Eingegangene Druckschriften.

Der Reform. Nr. 30. Allgemeine Wochenzeitung. Herausgeber Dr. S. Donath. 20 H. Selbstverlag. Schönberg, Hauptstr. 135.

9. Freitags Automobil- und Radfahrertage. Amsterdam. 1.70 M. 9. Freitag u. Samstag. Wien 7.

Jahresbericht der Arbeiter-Union Zürich. 1. Januar bis 31. Dezember 1912. 111 S. Selbstverlag. Zürich.



Jetzt
Weinbergsweg 1
direkt am
Rosenthaler Platz
befindet sich mein neues
Geschäftshaus.

Beachten Sie gefälligst
die gelben Firmenschilder!

W. Frese ältestes Kredithaus für
Möbel und Bekleidung

Kulant! — Reell! — Billig!

Jeder Käufer erhält ein praktisches Geschenk.

**Wanderer!
Touristen!**
Wir empfehlen:
Straube-Karten
der Umgegend v. Berlin
88 Qu.-Meilen u. Berlin 1: 120000
0,50 u. 1,— M.
132 " " " " 1: 30000
1,— u. 1,50 M.
500 " " " " 1: 30000
1,— u. 1,50 M.

Straube-Spezialkarten
von
Bernau-Biesenthal, Buckow, Eberswalde-Chorin, Freienwalde u. Umg., Müritz-See, Oberspreewald, Oranienburg u. Umg., Potsdam, Rheinsberg, Rüdersdorf, Spandau-Tegel, Spreewald, Strausberg-Blumental u. a.
Straubes Märkisches Wanderbuch
(Ausflüge in die Mark Brandenburg) 76 Karten. 4 Teile
komplett im Karton 3 M.
einzeln bezogen pro Band 1 M.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).



Zur Einsegnung!

Ein Riesenslager
Einsegnungs-Anzüge
in jeder Preislage sowie feinere
Herren- und Knaben-Garderobe

können Sie bei mir ohne Kaufzwang besichtigen
Mein Verkaufs-System schützt
jeden Käufer vor Uebervorteilung
Jeder Gegenstand trägt auf dem Etikett den deutlich lesbaren billigsten, aber streng festen Preis.
Bei mir gibt es kein Vorschlagen, kein Abhandeln.

Heinrich Ferester
Gegründet 1888 nur Reinickendorfer Str. 8 Gegründet 1888
am Weddingplatz, gegenüber der Dankeskirche, neben der Markthalle.
Lieferant der Rabatt-Genossenschaft (brauns Markon).

Zum Umzug
Möbel
auf Kredit!

Möbelkauf ist Vertrauenssache, daher beim Einkauf von Möbeln vorsichtig. Ich leiste für jedes Stück langjährige Garantie. Niemand versäume daher, bei mir einen Versuch zu machen.

Kleine Einrichtung
Anzahlung 10 Mark 100—150 M.
Wöchentl. Abzahlung

Mittel-Einrichtung
Anzahlung 15—20 M. 150—200 M.
Wöchentl. Abzahlung

Bessere Einrichtung
Anzahlung 25—30 M. 250—300 M.
Wöchentl. Abzahlung

Ein Besuch ist lohnend.
S. Gottlieb Ältestes Kredithaus
nur Rosenthaler Straße 54 I.

Jeder Käufer erhält ein praktisches Geschenk.

Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58
2. Geschäft: 109 Grüner Weg 109
Bitte, genau auf meine Hausnummern zu achten!

Möbel auf Kredit!

Sie erhalten bei mir:

Stube und Küche
und zwar von 15 Mark Anzahlung an
2 Bettstellen 1 Küchenbank
1 Kleiderschrank 1 Küchenschrank
1 Spiegel 1 Küchensink
1 Spiegel 1 Küchensink
1 Tisch, 2 Stühle 1 Küchenschrank
Wochenrate 1.50 M. an

2 Stuben und Küche
und zwar von 35 Mark Anzahlung an
2 Bettstellen 1 Trümpf
2 Matratzen 1 Sofa, 1 Tisch
1 Kleiderschrank 4 Stühle und
1 Wäschespind 1 feine Küche
Wochenrate 2—3 M. an

Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- u. Wohnzimmer
in jeder gewünschten Art
von 40 Mark Anzahlung an

Einzelne Möbelstücke
Anzahlung 5 Mark an, Wochenrate 1 Mark
Lieferung nach allen Plätzen Deutschlands!
Ausrechnen! Mitbringen! Wert 5 Mark!

Größte Rücksicht bei Krankheit u. Arbeitslosigkeit

Sonntag 8—10 geöffnet

Zum
Umzug
enorm billig!
Gardinen
Portieren
Teppiche

in bekannt guten Qualitäten:

Künstler-Gardinen
herrliche Neuheit 13⁵⁰ 9²⁵ 5⁵⁰

Tüll-Stores in weiß, creme und elfenb. 6⁵⁰ 4⁷⁵ 3²⁵

Erbstüll-Stores mit elegant. Volant 12⁷⁵ 8²⁵ 5⁵⁰

Kochel-Portieren reich gest. 11⁵⁰ 8⁷⁵ 6²⁵

Plüsch-Portieren in allen Farben 15⁵⁰ 9⁷⁵ 8⁵⁰

Große Partieposten
in
Teppichen, Tischdecken,
Bettdecken weit unter
Preis.
Eig. Steppdecken-Fabrikation.

Teppichhaus
Georg Lange Nachf.

Chaussee-Str. 73/74.
Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Kredithaus „Frankfurter Tor“
vormals J. Ostrowski
Nr. 1 Große Frankfurter Straße Nr. 1
(Bitte genau auf meine Hausnummer zu achten.)

Möbel auf Kredit

Stube und Küche
2 Bettstellen
1 Kleiderschrank
1 Spiegel
1 Spiegelspind
1 Tisch, 2 Stühle
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchenstuhl
1 Küchenrahmen
von 15 M. Anzahlung an
Wochenrate 1.50 Mark an

2 Stuben und Küche
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Wascheilette
1 Kleiderschrank
1 Wäschespind
1 Trümpf
1 Sofa, 1 Tisch
4 Stühle und
1 farbige Küche
von 35 M. Anzahlung an
Wochenrate 2—3 Mark an

Moderne Schlaf-, Wohn-, Speisezimmer von 40 Mark Anzahlung an.
Moderne farbige Küchen, einzelne Möbel von 5 Mark Anzahlung an.

Für Lieferung nur guter, gediegener Möbel, für größte Kulanz und Rücksicht bürgt mein seit 26 Jahren bestehendes Geschäft.
Abzahlung wöchentlich, monatlich resp. nach Uebereinkunft.

Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.

Sonntags 8—10 geöffnet.

Der neue Band
der
Vorwärts-Bibliothek:
Der Morgen grant.

Erzählungen aus dem Proletarierleben
von M. Andersen Nexö.
Preis gut gebunden 1 Mark.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69, Laden
Auch durch alle „Vorwärts“-ausgabestellen zu beziehen.

Reklame-
Marken
Reklame-
Album

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseestrasse 70-71

Reklame-
Marken
Reklame-
Album

Besonders preiswerte Angebote

Damen- Konfektion

Moderne gestreifte Cutaway-Röcke	3.45	5.45	6.95
Kostüm-Röcke aus reinwollenem Cheviot, in Marine und Schwarz		5.95	
Moderne Ulster in geschmackvollen Farben, guter Sitz		13.50	
Eleganter Ulster offen und geschlossen zu tragen		15.50	
Aparte Tüll-Bluse mit schweren breiten Spachtel-Einsätzen, auf Tüllfutter	6.50		
Elegante Tüll-Bluse auf Tüllfutter	2.95	3.95	

Grosse Auswahl in Einsegnungs- u Prüfungs-Kleidern. Spezial-Abteilung für Trauer-Konfektion.

Herbst- u. Winter- Kleiderstoffe

Kostüm-Stoffe in mod.Cottolè-, Diagonal- u Noppen-Geweb., reine Wolle, ca. 130cmbr. Mtr.	3.25	4.25	5.50
Kostüm-Stoffe englischer Art, in Halb- und reiner Wolle, ca. 110 und 130 cm breit, Meter	1.25	1.95	2.25
Moderne Rokstreifen u. Karos in Halb- u reiner Wolle, ca. 130 cm br., Mtr.	2.95	3.50	4.50
Moderne Phantasie-Gewebe in Seide u Wolle. aparte Farben u. Muster, Mtr.	3.25	4.50	5.50
Popeline-, Serge- u. Natté-Gewebe einfarbig, in nur modernen Farben, reine Wolle, 90-110 cm breit	95 Pf.	1.75	2.25

Samt und Seidenstoffe

Messaline reine Seide, in feinen Streifen	Meter	95 Pf.
Reinseidene blaugrüne Schotten mit Atlasstreifen	Meter	1.45
Paillette weiche Qualität, reine Seide, in modernen blau-grünen Schotten und Streifen	Meter	1.95
Brokat-Samte „Die grosse Mode“ für Blusen und Kleider in den neuesten Farben	Meter	2.95
Lindener Köper-Velvet floriest	Meter	1.95 2.45

Damen-Hüte

Längliche kleine Gamin-Form in verschiedenen modernen Farben		2.45
Kleine elegante Form zwelfarbig		2.65
Schwarze Gamin-Form Imittfert Velours		3.75
Turban aus Velvet mit fescher hochstehender Garnitur	3.95	4.95
Kleine seitlich aufgeschlagene Samt-Form mit welchem Kopf-, Band u. Phantasie-Garnitur		6.95

Schuhwaren

Damen-Schnür- und Knopfstiefel echt Chevreau und Boxcalf, Lackkappe in schöner Ausführung, Goodyear-Weit	12.50	10.50
Herren prima Rindbox-Agraffen-Stiefel Derbyschnitt, mit und ohne Lackkappe	Paar	8.50
Konfirmanden-Stiefel für Mädchen in Chevreau und Boxcalf mit Lackkappe	Paar	7.50 6.75
Konfirmanden-Stiefel für Knaben in Rindbox und Roßchevreau mit Lackkappe	Paar	7.50 6.75
Damen-Hausschuhe schwarz und farbig, mit Lederabsatz	Paar	2.25

Ein Posten feine Damen-Wäsche

in Fasson- und Adelschluss-Hemden, Röcken, Beinkleidern und Nachtjacken, in vorzüglichen Stoffen, mit guten Stickereien und in bester Verarbeitung jetzt zum Aussuchen **1.95** Stück

In der Lebensmittel-Abteilung Extra-Preise

Wurst und Fleischwaren

Rotwurst	Pfund 60 Pf.	Knoblauchwurst	Pfund 1.00	Feine Leberwurst	Pfund 1.15	Spitzbeine	Pfund 25 Pf.
Zwiebelwurst	Pfund 60 Pf.	Landleberwurst	Pfund 90 Pf.	Zerelatwurst	Pfund 1.35	Ohren und Schnauzen	Pfund 35 Pf.
Berliner Mettwurst	Pfund 95 Pf.	Fleischwurst	Pfund 1.15	Rückenfett	Pfund 75 Pf.	Eisbein (Dickbein)	Pfund 75 Pf.

Lebde. Tauben Stck. 58 Pf.

Lebende junge Hühner Stück 90 Pf.

Lfd. Suppenhühner St. 1⁸⁰

Rebhühner Stück 90 Pf.

Kassler Rippespeer 98 Pf.

Obst und Gemüse

Aepfel	Pfund 10 Pf.	Birnen	Pfund 15 Pf.	Rokkohl	Kopf 10 Pf.	Weisskohl	Kopf 6 Pf.
Wirsingkohl	Kopf 6 Pf.	Pilaumen	5 Pfund 25 Pf.	Kartoffeln	10 Pfund 23 Pf.	Kürbis	Pfund 5 Pf.

Gratis-Verteilung von Kinderschuh

bis Mittwoch.

Jeder Käufer erhält beim Einkauf von 7,50 Mark an ein Paar Kinder-Hausschuhe oder ein Paar Kinder-Turnschuhe

vollständig gratis

Enorm billige Angebote:

Herren-Stiefel, alle Größen, nur moderne Formen 8,50 7,50 6,95 5,50 u.

Ein Damen-Stiefel, 6,95 Posten braun, alle Größ., mod. Form., 9,50 8,75 7,95 7,25 u.

Ein Sandalen, extra stark, Posten braun, 23/24 25/26 27/30 31/35 36/42 43/46 1,75 1,95 2,25 2,75 3,54 3,95

Ein Damen-Halbschuhe, braun u. schwarz, allerneueste mod., n. schicke Form. in Knopf u. Schnür 7,50 6,95 6,50 5,95 und

Ein Plüsch-Pantoffeln 75 Post. f. Dam. u. Herr., all. Größ., zum Selbstversuch, nur

Aufsehen

erregen die auf Extra-Tischen ausgelegten Einzelpaare, welche zu jedem annehmbaren Gebot abgegeben werden. Z. B.:

Damen-Stiefel 4,95

Mädchen-Stiefel Größe 27/30 3,95

Pantoffel 45 Pf.

Herren-Stiefel 4,95

Halbschuhe 4,95

Nur solange Vorrat! Wer zuerst kommt — mahlt zuerst!

Damen-Stiefel alle Größen mit u. ohne Lackkappe, moderne Formen 7,50 6,95 5,95 und

Ein Herren-Stiefel 6,95 Posten braun, moderne Fassons, 9,50 8,75 7,95 7,50 und

Ein Kinder-Stiefel 95 Pf. 18/22

Ein Posten Damen-Hausschuhe 1,95

Ein Posten Einsegnungs-Stiefel 4,45 36/42

Schuhhaus **Kuntze** Nachf. Berlin
nur allein **Gr. Frankfurter Str. 83**
Ecke Marsilius-Straße.

Diese Anzeige muß vorgezeigt werden.

Spezialgeschäft für Wild, Geflügel u. Fische

Otto Grimm Landshager Allee 28 nahe Brauerei Patzenh.

Bestellungen frei Haus. Fernspr. Amt Kgt. No. 90.

Empfehle in bekannter Güte:

Hiesige junge Gänse, extra zart, Pfd. 80 u. 85 Pf.

Warthebrucher Mastgänse . . . Pfd. 78-85 Pf.

Gänseklein 85 Pf. Gänserümpfe auch ge- 1, 1,10 teilte Pfd.

Keulen 75 Pf. Liesen etc. Junge Enten Stek. 3,00 3,50 etc.

Fette Suppenhühner 2,25 2,50 2,75

Brathühner, vollfleischige, junge Stek. 90, 1,10, 1,25

Frische Rebhühner zu billigsten Preisen.

Hirschfleisch Pfd. 45, 60, 85 Pf.

Leb. Flußaale 90 Pf., 1,20, 1,30. Hechte, Schleie etc.

Seefische

täglich frisch, allerbeste Qualitäten,

als ganz besonders nahrhaft und vorteilhaft zu beachten.

48 Mark

Uster od. Anzug n. Maß, 50.— Winterpaletot mit Samitr., 52.— Cut-away m. gefr. Dje, 25.— Bei 3 t o // liefer, Samelhaar-berarbeitung. Garantie tabelloser Stg.

Franz Hänke, Prenzlauer Straße 25, am Alexanderpl. — Tel. Nr. 2445.

Das Parfüm im Gebrauch ist **Gekörnte Alabaster-Seife** Dieselbe greift die Hölzle nicht an, verleiht dieselb. einen angenehmen Geruch und kostet das Pfund nur **25 Pf.** **Ferdinand Gomgowski,** Nur: Prinzen-Allee 57!

Knabenanzüge

Uster, Paletots, einzelne Hosen am preiswertesten direkt in der Fabrik **Bertha Pröstel** 50, Andrastr. 50. I. Stage. Rein Loden.



Leske & Slupecki

Schönhauser Allee 70 c, Ecke der Stargarder Straße.

Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

Konfirmanden-Prüfungs-Anzüge

Herbst-Anzüge • Herbst-Paletots.

Elegante Maßanfertigung. — Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Wanderfarten

hält stets vorrätig

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Loden)

Feste, in Zahlen gesetzliche Preise

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden

<p>Abzahlungs-Geschäfte Laser & Co. Müllerstraße 31 Möbel auf Credit</p> <p>Bandagen, Gummiwaren Robert Paalzow Nachf. Inh. W. Tewel Orthopädie und Bandagen kleid. Gummifäden, Plastikschlägen, Gummistrümpfe, Art. Krankengürtel Hauptgeschäft: Graniburgstr. 5, geg. 1809. Tel. N. 734.</p> <p>Bäckereien u. Konditoreien Zerpenschleuser Landbrot v. M. Kohler, Amt Weiß. 100 best. u. nahrhaftigst. Brot Otto Beyer, Rhinowerstr. 2. Albrecht Braun, Gleimstr. 29. Paul Brosch Adolf-Ecke Masstraße. Herrn. Ernst Kuglerstraße 4 Bäck. u. Kondit. Fritz Conrad, Danzigerstr. 8. Edmund Fiebig Stargarderstraße 55. Wilhelm Gand Zionskirch-Str. 19. Gustav Haase Anklamer Str. 48. C. Gruschow, Brüsselerstr. 5. C. Herrmann, Henningsdorferstr. 1. Alfred Hüner, Kosäckerstr. 17. Franz Kögler Stralsunder-Str. 28. Albert Mertens, Gleimstr. 14. Karl Metsch, Gleimstr. 7. Wlth. Müller Kopenhagener Straße 2. Paul Pohl, Bernauerstr. 77. Max Ransch, Dunker-Str. 7. Berthold Remus, Greltstr. 18. Aug. Sommerfeld Paratenerstr. 16. Georg Sy, Franseckstr. 37. Paul Schütz, Malplaquestr. 6. Otto Stade, Weinstr. 7.</p> <p>Beerdigungs-Institut A. S. Meyer, Treszkowstr. 21 Übern. ständ. Beerdigungsgesellschaften z. bill. Preisen. Feuerbestattung</p> <p>Bierbrauereien Berliner Bierbrauerei-Gesellschaft m. b. H. N. 1001, Zionskirchstr. 2809 Café Röder Pankow Schönholzerstr. 1, Fernspr. P74 Strauchwiese Gr. Etahl. des Nordens. Säle für Versam. u. Festl. 48 Glt. Wist. u. Sommergolf Park. N. 1001, Zionskirchstr. 2809</p> <p>Butter, Eier, Käse Kautt „Märkische Perle“ Carl Franke Nachf.</p>	<p>Betten und Bettfedern R. Müller Nachf., Schönhauser Allee 127 a, Bettfedernreinigung.</p> <p>Kakao, Schokolade K. Brachmann Badstraße 9 Madaistr. 14</p> <p>Zigarrenhdlg. Tabake O. Bleichstein, Berlin N 56, Tel. N. 9377, Brenzl. Allee 130</p> <p>Drogen und Farben Carl Morick Anklamerstr. 31 Anf. ständ. Kassenarz. Otto Behrens Veteranenstr. 15 Parfümerie, Seifen. Hans Hansen, Reichenkloster 6, Franzstr. 29. Telefon Berl. 290. Apotheker Lorych, Berlin N Kosenstr. 19, Fernspr. A. No. 2582</p> <p>Elektrische Bedarfsart. J. Zieffow Badstr. 62, elektr. Installationsgesch.</p> <p>Fleisch- und Wurstwaren A. Möbes Nachf. Fleischwaren und Wurstfabrik Berlin N 24 Oranienburgerstraße 4. C. Schnabel, Badstr. 37 Richard Krause Zionskirch-Str. 33. Bernh. Filzeck, Rykestr. 10. Otto Krause Nieder-Schönhauser Kaiser Wilhelmstr. 46. Willy Meyer, Bernauerstr. 99. Paul Schulz, Franseckstr. 47. Adolf Konrad Rheinsberger-Str. 13.</p> <p>Haus- und Küchengeräte K. Andree Bernauerstr. 75, Essellw. gut u. billig</p> <p>Herr., Dam.- u. Knab.-Gard. E. Biertümpfel Berlin-Pankow, Vineta Str. 64. Herren-Moden, ff. Maßanfert. Garantie für guten Sitz. Konstante Bedingungen. G. Laaser, Brunnenstr. 94 I. Et.</p> <p>Deutsche Bekleidungs-Co. Reichenklosterstr. 92, Ecke Schererstr. Bill. Bezugsq. für Herr., Knab., Arb.-Berufskl.</p> <p>Korbwaren Kinderwagen Kinderwagen - Schulz G. m. b. H. (A. Silbermann) Brunnenstraße 100. Metallbetten, Kinderwagen, Reparaturen.</p>	<p>Herr.-Artikel J. Ferester Reichenklosterstr. 104 Aelteste u. billigste Bezugsq. f. Hüte, Mützen, Krawatten, Wäsche, Schirme, Trikotasgen</p> <p>Kohlenhdlg. Oldenstädt's Kohlenplatz Müllerstraße 122 24. Hermann Stoll Müllerstr. 40A Bill. Tagespreise</p> <p>Kolonialwar. F. Steinmetz Nieder-Schönhauser Schöb.-Allee 31, 43.</p> <p>Möbelmagaz. Wlth. Gubbert Brunnenstr. 102 Möbelmagaz. H. Heinrich Möbeln, Polsterw. Badstr. 55 a, geg. 1987. Richard Rettig Fennestr. 44 Genossen 5% Franz Senti an der Buchholzerstr. Sladek Tischlerstr. Kopenhagener Str. 19, an Schöb. Verbiel.</p> <p>Optiker E. W. Adam, Friedrichstr. 106.</p> <p>Reißzeuge J. Zieffow Schul-Präparatensabrik, Badstraße 62.</p> <p>Schirme und Stöcke M. Albrecht Chausseestr. 109 (Sten. Vorstehh.).</p> <p>Schuhwaren Val. Cenzjak, Reichenkloster W. Nr. 10, Liebhornstr. Nr. 10. Fr. Siebeky Bürgermeisterstr. 231</p> <p>Uhren und Goldwaren Paul Unger, Treszkowstr. 19 Uhren, Reparatur, gut u. billig</p> <p>Zahnatelier Zahn-Praxis A. Hoppe Reichenklosterstraße 47 Ecke Gottschedstraße Schmerzloses Zahnziehen mit allgemeiner Betäubung Plattenlose Zähne Schönl. ständ. Krankeinst. Nigl. nur Schönhauser Allee 43. Emil Bode</p> <p>Tegel Otto Schumacher, Uhren u. Goldw. Berlinerstr. 56, Tel. 52.</p> <p>Weißensee Konfektionshaus F. Dewitz Langhausstr. 98 Müssen, Kleider, Röcke. Ed. Bruns R. Fricke- u. Wrasow Wilhelmstr. 29. Weinatz, Weine, Liköre. Küchenmöbel Heinersdorferstr. 36. Fritz Petrick Fricke- und Langhausstr. 29 Haargeschäft Karl Schmidt, Langhausstr. 50 Uhren, Goldw., Reparatur. Springer Berliner Allee 142 Feinbäckerei, Cafe Spiller, J. Franzl. Frommend. 29 Stein & Sohn Hackepeter, Berliner Allee 45 Clara Waierskötter, Nigl. Holz Kohl, Langhausstr. 146 Fricke- u. Wrasow</p>
---	--	---

Möbel-Ausstellung

von Erzeugnissen aus eigenen Werkstätten.

Besichtigung kostenlos ohne Kaufzwang.

Albert Posewerck

Berlin O. 112
Frankfurter Allee 194, 195, 198
(am Ringbahnhof). Tel. Kgst. 4324.

Eigene Tischler- und Tapezierwerkstätten.

Prachtkatalog gratis.